

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Das Ende der Parteien 1933

Herausgegeben von
ERICH MATTHIAS und RUDOLF MORSEY

Die „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ veröffentlicht im Spätsommer dieses Jahres eine großangelegte Untersuchung über das Ende der deutschen Parteien nach der Machtübernahme Hitlers im Jahre 1933. Mit freundlicher Genehmigung des Droste-Verlages (Düsseldorf) bringen wir in zwei aufeinander folgenden Ausgaben der Beilage einen auszugsweisen Vorabdruck.

In der nachstehenden Inhaltsübersicht über das Gesamtwerk sind die Kapitel durch Fettdruck gekennzeichnet worden, die in der Beilage zum Abdruck kommen. — Karten und Diagramme sind der Arbeit von Alfred Milatz über „Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933“ entnommen.

In dieser Ausgabe der Beilage:

WERNER CONZE

Die deutschen Parteien in der Staatsverfassung vor 1933

ERICH MATTHIAS

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Einleitung — Die Politik der Tolerierung — Braun und Brüning — Der Wille zum Widerstand — Die Zäsur des 20. Julis 1932 — Auf verlorenem Posten — Das Erlahmen des Widerstandswillens nach dem 30. Januar — Das Verhältnis zur KPD — Die Theorie der Untätigkeit — Hoffnung auf fremde Hilfe — Das Nein zum Ermächtigungsgesetz — Unter den Bedingungen der Halblegalität — Der Abfall der Gewerkschaften — Die Entscheidung des 17. Mai — Der Konflikt: Berlin-Prag — Anfänge der Illegalität — Am Ende einer Epoche? — Dokumente.

ERICH MATTHIAS und RUDOLF MORSEY

Die Deutsche Staatspartei

Einleitung — Von der DDP zur Staatspartei — Für einen starken Staat auf parlamentarischer Grundlage — Verantwortung ohne Macht — **Der Anfang vom Ende** — **Der letzte Wahlkampf** — Staatspartei und Ermächtigungsgesetz — Das Ende — Dokumente.

In der nächsten Ausgabe der Beilage:

KARL SCHWEND

Die Bayerische Volkspartei

Einleitung — Von der Wiederwahl Hindenburgs bis zum Sturz Brünings — In Opposition zur Regierung von Papen — Von Papen zu Hitler — **Der letzte Wahlkampf 1933** — **Monarchistische Hoffnungen** — **Letzte Reformversuche und Sturz der Regierung Held** — Zeichen der Auflösung — Kritik aus den eigenen Reihen — Gleichschaltung und Resignation — Gezielter Terror — Das Ende — Dokumente.

RUDOLF MORSEY

Die Deutsche Zentrumspartei

Einleitung — Vom Kölner Parteitag 1928 bis zur Kanzlerschaft Brünings — Die Unterstützung Brünings und des Präsidialsystems — Auf dem Wege nach rechts — Opposition gegen das Kabinett Papen — Verhandlungen mit der NSDAP — Der Ruf zur Sammlung — Hoffnungen auf Schleicher — Keine Tolerierung Hitlers — Der letzte Wahlkampf — **Wendepunkt Ermächtigungs-**

gesetz — Ohne Führung und Ziel — Risse im Zentrumsturm — Unter Brünings Führung dem Ende entgegen — Ruhmloser Ausklang — Zentrumsende und Reichskonkordat — Schlußbetrachtung — Dokumente.

HANS BOOMS

Die Deutsche Volkspartei

Einleitung — Niedergang und Entwicklung nach rechts — Unter Führung von Dingeldey — Fortschreitende Auflösung — Das Ende.

FRIEDRICH FRHR. HILLER VON GAERTRINGEN:

Die Deutschnationale Volkspartei

Einleitung — Parteikrise und Sezession 1928—1930 — „Block, nicht Brei!“ Die DNVP als „Hugenberg-Bewegung“ — Zur Politik Hugenberg während der Kanzlerschaft Brünings — Die Deutschnationalen und das Präsidialkabinett von Papen — Der Wahlerfolg vom 6. November 1932 und das Verhältnis zum Kabinett v. Schleicher — Autoritäre Regierung gegen und mit Hitler — Die DNVP und die „nationale Erhebung“ — Hugenberg's Politik als Minister bis zum Ermächtigungsgesetz — Die DNVP und die Annahme des Ermächtigungsgesetzes — **Die Zerstörung der letzten Illusionen** — **erste Angriffe auf deutschnationale Mitkämpfer** — **Die erste Stufe der Gleichschaltungsversuche: Angriffe auf Hugenberg, Zerfallerscheinungen in der DNVP** — **Die zweite Stufe der Gleichschaltung: Systematische Hetze gegen Hugenberg, Druck auf die Organisationen und erste Verbote** — **Die dritte Stufe der Gleichschaltung: Desavouierung und Verbot, Rücktritt und Selbstauflösung** — Schlußbetrachtung — Dokumente.

SIEGFRIED BAHNE

Die Kommunistische Partei Deutschlands

Einleitung — Zur Politik und Organisation der KPD in der Periode der „ultralinken“ Taktik — Zur Taktik der KPD nach dem 20. Juli 1932 — Zur kommunistischen Politik in der zweiten Jahreshälfte 1932 — Die kommunistische Haltung im Januar und Februar 1933 — Kämpfe innerhalb der Führung — Zur Beurteilung der innerpolitischen Entwicklung 1933/34 — Organisatorische Entwicklung und Taktik nach dem 30. Januar 1933 — Die Endphase der „ultralinken“ Taktik (1933—1935) — Dokumente.

ALFRED MILATZ

Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933

WERNER CONZE

Die deutschen Parteien in der Staatsverfassung vor 1933

Das demokratisch-republikanische Deutsche Reich der zwanziger Jahre wurde schon zur Zeit seines Bestehens häufig als Parteienstaat bezeichnet – abwertend verächtlich von den einen, bejahend von den andern. Bei beiden Wertungen stand das Kaiserreich, auf dessen nichtparlamentarische Regierungsweise sich die deutschen Parteien eingestellt hatten, ehe sie 1917 vor eine neue Lage gestellt wurden, als mächtig nachwirkender Gegensatz im Hintergrund. In der Tat ist die Republik von Weimar, wie es der Absicht ihrer Gründer, wenn auch nicht dem Wortlaut der Verfassung, in der bekanntlich von Parteien nicht die Rede war, entsprach, ein Parteienstaat gewesen, den allerdings Referendum, Wahl und Stellung des Präsidenten einschränkten. Wenn im Verfassungstext die Rolle des Reichstags betont wurde, dessen Vertrauens der Reichskanzler ebenso wie die Reichsminister bedurften, dabei jedoch die Parteien unerwähnt blieben, so lag dem im Grunde noch die alte Idealvorstellung parlamentarischer Diskussion und Beschlußfassung der allein ihrem Gewissen verantwortlichen, durch keinen Parteizwang gebundenen Abgeordneten zugrunde. Die politische Partei galt nicht als konstitutiv für diesen Reichstag. Sie war noch „extrakonstitutionell“¹⁾, obgleich in der Praxis sowohl die Gesetzgebung als auch die Regierungsbildung und Regierungstätigkeit vollständig durch die Parteien bestimmt wurden. Nicht nach dem formalen Verfassungsrecht, wohl aber in der von vornherein anders gegebenen Verfassungswirklichkeit war also die Republik von Weimar ein Parteienstaat. Der Sinn der Verfassung bestand nach dem Willen ihrer Schöpfer darin, daß der Staat durch seine Parteien funktionsfähig sein sollte. Tatsächlich ist er das jedoch nur notdürftig und angefochten, seit dem März 1930 aber überhaupt nicht mehr gewesen. Weder hatten die führenden Politiker der Parteien, auf die es ankam, im Frühjahr 1930 genügend Einsicht und Kraft, um angesichts der einbrechenden Wirtschaftskrise, die zur Staatskrise wurde, den Parteienstaat so zu realisieren, daß durch das Medium zumindest der Koalitionsparteien die Stabilität des Staates und der Sinn der Reichsverfassung aufrechterhalten werden konnten, noch stand ihnen für ein derartiges Handeln der Wille des sich abwendenden Reichspräsidenten oder des immer mißtrauischer und radikaler gestimmten Volkes helfend zur Seite. So hatte der Parteienstaat einer ernsthaften Belastung, die von seinen Feinden rücksichtslos ausgenutzt wurde, nicht standgehalten und hatte sich selbst ausgeschaltet, ehe Hitler ihn sichtbar zerstörte. Das heißt: zwischen dem Ende des Parteienstaates und dem Beginn der Einparteiherrschaft Hitlers lagen zwei bis drei Jahre, in denen es mitten im Wirbel der Wirtschaftskrise nicht um die Alternative Weimar oder

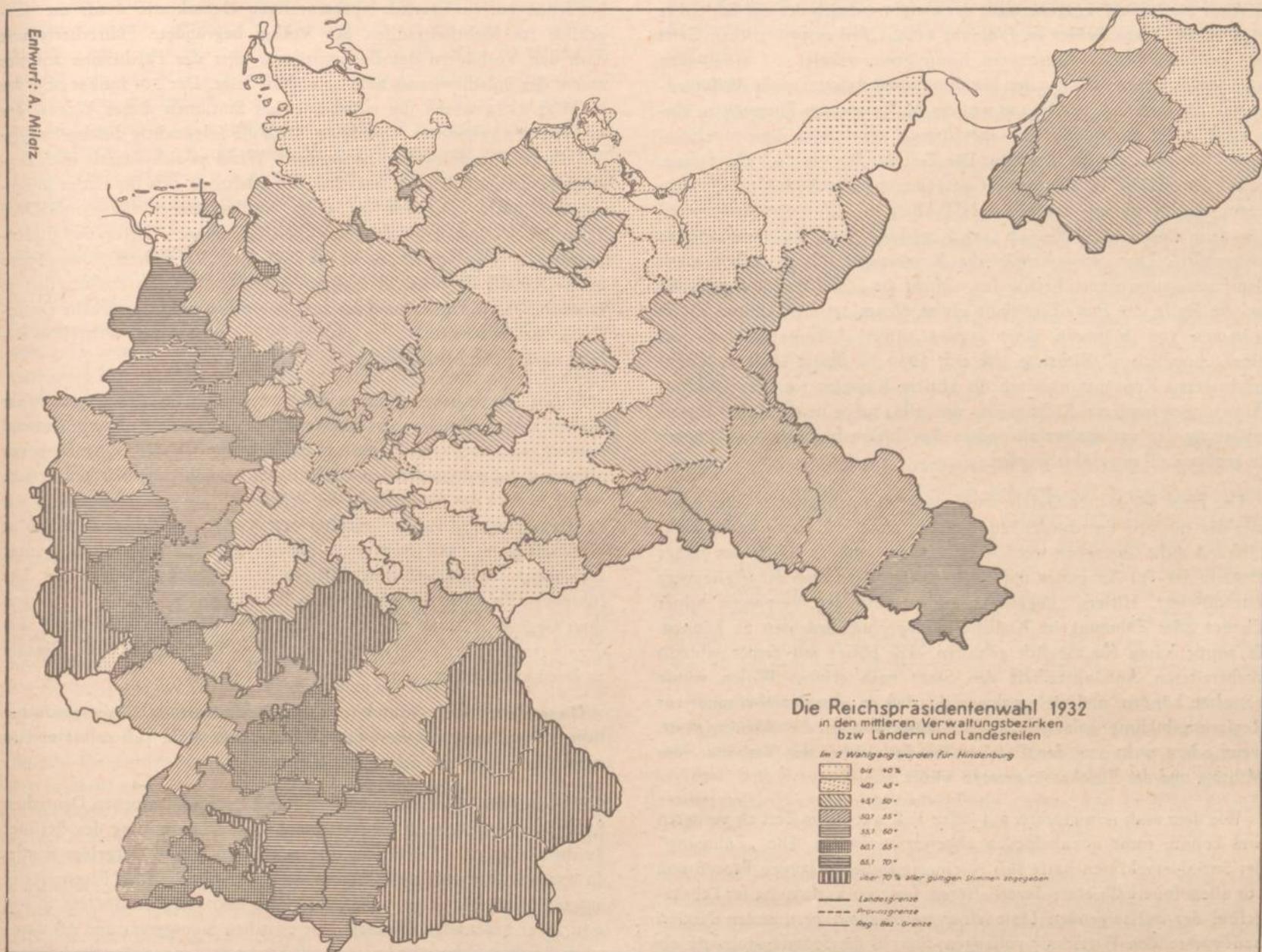
Hitler, sondern um die Entscheidung ging, ob Staat und Gesellschaft der in Frage gestellten Demokratie so fortentwickelt und gefestigt werden konnten, daß die „Machtergreifung“ Hitlers verhindert werden konnte, da ein Weg zurück zur Verfassungswirklichkeit der zwanziger Jahre offenbar nicht mehr möglich, vielmehr eine wie immer geartete Verfassungsreform unvermeidbar war.

Mit der Vorstellung einer solchen Alternative zwischen Weimar und Hitler ist offenbar wenig für unsere Erkenntnis gewonnen, und auch die vielfach angewandte grobe Gegenüberstellung von „totalitärer Diktatur“ auf der einen, „parlamentarischer Demokratie“ auf der andern Seite ist kaum geeignet, das Verständnis für den komplexen Zusammenhang aufzuschließen. Auch Hitler arbeitete, wenngleich mit umgekehrtem Vorzeichen und mit anderen Begriffen, gern mit dieser Antinomie zwischen seinem Führerstaat und der „westlichen“ Demokratie. Er argumentierte zur Erhärtung dessen auf seine Weise demokratisch, indem er die angeblich germanisch-demokratischen Elemente seines Staates hervorhob und vor allem auf die wachsende Volksbewegung und die schließlich offenbar erreichte Volksmehrheit hinwies, die ihn „demokratisch“ legitimierte, während er zugleich an das selbstzerstörerische Ungenügen der politischen Parteien erinnerte, die er nie reformiert, sondern stets nur hatte beseitigt wissen wollen. Denn in Hitlers Kampfidologie rückten alle unter sich keineswegs eng verbundenen, sondern größtenteils gegensätzlich voneinander entfernten Parteien, sofern sie sich ihm nicht bedingungslos anschließen wollten, als seine Gegner zusammen. Es gab für Hitler, wie für alle Revolutionäre, nur zwei Lager: die siegreiche eigene Bewegung und alle übrigen Richtungen zusammengenommen, deren Gemeinsamkeit allein darin bestand, daß sie sich ihm widersetzten oder mindestens seine Forderungen nicht anerkannten.

Eine vergleichbare Freund-Feind-Aufspaltung in zwei Lager gab es in der ausgehenden Weimarer Republik in ähnlicher Unbedingtheit nur noch in der Ideologie der Kommunisten als der einzigen Partei, die außer den Nationalsozialisten ihrer Lehre gemäß uneingeschränkt revolutionär genannt werden konnte. Ihre prinzipiell kämpferische Isolierung gegenüber allen anderen Parteien, wie sie aus der leninistischen Auslegung des Marxismus folgte, hatte sich in der „ultralinken“ Taktik seit 1928 so gesteigert, daß jedes taktische Zusammengehen mit den Sozialdemokraten abgelehnt und diese als „Sozialfaschisten“ zum ärgsten Feind vor allen andern, auch den Nationalsozialisten, erklärt wurden.

So gab es also in den Jahren unmittelbar vor 1933 zwei radikale Parteien, die ihren Wahrheitsanspruch absolut setzten. Beide waren sie als Kampforganisationen der rechten und der linken Revolution scharf miteinander verfeindet. Aber politisch wichtiger als dies war die Tatsache, daß sich beide, wenn auch jede für sich allein, im totalen Angriff gegen alle Parteien befanden, die mit mehr oder weniger Vorbehalt staatsbejahend waren und den Parteienstaat bildeten. Kommunisten und Nationalsozialisten gehörten nicht zum Parteienstaat, weil sie, ungeachtet gewisser pseudolegalen Taktiken, mit revolutionärer Prinzipienfestigkeit nicht nur das Ende des bisherigen Parteienstaates besiegeln, sondern auch jede vernünftige Reform der Verfassung verhindern woll-

1) Heinrich Triepel, Die Staatsverfassung und die politischen Parteien. Berlin 1927, S. 24 f. Zit. bei Werner Conze, Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30, in: HZ 178, 1954, S. 48. Auch für das folgende sei auf diesen Aufsatz verwiesen, dessen Ergebnisse hier zugrunde liegen und weitergeführt werden. Zur Problematik allgemein vgl. besonders den historischen Abschnitt im Bericht der Parteienrechtskommission: Rechtliche Ordnung des Parteiwesens. Probleme eines Parteiengesetzes. Frankfurt a. M. 1957. Zur Geschichte der ausgehenden Weimarer Republik in erster Linie Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft 4). 2. Aufl. Stuttgart und Düsseldorf 1957. Dazu ergänzend aus der Perspektive des Verhältnisses von Reich und Ländern neuerdings Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Stuttgart 1959.



ten. Daraus ergab sich für sie die Lockung oder die Notwendigkeit, gelegentlich ihr taktisches Interesse gemeinsam wahrzunehmen. Das zeigte sich 1931/32 mehrmals in ihrem parlamentarischen Verhalten sowie besonders beim Streik der Berliner Verkehrsgesellschaft im November 1932; es zeigte sich durchgehend im Festhalten der Kommunistischen Partei an der ultralinken Taktik, deren Hauptangriffsfront gegen die Sozialdemokraten gerichtet blieb, auch noch und gerade dann, als Hitler vor den Toren stand. Beide revolutionäre Parteien lebten von der Krise der Wirtschaft und des Staates. Als Nutznießer der Not gehörten sie zusammen gegen alle andern Parteien, die durch die Krise Abbruch erlitten und gegen diese einen mehr oder weniger bewußten Willen zu staatsbürgerlicher Verantwortlichkeit, freilich ohne harte Konsequenzen, setzten.

Als diese beiden Umsturzparteien noch relativ schwache Randerscheinungen des politischen Lebens waren, mochte es im Zeichen weit gefaßter Freiheitsrechte vertretbar erscheinen, sie gewähren zu lassen. Die Regierungen der Weimarer Republik haben freilich solche Freiheitsgewährung eines Rechtsstaates so weit überdehnt, daß dadurch die Freiheit desselben Rechtsstaates von Grund auf bedroht wurde; und sie gingen davon auch nur zum Teil, jedenfalls nicht scharf genug, ab, als die beiden verfassungsfeindlichen Parteien so answollen, daß sie die Republik unmittelbar in Gefahr brachten.

Dies Anschwellen hatte zur Folge, daß das labile demokratische Reich vor eine Situation gestellt wurde, der es nicht gewachsen war. Allein schon die Rücksichtslosigkeit außerparlamentarischer Kampfmethoden widersprach dem Geist und der Tradition aller anderen Parteien. Seit den Tagen der sogenannten Revolution von 1918/19 und der Herbstkrise von 1923 war etwas derartiges nicht mehr erlebt worden. Vor 1918

aber war eine solche Kampfweise ganz unbekannt gewesen; die Revolution von 1848 lag allzuweit zurück; sie übte keine unmittelbare Wirkung mehr aus. Auch die „revolutionäre“ Partei des Kaiserreichs, die Sozialdemokratie, hatte vor 1918 nur Aufmärsche organisiert, aber keine Straßenschlachten gewagt. Sie hatte bewußt das von Karl Marx bejahte, seit 1793 erprobte Mittel des „Terrors“ vermieden. Den politischen Massenstreik hatte sie verworfen. Die Partei war praktisch immer mehr auf den Weg des Parlamentarismus gedrängt worden, durch den sie nolens volens kompromißbereit gemacht wurde, auch wenn sie gerade auf diesem Wege schließlich die absolute Mehrheit zu erlangen und damit weitgehende Ziele einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen hoffte. Die Führer dieser „revolutionären“, aber nicht „Revolutionen machenden“ Partei²⁾ hatten insofern konsequent 1918/19 sogar die Revolution verhindert, die ihre eigenen, sich von ihr absplittenden Revolutionäre im Namen eines aktiven Marxismus gefordert hatten.

Sollte, so lautete die freilich illusionäre Hoffnung, die Entwicklung bei Nationalsozialisten und Kommunisten nicht ähnlich laufen können, sofern diese beiden Krisenparteien überhaupt die Ausnahmejahre der großen Not in beträchtlicher Stärke würden überleben können? Weniger für die Kommunisten, die in ihrer Linie nicht selbständig, sondern vom Moskauer Zentrum abhängig waren, als für die Nationalsozialisten würde eine solche Minderung ihrer Gefährlichkeit vielfach für möglich, wahrscheinlich oder gar bereits gegeben gehalten.

2) Nach Karl Kautsky, „Sozialdemokratischer Katechismus“ von 1893 zit. bei Erich Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus, in: Marxismusstudien, 2. Folge, hrsg. von Iring Fetscher, Tübingen 1957, S. 163.

Auch die NSDAP entgehe nicht der Gefahr, schrieb der auf Schleicher einwirkende Hans Zehrer im Frühjahr 1932, „den ursprünglichen Geist der geschlossenen revolutionären Kampfgemeinschaft . . . einmünden und verwässern zu sehen in den bürokratischen Apparat einer Millionenpartei, die ihrerseits wieder um weitere Millionen von Stimmen zu ringen hat“. Als „Endprodukt des Liberalismus“ werde auch diese revolutionäre Massenpartei sich abnutzen. Die Zeit der Parteien sei abgelaufen. Selbst die NSDAP sei davon nicht ausgenommen³⁾. Auch Graf Westarp bezog wenige Monate später die NSDAP in die „Parteiendämmerung“ ein; denn diese Partei habe sich „von Kopf bis Fuß auf Parlamentarismus eingestellt“. Eine „parlamentarische Massenpartei“ habe noch niemals den Parlamentarismus überwunden. „Nicht die NSDAP wird es sein, die an die Stelle der Parteierrschaft etwas Neues setzt“⁴⁾. Diese Zitate stammen von Männern einer staatsreformerisch-konservativen oder einer „bündischen“ Richtung, die sich 1932 im Besitz eines zukunfts-trächtigeren Konzepts wähnten als Hitlers Kampfpartei. Vergleichbare Äußerungen anderer Richtungen, die alle auf eine ähnliche Unterschätzung der nationalsozialistischen Revolution hinausliefen, könnten in großer Zahl angeführt werden.

Der Ernst der akuten Gefahr wurde wohl vielfach gesehen, aber kaum mit der nötigen Entschiedenheit politisch realisiert. Doch sollte rückblickend nicht übersehen werden, daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 in der Tat Anzeichen dafür erkennbar waren, daß der Wellenberg erreicht war. Hitlers „Legalität“ schien entweder Verpassen seiner Chance oder Zählung im Koalitionskompromiß bedeuten zu können. Es wurde kaum für möglich gehalten, daß Hitler mit seiner schlecht vorbereiteten Anhängerschaft den Staat nach seinem Willen würde gestalten können, und viele nahmen an, daß er, wenn er überhaupt zur Regierungsbildung gelangen würde, notwendig in die Abhängigkeit, wenn schon nicht von den Parteien, so doch sicher der Verbände, des Militärs und der Bürokratie geraten würde.

Wie dem auch sein mochte, auf jeden Fall war keine Zeit zu verlieren und konnte nicht unentschieden abgewartet werden. Die „Zählung“ der Sozialdemokraten hatte sich in einem jahrzehntelangen Prozeß und vor allem innerhalb einer dauerhafteren, festeren Verfassung im Lebensgefühl der aufsteigenden Linie einer optimistisch gestimmten Nation und wachsenden Wirtschaft vollzogen. Sowohl die Sozialdemokratie als auch ihre Gegner hatten sich, obwohl sie sich gegenseitig als Feinde betrachteten, praktisch abwartend verhalten. Nun aber stand alles im Zeichen der Krise und der Erwartung. Harte Entscheidungen waren unmittelbar fällig. Hitlers Partei aber zeigte auch im Ausgang des Jahres 1932, als sie nicht mehr eindeutig von der großen Welle nach oben getragen wurde, keineswegs zögernde Zurückhaltung, sondern wurde nicht müde in ihrem krampfhaft hervorgekehrten Aktivismus. In einer solchen Lage hätten die den Staat seit 1919 tragenden Parteien zu außerordentlichen Leistungen in starker Defensive oder in zusammengefaßten Gegenangriffen befähigt sein müssen. Versagten sich die Parteien dieser Aufgabe, so besiegelten sie damit noch einmal das Ende des Parteienstaates, und der Staat über den Parteien oder ohne die Parteien blieb allein übrig, um Hitler entweder abzuwehren oder einzulassen. Wie aussichtslos allerdings ein betont antiparlamentarischer Kurs ohne den Ersatz anderer Fundierung im Volk sein mußte, das zeigte sich in den Monaten der Regierung Papen. Welch großes Gewicht andererseits der Reichstag auch in einer auf den Präsidenten gestützten Notstandsregierung noch besitzen konnte, das war in der Ära Brüning deutlich geworden. Erst wenn die beiden Umsturzparteien die absolute Mehrheit gewannen, wie es im Juli 1932 geschah, konnte jede vernünftige parlamentarische Arbeit überhaupt lahmgelegt werden. Der Parlamentarismus war dann im Parlament selbst ad absurdum geführt.

Erreichte aber eine von den beiden Parteien für sich allein oder mit Hilfe einer zusätzlichen Gefolgschaft aus anderen Parteien die absolute Mehrheit, dann war der Erfolg der „legalen“ Taktik eingetreten. Praktisch bedeutete das dann die Ersetzung der tatsächlich nicht mehr vor-

handenen parlamentarisch-repräsentativen Demokratie durch die vornehmlich im Mehrheitswillen des Volkes begründete Führerherrschaft nach den Vorbildern des Bonapartismus oder des Faschismus auf der einen, des Bolschewismus auf der andern Seite. Der 30. Januar und der 5. März 1933 waren die entscheidenden Stationen dieses Weges, der sich von den genannten Vorbildern durch die folgerichtig durchgehaltene Taktik der Pseudolegalität unterschied. Wenn es sich damals auch keineswegs darum gehandelt hat, daß eine Mehrheit sich für Hitler ausgesprochen hätte, oder daß die 44% Wählerstimmen für die NSDAP Tyrannei, Verlust der rechtsstaatlichen Grundlagen, Krieg und Juden-ausrottung gemeint hätten, so ist doch auf der andern Seite ebenso unzweifelhaft, daß sich in diesen Wahlen 64% (Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten) gegen die parlamentarische Demokratie erklärt haben und das übrigbleibende zersplitterte Drittel bis zuletzt nicht zu einheitlichem Handeln fähig war.

So hat das deutsche Volk im Reich in den Jahren 1932/33 in seiner Mehrheit den Parteienstaat abgelehnt. Daß dies in solchem Ausmaß möglich war, hatte z. T. weit zurückliegende Gründe, ging aber vor allem auf die enttäuschenden Erfahrungen mit einem politischen System zurück, das in der Vorstellung der Wähler Hitlers und Hugenberg mit der Demokratie schlechthin gleichgesetzt wurde, obgleich es sich doch in Wirklichkeit nur um eine unzureichende demokratische Lösung unter einmaligen, außergewöhnlich widrigen Bedingungen gehandelt hat. Die führenden Politiker des scheiternden Parteienstaates, die in den Augen ihrer Gegner „versagt“ hatten, standen in vielfältiger Verstrickung, aus der sie trotz vieler kluger Einsichten und Bemühungen sich nicht wirksam zu lösen vermochten.

Diese Verstrickung kann nur durch eine Erinnerung an die geschichtlichen Grundlagen des deutschen Parteiensystems in sich selbst und in seiner Beziehung zum Staat begriffen werden.

Als nach dem Ende des Deutschen Bundes sowohl im neuen Deutschen Reich wie in Österreich die verfassungsrechtliche Stellung des Berliner Reichstags und des Wiener Reichsrats für Jahrzehnte festgelegt wurde, da war das deutsche Parteiensystem in seinen Grundzügen bereits fertig ausgebildet, wenn es auch organisatorisch noch verhältnismäßig flüchtig war. Zwar bedeuteten die Ereignisse zwischen Königgrätz und der deutschen Reichsgründung und mehr noch Bismarcks innenpolitische Schwankung Ende der siebziger Jahre Zäsuren der deutschen Parteiengeschichte, vor allem deswegen, weil die Vorrangstellung der Liberalen verloren ging. Doch blieb das Grundschema der (jeweils gespaltenen) liberalen und konservativen Parteien sowie der für die deutschen Verhältnisse besonders bezeichnenden katholischen Partei, der von Anfang an die christlich-konservative Neigung ebenso wie die christlich-demokratische Möglichkeit innewohnte, erhalten. Nur die Sozialdemokratische Partei trat, abgesehen von kleineren, meist regional bestimmten Parteien, hinzu; da ihr Aufstieg zur stärksten Partei mit schließlich nahezu einem Drittel aller abgegebenen Stimmen zwischen 1871 und 1912 etwa dem Rückgang der Nichtwähler in der gleichen Zeit entsprach, war damit in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zwar eine erhebliche Gewichtsverschiebung zugunsten der Sozialisten auf Kosten der älteren Parteien eingetreten; doch setzte die Sozialdemokratie insofern die Richtung der deutschen Parteibildungen fort, als sie, wenn auch sozial weit einheitlicher festgelegt als alle andern Parteien, auf betont ideologischer Grundlage stand. In der durch die Zahl und die straffe organisatorische Erfassung ihrer Mitglieder starken Partei war die im Liberalismus verlorengegangene „Revolution“ oder „Bewegung“ lebendig aufgehoben, bei einer stets unruhigen Minderheit sogar immer von neuem virulent.

„Bewegung“ gab es vor 1914 freilich nicht nur links, sondern in zunehmendem Maße auch rechts. Im „bürgerlichen“ Nationalismus, der sich selbst im scharfen Gegensatz zum „proletarischen“ Sozialismus verstand, wurde das Lebensgefühl der Sicherheit und der Sättigung vielfältig durch die Unruhe unbefriedigter Wünsche oder auch schon „völkischer“ und „rassischer“ Ideologien überwuchert, die in nuce durchaus nationalrevolutionär waren oder als neues Aufflackern der seit 1813 nie völlig zur Ruhe gekommenen deutschen Nationalrevolution aufgefaßt werden können. Doch war dies — von Randerscheinungen abgesehen —

3) Hans Zehrer, Das Ende der Parteien, in: Die Tat 24, 1932, S. 73.

4) Graf Westarp, Am Grabe der Parteienherrschaft. Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918—1932. Berlin 1933, S. 105.

nur in nationalen Verbandsbildungen, noch nicht dagegen im Parteiensystem abzulesen. Sowohl die konservativen als die liberalen Parteien wurden aber davon durchdrungen, wenn auch die alten Parteibezeichnungen der aus dem Vormärz stammenden Positionen noch erhalten blieben. Daß sie freilich schon überständig waren, zeigt die Tatsache, daß sie beide nach 1918 aufgegeben wurden. War in der Änderung von Parteinamen, für die der bezeichnende Begriff der „Volkspartei“ gewählt wurde, die Tendenz eines Beginns oder besser die Fortsetzung einer Entideologisierung von alten, seit den achtziger Jahren von Berufs- und Wirtschaftsinteressen durchsetzten Parteien angedeutet, so wurde dieser im Koalitionskompromiß von Zentrum und Sozialdemokratie auch links und in der Mitte bemerkbare Trend dadurch zugunsten der Bekenntnis- oder Weltanschauungspartei wieder aufgewogen, daß die Revolution von links und von rechts in neuen, wachsenden Parteiorganisationen formiert wurde. Das war ein Ausdruck dessen, daß im Moment zugespitzter revolutionärer Situation die Ideologieanfälligkeit von „Führern“ und „Massen“ stieg und dies zu militant gesteigerten Parteitypen innerhalb einer potentiellen Bürgerkriegslage führte. Das war eine zeitgemäße Ausprägung der Eigenart der deutschen Parteienbildung im Zeitalter der revolutionären Unruhe: Parteien als politische Bekenntnisgemeinschaften zu verstehen.

Starrheit in Prinzipien und Ideologie hemmen die Fähigkeit zum Kompromiß. Daher sind die deutschen Parteien von Anbeginn mehr oder weniger kompromißfeindlich und damit wirklichkeitsunsicher gewesen. Wohl wurden in der Praxis selbstverständlich stets Abstriche an den Prinzipien gemacht. Aber die Neigung, die Wirklichkeit an den politisch-ideologischen Grund- und Gegensätzen zu messen und dementsprechend die Vertreter anderer Parteien als Bekenner anderer, d. h. falscher Weltanschauungen gering zu schätzen, blieb trotz aller Abschleifung in der parlamentarischen Arbeit bis zu einem gewissen Grade bestehen. Darin lag eine der größten Gefahren für die Funktionsfähigkeit des deutschen Parteiwesens und eines der stärksten Argumente gegen eine rein parlamentarische Regierungsweise. Die Pluralität sich selbst genügender und andere ausschließender Parteien konnte allerdings im politischen Leben auf die Dauer nur dann erhalten bleiben, wenn sie entweder durch Einschränkung der Parteienkompetenz in der Verfassung oder durch eine Minderung der ideologischen Prinzipien im Interesse der praktischen Arbeit existenzfähig gemacht wurde. In der Tat ist das ältere deutsche Parteiwesen durch diese beiden Einschränkungen auf seinen Weg gebracht worden und dadurch für Jahrzehnte bis 1918 möglich gewesen.

Die deutschen konstitutionellen Monarchien des 19. Jahrhunderts hatten ihre Parlamente einst zögernd aus „landständischen“ Vertretungen, in denen es keine politische Parteien gab oder geben sollte, zu gewählten Repräsentativversammlungen fortgebildet, in denen die Parteien als notwendiges Übel extrakonstitutionell hingenommen wurden. Wie aber auch Wahlrecht und Parlamentszuständigkeit im einzelnen geregelt waren, eines stand für alle Monarchien schon des Deutschen Bundes und dann seiner beiden Nachfolge-Reiche fest: Regierungsbildung und Exekutive der Monarchie waren der Einwirkung der Parlamente entzogen; die Volksvertretungen waren lediglich an der Legislative beteiligt. Eine Parlamentarisierung der Verfassung durfte es nicht geben.

Gerade dies aber war schon früh die Forderung der Liberalen gewesen, allerdings in Verbindung mit einem durch Zensus beschränkten Wahlrecht, bei dem gegenliberale Parteien mit möglicher Massengefölschaft nicht gefährlich werden konnten. Nicht die norddeutsche Verfassungslösung Bismarcks mit dem allgemeinen Wahlrecht und der Beschränkung des Reichstags auf die Gesetzgebung und die nur mit dem Budgetbewilligungsrecht gegebene Kontrolle der Exekutive, sondern die italienische Entscheidung für den Parlamentarismus mit Zensuswahlrecht entsprach dem Ideal des klassischen Liberalismus. Bismarck setzte das Mittel des demokratischen Wahlrechts gegen den Liberalismus ein und enthielt zugleich diesem so breit fundierten Reichstag die Mitbestimmung über die Regierungsbildung vor, die von den auf diese Weise doppelt zurückgewiesenen Liberalen gefordert worden war. Es war ein Sieg Bismarcks und des monarchischen Staates oberhalb der Parteien, daß dem Wunsch der Liberalen nicht stattgegeben wurde und das neue Deutsche Reich ein

konstitutionell verfaßter Bund konstitutioneller Monarchien unter dem Kaiser und dem Reichskanzler als dem allein „verantwortlichen“ Minister blieb.

Die Liberalen beider Richtungen betrachteten die Frage jedoch nicht als erledigt, sondern nahmen sie in das neue Reich als eine der politischen Forderungen für die Zukunft mit hinein. Doch blieben sie damit allein. Denn die traditionsbestimmten Gruppen lehnten Zugeständnisse an den Liberalismus oder an die Demokratie ab. Die junge Sozialdemokratie aber hatte andere Sorgen, als ausgerechnet den Kampf um die Parlamentarisierung zu führen, da sie auf lange Sicht keine Aussicht auf eine Mehrheit oder auf Mehrheitsbildung in Koalitionen haben konnte. Auch im Erfurter Programm war die Forderung noch nicht ausdrücklich aufgenommen. Engels sah darin allerdings einen schweren Fehler. Wenn man sich schon aus taktischen Gründen im Programm an der Republik vorbeidrücke, so schrieb er in seiner Kritik, so müßte doch wenigstens *„die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung“* aufgenommen werden; denn nur *„unter der Form der demokratischen Republik“* könne die Arbeiterklasse mit der Sozialdemokratie *„zur Herrschaft kommen“*⁵⁾. Tatsächlich hat sich die Sozialdemokratische Partei dann, je stärker sie wurde, um so mehr dem parlamentarischen System angenähert und die Zweckmäßigkeit des Weges über die Parlamentarisierung mit oder ohne Monarchie eingesehen. So wurde sie gegen Ende des Kaiserreichs zur stärksten Kraft für die parlamentarische Regierungsweise — zu einer Zeit, als die Liberalen längst in der Verfolgung dieses Ziels erlahmt waren, ohne daß sie es auf der linken Seite aufgegeben und auf der rechten Seite einhellig abgelehnt hatten.

Diese Lähmung der liberalen Energie im Hinblick auf die parlamentarische Ministerverantwortlichkeit war im Grunde schon im Kompromiß der Verfassung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches enthalten gewesen. Die Nationalliberalen hatten Bismarck nachgegeben, und die Fortschrittspartei war so weit in ihren Einflußmöglichkeiten beschränkt, daß sie zwar in ihren Wahlaufufen noch daran festhielt, daß *„erst nach Schaffung eines dem Reichstage politisch und rechtlich für den Gang der Gesetzgebung und Verwaltung verantwortlichen Reichsministeriums“* die *„Vertretung des deutschen Volkes die ihr gebührende Stellung einnehmen“* werde⁶⁾, daß sie aber praktisch dies Ziel vertagte, wie es den Verhältnissen und wohl auch der überwiegenden Volksstimmung entsprach. Bei den Nationalliberalen war die Frage schon in den sechziger Jahren nicht eindeutig beantwortet worden. Heinrich v. Sybel hatte in seiner Vorlesung über Politik im Winter 1864/65 die *„unbegrenzte Ausdehnung“* der Ministerverantwortlichkeit, wie sie sich in England herausgebildet hatte, als *„abnorme Entwicklung“*, erklärbar nicht *„aus den Prinzipien der konstitutionellen Staatsform“*, sondern nur als *„Ausbeugung aus derselben zur republikanischen hinüber“* bezeichnet⁷⁾. Nachdem aber die parlamentarische Regierungsweise erst einmal abgewehrt worden war und die Eingewöhnung in die gegebenen Verhältnisse sich ausgewirkt hatte, da mehrten sich die Bedenken gegenüber dem alten Ziel eines dem Reichstag verantwortlichen Reichsministeriums, nicht zuletzt angesichts der Gefahren, die in der deutschen Parteienstruktur und in einem Reichstag sichtbar wurden, in dem der gespaltene Liberalismus nicht mehr auf eine Dominanz hoffen konnte, wie sie zur Zeit der Reichsgründung vorhanden gewesen war. Im nationalliberalen Programm von 1881 und in der Heidelberger Erklärung von 1884 wurde das Ziel nicht mehr erwähnt.

Wie weit die Einsicht in die Fragwürdigkeit der deutschen Parteienpluralität gerade bei manchen Nationalliberalen ging, zeigt beispielhaft die Schrift des badischen Staatsministers der Reichsgründungszeit

5) Friedrich Engels, Zur Kritik des Sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, in: Neue Zeit 20, 1901/02.

6) Aus dem Aufruf der Fortschrittspartei zur Reichstagswahl vom 23. Dezember 1876 nach der Wiedergabe bei Eugen Richter, Im alten Reichstag, Erinnerungen. Berlin 1894, S. 163.

7) Zit. nach Hellmut Seier, Sybels Vorlesung über Politik und die Kontinuität des „staatsbildenden“ Liberalismus, in: HZ 187, 1959, S. 109. Vgl. grundlegend zu den Fragen des Verhältnisses von Liberalismus und Parteiwesen mehrere Beiträge von Theodor Schieder in seiner Aufsatzsammlung „Staat und Gesellschaft in unserer Zeit“. München 1958.

Jolly, „Der Reichstag und die deutschen Parteien“ (1880)⁸⁾, die hier repräsentativ für eine aus bitterer Erfahrung kommende Selbstkritik nationalliberaler Politik und verfassungspolitischer Hoffnungen stehen möge.

Jolly erklärte scharf, „daß für uns das sogenannte parlamentarische Regierungssystem eine Unmöglichkeit ist“. Dafür gab er vor allem vier Gründe an:

1. Der monarchische Staat habe seine feste Tradition und erprobte Praxis; er bedürfe der Unabhängigkeit von den Parteien, denen er durch die Konstitution so weit entgegengekommen sei, wie es der politischen Zweckmäßigkeit entspreche. Jolly sprach also damit die bis in den Weltkrieg hinein weithin vorherrschende Überzeugung aus, daß die konstitutionelle Monarchie eine weise und bewährte Verfassung sei, durch die die Extreme der Revolution und der Restauration vermieden würden.

2. Die Tatsache, „daß wir viel zu viele Parteien haben“, sei „schon rein äußerlich betrachtet“, ein Hindernis für die Parlamentarisierung. Keine Partei habe Aussicht, die absolute Mehrheit zu erlangen; zu einer Konzentration auf nur zwei große Parteien sei keine Aussicht vorhanden. „So wäre das parlamentarische Regierungssystem bei uns sofort zu Koalitionsministerien mit aller ihnen anhängenden Schwäche und Korruption genötigt.“ Zudem seien über ein Drittel der Abgeordneten im Reichstag als „Ultramontane“, Sozialdemokraten, Elsässer und Polen dem Reiche grundsätzlich feindlich gesinnt. Wie aber sollte im übrigen Teil des Reichstags bei den Gegensätzen der liberalen und konservativen Parteien eine stabile Regierung auf parlamentarischer Basis möglich sein?

3. Diese Frage verschärfte sich für Jolly dadurch, daß er keine Partei für wirklich „regierungsfähig“ hielt. Die Fortschrittspartei sei wegen ihres „starrten Prinzips“ zur Führung der Geschäfte ungeeignet. Aber auch die Nationalliberalen seien trotz ihrer Neigung, praktische Kompromisse zu schließen, kaum in der Lage, eine kontinuierliche Regierungspolitik durchzuhalten, weil die Partei sehr locker gefügt und nur durch „Überzeugungen“⁹⁾ zusammengehalten würde. Ein parlamentarische Regierungssystem, wie Jolly es in Großbritannien vorgebildet sah, brauche aber Disziplin und Fraktionszwang, wozu die Nationalliberalen nicht in der Lage seien.

4. Schließlich verbiete auch das Verhältnis der in Frage kommenden Parteien zueinander den vollen Parlamentarismus. „Die Gegensätze zwischen ihnen sind so scharf, die Grundlagen, auf welchen sie ruhen, so verschiedenartig, daß ein Wechsel des Regiments zwischen ihnen, die Leitung des Staates abwechselnd nach dieser oder jener Parteirichtung unvermeidlich zur Verwirrung führen müßte. Das parlamentarische Regierungssystem setzt Parteien voraus, welche grundsätzlich nicht allzuweit auseinanderstehen und die einzelnen im Staatsleben auftretenden Probleme im wesentlichen nach dem gleichen Maßstab beurteilen.“ In Deutschland greife die Unterschiedlichkeit der Parteien jedoch sehr viel tiefer. „Sie gehen von spezifisch verschiedenen Gesichtspunkten aus, und ihr eigentlicher Kampf gilt der Frage, welche allgemeine Norm das Staatsleben beherrschen soll. In dieser periodisch zu wechseln, ist aber ohne Auflösung des Staates unmöglich.“

Jolly hat damit gewiß die am schwersten wiegenden Einwände gegen ein parlamentarische Regierungssystem in Deutschland ausgesprochen, und man wird sie schwerlich in ihrem Gewicht vermindern können. In dieser liberalen Kritik konnte eine starke Rechtfertigung für die Verfassungsentscheidung Bismarcks gesehen werden. Jollys Argumente ließen und lassen sich auch nachträglich kaum entkräften. Die einzige Frage, die seinen Thesen entgegenzustellen wäre, ist die nach der Dauerhaftigkeit eines solchen monarchischen Systems, dessen Regierung über den Parteien faktisch mehr und mehr zu einer nicht offiziellen Parteiregierung der Konservativen wurde. Wenn eine wachsende Mehrheit im Reichstag entsprechend dem allgemeinen Zug der Willens-

bildung im Volk sich gegen dies Regierungssystem mit seinen vielfältigen, nicht zuletzt sozialen Auswirkungen stellte, was blieb auf die Dauer für ein anderer Weg übrig als der zur Parlamentarisierung, sofern es nicht zu schweren inneren Spannungen und zu einem freiheitsbeugenden Gewaltregime kommen sollte, das dem Geist der konservativen Beamtenherrschaft mit ihren liberal-rechtsstaatlichen Gewohnheiten nicht entsprach? Von da aus kann mit Recht, im Einklang mit der liberalen Zeitkritik, gefragt werden, ob das Risiko einer parlamentarischen Verantwortlichkeit nicht von Anfang an hätte eingegangen werden können. Gewiß war das junge deutsche Parteiensystem dazu um 1870 noch nicht reif. Aber Reife wird durch praktische Bewährung erworben, und angesichts der Aufgabe hätte — ruhige und stabile Verhältnisse vorausgesetzt — die Prinzipienstarrheit einer dann unumgänglichen Kompromißbereitschaft in den Staatsgeschäften weichen können. Diese Probe ist nicht gemacht worden.

Die Jollyschen Argumente gegen das parlamentarische System blieben über die Nationalliberalen weit hinaus im Grunde maßgebend für die Zeit bis 1914, soweit überhaupt noch über diese Frage nachgedacht wurde. Die Eingewöhnung in die gegebenen Verhältnisse war stark, und es gab scheinbar vordringlichere Angriffsflächen der bestehenden Ordnung, in erster Linie die Wahlrechtsfragen in den Bundesstaaten, vor allem in Preußen. Selbst Friedrich Naumann ging nur zögernd an die Forderung der Parlamentarisierung heran; und im Reichstag wurde die Frage erst wieder während der Daily Telegraph-Affäre akut, ohne daß sie danach aber bis zum Ausbruch des Weltkrieges vordringlich auf der Tagesordnung gestanden hätte¹⁰⁾. Erst während des Krieges, in einer Situation, als Max Weber seine großen Artikel in dieser Sache schrieb¹¹⁾, drängte die Parlamentarisierung nach vorn. Die lange kaum gespürte Spannung mußte nun gelöst werden. Aber es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß dem eine starke Willensströmung im Volk oder bei den Mehrheitsparteien zugrunde lag. Die Überzeugung war weit über die Rechtsparteien hinaus, mehr oder weniger bewußt und eingestanden, verbreitet, daß die konstitutionelle Monarchie für Deutschland bei der vorzüglichen Staats- und Verwaltungspraxis einerseits, der Vielzahl von Weltanschauungsparteien andererseits einem parlamentarischen Regierungssystem vorzuziehen sei. Zwar ist schon damals und dann in der nachträglichen Betrachtung oft darauf hingewiesen worden, daß trotz der von Max Weber festgestellten und bedauerten „negativen“ Rolle des Reichstags in der Verfassungswirklichkeit alle Parteien sich im parlamentarischen Leben und in Wahlbündnissen daran gewöhnt hatten, Abstriche von Prinzipien zu machen, wenn es sich um greifbare politische Ziele oder um sachlich begründete Notwendigkeiten handelte. Aber das war doch nur begrenzt für die Haltung der Parteien maßgebend geworden. Das konstitutionelle System erforderte keine klaren Regierungs- oder Oppositionsverbindungen, sondern konnte mit wechselnden Mehrheiten für die jeweils anstehenden Gesetzesvorlagen arbeiten. Ja, Bismarck hatte sogar die einzige große Partei, die einmal zu einer regierungsparteiähnlichen Stellung aufgerückt war und diese Stellung auch angestrebt hat, nämlich die Nationalliberalen der Reichsgründungszeit, absichtlich zur Seite gespielt, geschwächt und ihre Spaltung betrieben. Die deutsche Parteizersplitterung wurde nicht, wie z. B. in Frankreich, durch notwendige Verbindungen im parlamentarischen Betrieb zum Zwecke der Regierungsbildung bis zu einem gewissen Grade unschädlich gemacht, sondern blieb voll bestehen, weil jede Partei in ihrer relativ machtlosen Rolle immer wieder dazu verleitet wurde, die Unfehlbarkeit ihrer politischen Weltanschauung zu behaupten. Das blieb auch bestehen, als die Parteien allmählich stärker mit Wirtschaftsinteressen durchsetzt wurden, wengleich dadurch die Peinlichkeit der Unterscheidung von „Real“- und „Idealfaktoren“ zunehmend empfunden und angeprangert wurde. Darin lag eine wichtige Voraussetzung der nur allmählich wirksam werdenden und nur zögernd zugegebenen Tendenz zur Entideologisierung.

10) Dazu vgl. Werner Frauendienst, Demokratisierung des deutschen Konstitutionalismus in der Zeit Wilhelms II., in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 113, 1957, S. 721 ff.

11) Neueste Ausgabe: Max Weber, Gesammelte politische Schriften, 2. erweiterte Auflage. Mit einem Geleitwort von Theodor Heuss neu hrsg. von Johannes Winkelmann. Tübingen 1958.

8) Dr. Jolly, Der Reichstag und die Parteien. Berlin 1880, S. 155 ff.

9) Zur Kategorie der „Überzeugung“ im deutschen Liberalismus vgl. Walter Bußmann, Treitschke, Sein Welt- und Geschichtsbild. Göttingen 1952, S. 23 ff.

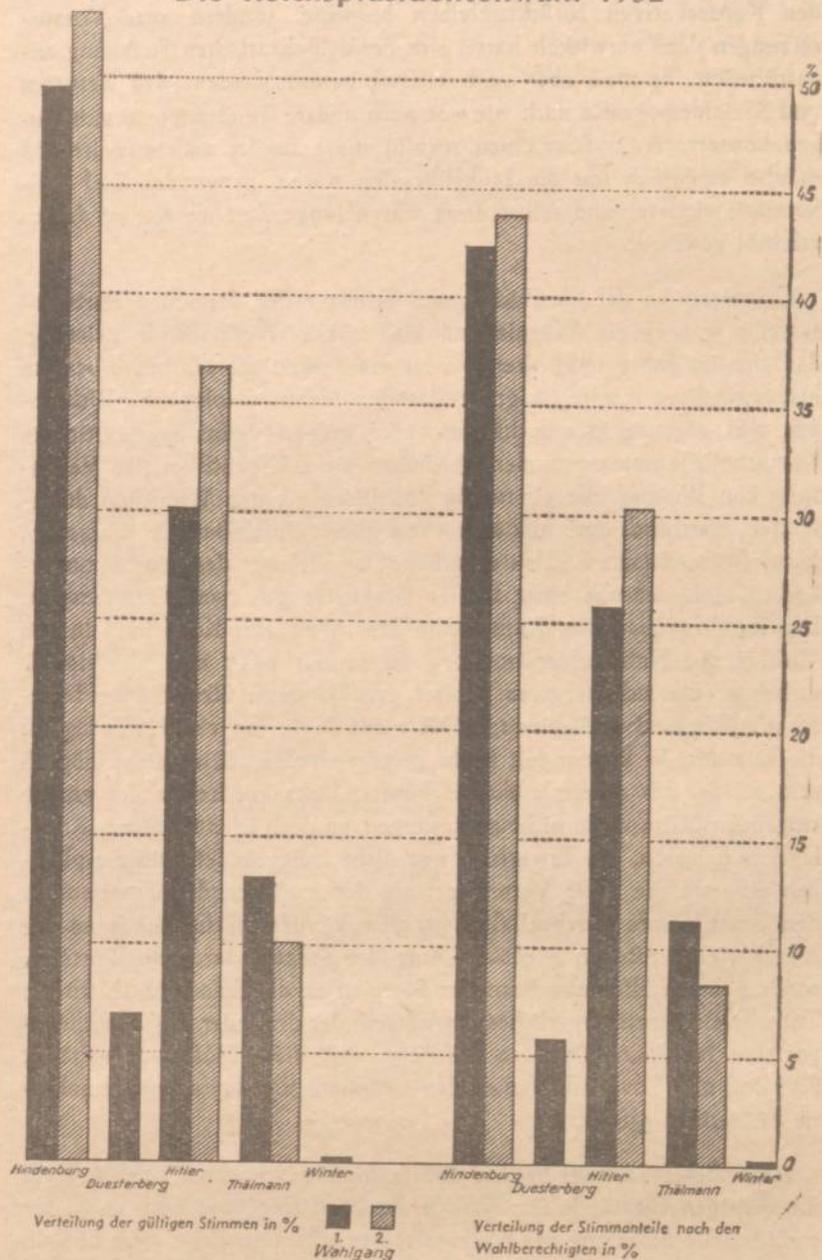
Im Grunde litten alle Parteien vor 1914 mehr oder weniger an der Frage des Revisionismus, die nicht allein die Sozialdemokraten betraf. Das ergab sich aus der allgemeinen Diskrepanz von Ideologie und Wirklichkeit, die überall dort am brennendsten war, wo weltanschauliche Prinzipien besonders hervortraten. Die Sozialisten waren am stärksten davon betroffen; denn ihre politische Ideologie war nicht nur die jüngste, sondern auch die systemvollendetste und am meisten zur orthodoxen Rechtgläubigkeit verpflichtende. Die Konservativen hätten an sich kaum weniger von der Not des Revisionismus erfaßt sein müssen. Doch wirkte dem die Tatsache entgegen, daß sie in der theoretisch „über den Parteien“ stehenden, tatsächlich aber immer reiner konservativ bestimmten „Beamtenherrschaft“ ihre Bestätigung in der Wirklichkeit fanden und dementsprechend meinten, gegenüber der Demokratie die Augen verschließen zu können; sie erschien ihnen vermeidbar und war doch unvermeidlich. Im Gegensatz zur konservativen Beharrung regte sich bei den Liberalen aller Richtungen um die Jahrhundertwende vielfach neues Leben mit ausgeprägt „revisionistischer“ Tendenz. Es mag dafür genügen an Friedrich Naumann oder an die Jungliberalen zu erinnern. Am meisten begründete Selbstsicherheit bewies inmitten dieser Unruhe das Zentrum, das längst seinen einträglichen Frieden mit Reich und Staat geschlossen hatte, so daß Friedrich Naumann 1910 von einem „konservativ-klerikalen Staat“ sprechen konnte¹²⁾. Gleichwohl besaß das Zentrum eine so breite volkstümliche Basis, nicht zuletzt in der Arbeiterschaft, daß es schon vor dem Weltkrieg durchaus auch für eine mögliche demokratische Entwicklung prädisponiert war.

Eine entscheidende Wandlung des deutschen Parteiensystems wurde durch die revisionistische und reformerische Bewegtheit der Jahre nach der Jahrhundertwende nicht herbeigeführt, wenn wir von einer gewissen Konsolidierung und Zusammenfassung der Kräfte im linken Liberalismus absehen. Schlecht und recht schienen sich das Reich und die Staaten auf die Parteien und diese wiederum auf die Reichs- und Staatsverfassungen eingestellt zu haben. Darin war allerdings die Gefahr eingeschlossen, daß bei solcher Eingewöhnung allzusehr die notwendige Elastizität verloren ging und durch die Erstarrung der Verfassung neue „Bewegung“, auch außerhalb der Parteien, provoziert wurde.

Wenn sich trotz allem, was dagegen wirkte, der Gedanke der Parlamentarisierung im Jahrzehnt vor dem Weltkrieg mehr latent als offen vorbereitete, so daß er dann in der zweiten Hälfte des Krieges sich fast wie von selbst durchsetzen konnte, so waren dafür vor allem zwei Gründe maßgebend:

1. Die reine „Beamtenherrschaft“ war in der politischen Wirklichkeit nur noch z. T. Regierung und Verwaltung „über den Parteien“, da sie seit der Wende von 1878/79 und verstärkt seit dem Beginn Wilhelms II. durch das am schärfsten von Max Weber formulierte Axiom bestimmt war, „daß jede Regierung und ihre Vertreter naturnotwendig ‚konservativ‘ sein müßten, einige Konzessionen an die Patronage der preußischen Bourgeoisie und des Zentrums in den Kauf nehmend. Dies und gar nichts anderes bedeutet bei uns die ‚Überparteilichkeit‘ der Beamtenherrschaft.“¹³⁾ Je mehr nun in Preußen und im Reich dieses konservative System sich antidemokratisch und antiparlamentarisch verhärtete, um so mehr wurde eine Stimmung gegen diese unzeitgemäße Rückwendung bei allen Parteien links von den beiden konservativen Parteien herausgefordert. Diese Stimmung war nicht nur bei den Abgeordneten, sondern auch im Volk weit verbreitet, mochte sie auch durch das gewohnte Treuebewußtsein gegenüber der Monarchie, in der es von altersher „sauber“ zugegangen war, weit bis in die Sozialdemokratie hinein immer wieder überdeckt werden. Doch dieses traditionelle Bewußtsein, auf das sich Kaiser Wilhelm II. noch in den ersten Novembertagen 1918 allzu leichtfertig verließ, konnte auf die Dauer nicht mehr als wirksames Gegengewicht gegen die demokratische Strömung angesehen werden. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen gaben ein beredtes Zeugnis dafür ab. Härteren Belastungsproben konnte der monarchische Bundesstaat nur dann noch gewachsen sein, wenn er den

Die Reichspräsidentenwahl 1932



politischen und sozialen Bewegungen gegenüber elastisch blieb, nicht aber, wenn er sich im Sinne der Konservativen prinzipiell und verächtlich der Demokratie gegenüber verschloß. In diesem Zusammenhang stand die Parlamentarisierung.

2. Die Sozialdemokraten hatten sich seit 1890¹⁴⁾ immer mehr zu einer Partei entwickelt, die trotz offizieller Beibehaltung ihrer revolutionären Prinzipien faktisch Kompromisse oder taktisches Zusammengehen mit anderen Parteien, z. B. bei Wahlbündnissen oder in den kommunalen Vertretungskörperschaften, nicht mehr scheute und damit, eigene Hemmungen allmählich überwindend, der Arbeit in den Parlamenten praktisch und theoretisch ein immer größer werdendes Interesse entgegenbrachte. Damit wurde längst vor dem Weltkrieg die seit 1917 offene Bemühung um die Parlamentarisierung der Verfassung vorbereitet.

So ist es verständlich, daß in der Krise des zu Ende gehenden Weltkrieges die Parlamentarisierung gewissermaßen „von selbst“ kam, wie es Friedrich v. Payer einmal ausgedrückt hat. Das alte Ziel der Liberalen ging nun seiner Verwirklichung entgegen, weil die starre Politik Preußens und des Reichs unter Wilhelm II. in eine Sackgasse geführt hatte, weil die sozialdemokratische Massenpartei sich der parlamentarischen Demokratie zuwendete, weil im Liberalismus beider Richtungen sich neue Kräfte regten und weil das Zentrum keineswegs, wie

12) Friedrich Naumann, Die politischen Parteien. Berlin 1910, S. 76.
 13) Max Weber, a. a. O., S. 351.

14) Aus dem Schrifttum der letzten Zeit sei vor allem hingewiesen auf Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890—1900. Berlin 1959.

Naumann mit seiner Parole „Von Bebel bis Basser¹⁵“ meinte, mit den Konservativen zurückzubleiben brauchte, sondern gute Voraussetzungen dazu entwickelt hatte, sich der demokratischen Strömung anzuschließen. Es muß aber noch einmal betont werden, daß Zentrum und Sozialdemokratie nach wie vor auch andere Tendenzen in sich trugen, konservative auf der einen, revolutionäre auf der anderen Seite, daß es also eigentlich nur die Linksliberalen waren, denen das Ziel vollkommen eignete; und selbst diese waren lange Zeit im Kampf darum erlahmt gewesen.

Gemessen an der Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems war es ein Wagnis und eine zukunftsverheißende Leistung, daß sich im Jahre 1917 drei — oder vier, wenn die Nationalliberalen hinzugerechnet werden — große Parteien, deren ideologische Richtungen sich gegenseitig ausschlossen, zum großen verfassungspolitischen Kompromiß zusammenfanden¹⁵), indem sie schließlich in der Verfassung von Weimar alle ein wenig von ihren eigenen Wünschen durchsetzten, aber doch auch alle etwas von ihrer „Unfehlbarkeit“ aufgaben, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Das Ziel war der neue demokratische Staat, der von einer breiten Majorität getragene Parteienstaat. Die Wähler gaben dem Kompromiß der „Weimarer Koalition“ in den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 eine Dreiviertelmehrheit, die sich auf vier Fünftel erhöhte, wenn Stresemanns Deutsche Volkspartei noch hinzugezählt wird. Darin lag viel Hoffnung für die Zukunft. Es könnte mit Recht gefragt werden, ob es nicht möglich sein würde, das abseits stehende Fünftel links und rechts der großen tragenden Mitte wenn nicht aufzusaugen, so doch in einflußloser Randlage zu belassen. Die Erwartung war nicht unbegründet, daß die plötzlich eingetretene volle Verantwortung der maßgebenden Parteien für den Staat würde durchgehalten werden können, nicht im Sinne der später viel berufenen Mediatisierung des Staates durch die Parteien, sondern durch Hineinwachsen der Parteien in die Staatspolitik. In der Tat war ein staatsbürgerliches Bewußtsein der drei oder vier Mehrheitsparteien im Jahre 1919 so lebendig, daß diese Hoffnung nahelag. Schwung und Zuversicht haben den Gründern der deutschen Demokratie 1919 nicht gefehlt.

Aber dieser Schwung reichte doch nicht aus; er wurde sowohl durch die widrigen Umstände im Gefolge der Niederlage wie auch durch die traditionelle Belastung der Parteien selbst gehemmt; denn diese blieben doch trotz aller Einschränkungen Weltanschauungsparteien mit Überzeugungen und Interessen, die sie voneinander trennten, und sie waren in ihrer bisherigen Geschichte und durch ihre bisherige Führerauslese nicht genügend auf den großen Umschwung vorbereitet, in dem sie den demokratischen Parteienstaat gewinnen, aber auch verspielen konnten. Vor allem aber standen außerhalb ihres großen Kompromisses drei wichtige, unter den schweren Belastungen der Niederlage kaum einschmelzbare Richtungen mit starkem Ausschließlichkeitsanspruch und dem Selbstbewußtsein der über die parlamentarische Demokratie hinausweisenden „Bewegung“. Dazu gehörten in erster Linie die revolutionären Sozialisten, die sich links von der Sozialdemokratie und z. T. auch schon links von den Unabhängigen Sozialdemokraten ihre neue Organisation suchten und sie schließlich im Anschluß an die Dritte Internationale zu finden meinten, soweit sie nicht zur Sozialdemokratie zurückkehrten und dort den linken Flügel verstärkten, in dem der Klassenkampf vor den staatspolitischen Kompromiß gesetzt wurde. Ferner zählten hierzu die restaurativ gesinnten Anhänger des gescheiterten, aber angeblich „verratenen“ und „unbesiegten“ Kaiserreichs. Nachdem der erste Schock überwunden war, besannen sie sich auf ihre überdauernden Werte und erklärten die alte Staatsform als der Demokratie ausdrücklich überlegen, so daß sie das vergangene Leitbild in die Zukunft projizierten. Der Übergang von dieser schwarz-weiß-roten Bekenntnisgemeinschaft zu der letzten Richtung, der nationalrevolutionären, war fließend. Doch müssen sie beide schon zu Beginn der Weimarer Republik unterschieden werden. Diejenigen, die Franz Schauwecker aussprechen ließ: „Wir haben das Zutrauen zu früheren Zeiten

verloren“ oder „Wir mußten den Krieg verlieren, um die Nation zu gewinnen“¹⁶), waren die sich politisch heimatlos föhlende nationalrevolutionäre Rechte, die die „Reaktion“ ebenso verachtete wie sie die Demokraten und Sozialisten haßte. Bei ihr begann die „konservative Revolution“ zu gären. Sie sammelte sich unter allerlei völkischen Symbolen, um dann später entweder in bündischen Formen doch zum bestehenden Staat zu finden oder sich dem Nationalsozialismus zu verschreiben, ungerechnet die radikalen Einzelgänger, die stets abseits blieben.

Zwar entsprachen diese drei Richtungen nicht genau den Parteien, die sie vor allem zu vertreten schienen, den Kommunisten (bis 1920 auch z. T. den Unabhängigen Sozialdemokraten), den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten, da sie auch in die staatstragenden Parteien hineinwirkten oder ihre Anhänger außerhalb der Parteien besaßen. Doch waren diese republikfeindlichen Ideologien oder Stimmungen immerhin in den drei genannten Parteien vorwiegend ausgeprägt und dort am wenigsten durch Zugeständnisse abgeschwächt. Diese drei Parteien erhielten bei den Wahlen in Prozent aller abgegebenen Stimmen (1919 und 1920 noch mit USPD und ohne NSDAP)

1919	18	1924	33	1932	58
1920	34	1928	28	1932	59
1924	39	1930	38	1933	64

Dieser negativen, 1924—1928 nur schwach unterbrochenen Kurve kann das Korrelat des Abstiegs der drei Parteien des parlamentarischen Kompromisses von 1917—1919 entgegengestellt werden. SPD, Zentrum und Deutsch-Demokraten erhielten in Prozent der abgegebenen Stimmen (1919 noch einschließlich der bayerischen Zentrumsstimmen; von 1920 an war die Bayerische Volkspartei abgespalten; sie kann dem Zentrum nicht ohne weiteres zugezählt werden; ihr Anteil lag ziemlich gleichbleibend zwischen 3 und 4 Prozent)

1919	76	1924	46	1932	35
1920	44	1928	47	1932	33
1924	40	1930	40	1933	30

Aus diesen Ziffern allein läßt sich ablesen, daß der große Versuch des staatspolitischen Parteienkompromisses bereits im Jahre 1920 gescheitert war. Die Weimarer Koalition war mit den Wahlen vom Juni 1920 zu Ende gegangen. Sie wurde unter Wirth nur kurze Zeit noch einmal wiederholt. Von 1920 an waren Regierungsbildungen mit sicherer parlamentarischer Mehrheit nur noch mit Hilfe von mindestens vier Parteien möglich. Es lag nahe, die zeitweise schon 1917 im Interfraktionellen Ausschuß des Reichstags hergestellte Verbindung von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalliberalen, nunmehr der Deutschen Volkspartei, zu wiederholen und damit in einer „Großen Koalition“ alles zusammenzufassen, was im staatsbejahenden Sinne gegen das demokratiefeindliche gute Drittel zuzüglich einiger wenig einfügungswilliger Splitterparteien einzusetzen war. Doch war das bereits eine Überspannung, die nicht durchgehalten werden konnte, weil der rechtsliberale und der sozialistische Flügel dieser Koalition sowohl aus ideologischen wie vor allem aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht zusammengehalten werden konnte. Die Republik von Weimar hat vom Juni 1920 an keine sicher tragfähige parlamentarische Mehrheit für eine stabile Regierung mehr besessen. Da es keinen verfassungsrechtlichen Schutz gegen den beliebig erzwingbaren Sturz der Regierung durch parlamentarisches Mißtrauensvotum gab, lebten die Kabinette stets nur kurze Zeit, und nach dem immer neuen „Kuhhandel“ der Parteien folgte eine Regierungskrise auf die andere. Wenn es keine Ansätze zur Vereinfachung des Parteiensystems gab, dann bestand auch kaum Aussicht darauf, daß ein Verfassungswandel zugunsten eines besser funktionierenden Parteienstaates eintreten konnte. Die innere Krise des Kaiserreichs war in der Not des Weltkrieges offen zutage getreten. Damals hatte sich die Rettung durch das parlamentarische System angeboten. Doch geriet dies dann seinerseits bereits 1920 in seine mehr oder weniger offene Dauerkrise. War es nicht aus eigener Kraft zur Regeneration fähig, so konnte es einer ernsthaften

15) Vgl. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 1). Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, 2 Bde. Düsseldorf 1959.

16) Franz Schauwecker, Aufbruch der Nation. Berlin 1929, S. 380, 382.

Gefährdung ebensowenig gewachsen sein wie das monarchische Reich im Jahre 1917/18. Woher sollte dann die Rettung kommen? Die drei oben bezeichneten Richtungen der linken oder rechten Revolution sowie der konservativen Restauration boten sich dafür an. Aber auch in der Verfassung selbst lag die Möglichkeit der Hilfestellung durch eine vorübergehende Verlagerung des Schwergewichts von den Parteien auf den Reichspräsidenten. Die Entscheidungssituation war im März 1930 und deutlicher noch nach den Septemberwahlen von 1930 gekommen.

Das unter solchen Bedingungen im März 1930 eintretende Ende des Parteienstaates ist bekanntlich durch die Übertragung der Klassenkampfrolle auf die Flügelparteien der die Reichsregierung bildenden Koalition in der fortschreitenden Wirtschaftskrise herbeigeführt worden. Die desintegrierenden Parteistandpunkte, vor allem bei der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten, hatten sich endgültig stärker gezeigt als die in der Stunde der Gefahr von vielen, besonders von Heinrich Brüning, beschworene Pflicht zum Zurückstellen des Trennenden um der Rettung des Staates willen. So wie die kaiserliche Innenpolitik 1917/18 im Zeichen der Vaterlandspartei auf eine schmale konservativ-rechtsliberale Basis reduziert worden war, so schrumpfte 1930 die sichere Plattform des Staates im wesentlichen auf die zwei Mittelparteien der ehemaligen Weimarer Koalition zusammen. In dieser Reduktion kam zum Ausdruck, daß endgültig nicht gelungen war, was 1919 auf der Tagesordnung gestanden hatte: die Sozialdemokratie zur bestimmenden, linksdemokratischen Staats- und Volkspartei zu machen. Weder hatten es die Führer und Funktionäre der Partei selbst vermocht, diese auf lange Sicht wahrscheinlich unaufhaltsame Entwicklung in die Hand zu nehmen, so daß sie zwischen „Staatspartei“ und „Klassenkampfpartei“ hin- und hergerissen wurden, noch wurde den „Roten“ von der bürgerlichen Rechten, die in der Bürokratie und im Heer nach wie vor vorherrschte, zugestanden, daß sie als aufbauwillige politische Partner auf die Dauer in Betracht kommen durften. Wohl hatte die Eingliederung des Arbeiters in die Nation ebenso Fortschritte gemacht wie das Hineinwachsen der Sozialdemokratie in den Staat, aber die Feinde dieses Prozesses innerhalb und außerhalb der Partei waren zwischen 1920 und 1930 stets so stark, daß diese Entwicklung immer wieder verdächtigt und bekämpft wurde.

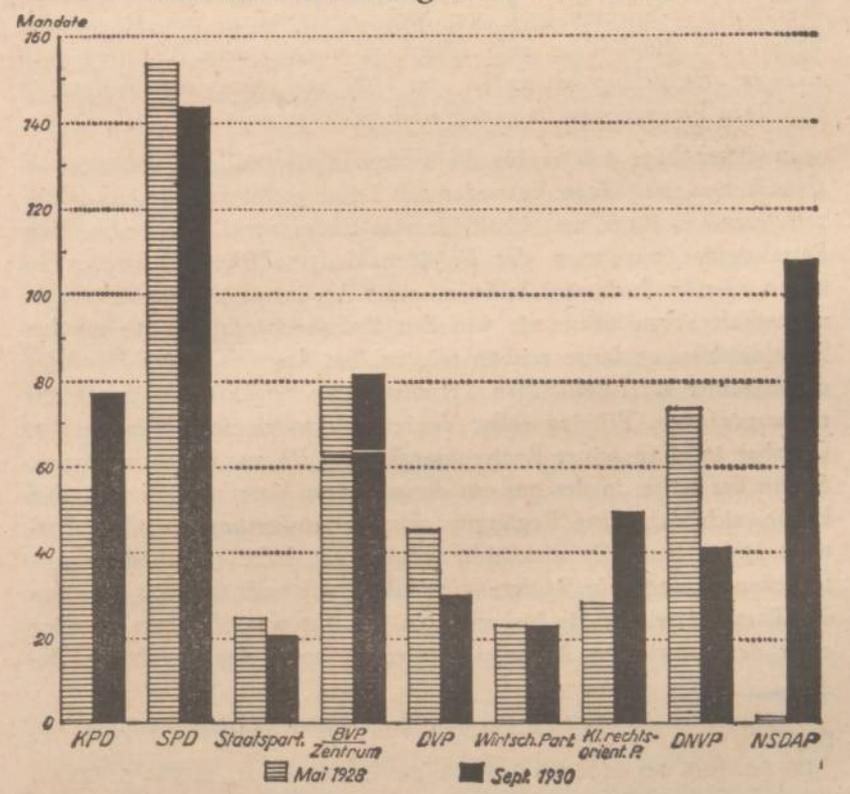
Nicht minder verhängnisvoll für die Parteiendemokratie war der Schwund derjenigen Partei, die allein von Haus aus ohne innere Vorbehalte stets die Parlamentarisierung der Reichsverfassung bejaht hatte: der Linksliberalen, die sich 1918 folgerichtig als Demokraten bezeichnet hatten und 1930 die Entscheidungssituation der deutschen Demokratie dadurch zu deuten versuchten, daß sie sich „Staatspartei“ nannten. Von 1919 bis 1930 waren sie von 5,6 auf 1,3 Millionen Stimmen, von 18,6 auf 3,8 Prozent des Stimmenanteils und von 75 auf 20 Reichstagsmandate zurückgegangen. Außerdem war die Deutsche Volkspartei fast unmittelbar nach dem Tode Stresemanns im Herbst 1929 nach rechts abgeschwenkt, ohne sich freilich damit retten zu können. Denn auch sie lag 1930 nur noch unwesentlich über der Stärke der demokratischen „Staatspartei“. Das Absterben des Liberalismus, soweit er in politischen Parteien in Erscheinung trat, war während der zwanziger Jahre fortgesetzt im Gange und 1932 so gut wie vollendet. Denn beide Parteien konnten in diesem Jahr nur noch 2 bis 3 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen.

Da seit 1920 die Weimarer Koalition kaum noch möglich war und andere Mehrheitsbildungen, in denen die Sozialdemokraten eingeschlossen waren, bei dem nun einmal bestehenden Gegensatz zwischen „Marxisten“ und „Bürgerlichen“ rechts vom Zentrum Überdehnungen waren, gewann seit 1920 und mehr noch seit 1924 die große Rechtspartei der Deutschnationalen entscheidende Bedeutung. Sie verdoppelte ihren Anteil zwischen 1919 und der Dezemberwahl von 1924 von 10,3 auf 20,5 Prozent. Beharrte sie auf ihrer scharf antirepublikanischen Einstellung, so wurde sie damit zu einer schweren, auf die Dauer kaum erträglichen Belastung für den demokratischen Parteienstaat. Wurde sie aber koalitions- und damit kompromißwillig, dann war viel gewonnen, und sie konnte womöglich neben dem katholischen Zentrum zu einer großen demokratisch-konservativen Partei werden, mochten ihre älteren Anhänger und eine Weile auch ihr Programm noch so sehr

an alten Leitbildern der konstitutionellen Monarchie orientiert bleiben. Ob es gelingen konnte, die vor 1918 staatstragende Rechte, die mehr war als nur die Nachfolgerin der alten Konservativen, auf den Boden des neuen Staates hinüberzuziehen, darin lag in der Mitte der zwanziger Jahre — neben dem Wandel der Sozialdemokratie zur „Staatspartei“ — die innerpolitische Lebensfrage für die Weimarer Republik. In der Tat ist dieser Weg, freilich unter Hemmungen und Hindernissen, halbwillig oder gar widerwillig, zwischen 1924 und 1928 eingeschlagen worden. Als diese Entwicklung 1928 jedoch durch Hugenberg abgeschnitten wurde, da erwies sich die Parteispaltung als unvermeidlich. Die sich trennenden Volkskonservativen konnten sich zwar in den Wahlen von 1930 nur schwach und später überhaupt nicht mehr behaupten, aber auch Hugenberg vermochte seit 1930 die Stärke der alten Deutschnationalen Volkspartei vor der Spaltung nie wieder zu erreichen. Sie blieb bis zum Ende stets nur etwa halb so stark wie in der Mitte der zwanziger Jahre. Nur um den Preis dieser Halbierung rettete Hugenberg die Linientreue der „nationalen Opposition“ mit ihrer Feindschaft gegen die Demokratie, zu der fortan keine Brücke mehr führen sollte. Von 1930 an ist es daher wieder zulässig, die Deutschnationalen unter dem Gesichtspunkt der unbedingten Republikfeindschaft mit Nationalisten und Kommunisten zusammenzusehen, während die oben wiedergegebenen Ziffern dieser politischen Negation des Staates von Weimar für die zweiten Wahlen von 1924 und die von 1928 nur bedingt Gültigkeit haben.

Der März 1930 bedeutet nicht nur deswegen das eigentliche Ende des pluralistischen Parteienstaates, weil die Parteien, auf die es ankam, sich inmitten der wachsenden Krise der Wirtschaft und der Staatsfinanzen, in der schnell gehandelt werden mußte, selbst ausgeschaltet hatten. Der 30. März ist vielmehr auch deswegen als Endtermin des Parteienstaates der bisherigen Art anzusehen, weil mit dem Versuch einer Präsidentschaftsrepublik begonnen wurde, sei es nur im Sinne der Überbrückung einer Notlage, sei es mit der Absicht, die Verfassung zu gegebener Zeit zu revidieren. Derselbe Brüning, der im Februar und März offenbar ehrlich und unermüdet bis zum Schluß darum bemüht gewesen ist, die Koalition am Leben zu erhalten und die auseinanderstrebenden Flügel zu einigen, verband sich nun als Kanzler mit denen, die die starke Stellung des Reichspräsidenten für die Bildung eines „Staates über den Parteien“ einzusetzen gedachten. Als Kanzler war Brüning von vornherein dazu entschlossen, diesen Weg zu beschreiten und keine Rücksicht auf die Parteien mehr zu nehmen, sofern sie sich seiner „sachlich“ begründeten Politik der „Sanierung“ widersetzen. Dabei wollte

Mandatsverteilung 1928 und 1930



er gemäß dem Willen Hindenburgs seine Basis so weit nach rechts erweitern, wie es im Sinne einer „konservativen Demokratie“ mit Parteien, aber unter verfassungsrechtlich zulässigen Sicherungen gegen parteipolitische Desintegration des Staates möglich war. Da Hugenberg versagte, blieb diese „volkskonservative“ Basis jedoch schmal. Und indem Brüning nach dem Willen Hindenburgs und seiner Umgebung einen Kompromiß mit den Sozialdemokraten nicht nur nicht suchte, sondern von vornherein ablehnte, schnitt er sich den Weg zur Parteiendemokratie, die er nach seinen Erfahrungen vom Frühjahr 1930 in der fortschreitenden Krise nicht mehr für funktionsfähig hielt, bewußt ab. Er ließ es zum Konflikt mit dem Reichstag kommen und war dann, als dieser Reichstag die Notverordnung abgelehnt hatte, zur Auflösung gezwungen, wenn er seinerseits nicht nachgeben wollte. Sicherlich darf auch nachträglich der damals von der Sozialdemokratischen Partei vertretenen These zugestimmt werden, daß ein Eingehen auf ihre Sanierungsvorschläge möglich, daß Brünings Versuch also nicht der allein denkbare und darum mit dem Staatsnotstand zu begründende gewesen wäre. Aber Brüning war in reiner Sachlichkeit, wie er sie auffaßte, von der Notwendigkeit seiner Wirtschaftspolitik überzeugt und glaubte darüber hinaus auf Grund seiner Herkunft und seiner Erfahrungen, daß es nicht nur darum ging, die von ihm für unerläßlich gehaltene Notverordnung durchzusetzen, sondern die Grenzen des von den Parteien unabhängigen Staates wieder so weit vorzustecken, wie es ihm durch die Erfordernisse einer von den innerpolitischen Spannungen möglichst freien Regierungs- und Verwaltungspraxis geboten erschien. Brüning hatte sich wirtschafts- und verfassungspolitisch für einen Kurs entschieden, der, koste es, was es wolle, angenommen werden mußte, widrigenfalls aber erzwungen werden sollte.

„Nicht um Parlamentsrecht, sondern um Parlamentspflicht, nicht um Volksrecht gegen Diktatur, sondern um Volkswohl gegen rücksichtslose Parteiherrschaft“ gehe der Kampf Brünings, so betonte Prälat Kaas auf der Schlußsitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums nach der Auflösung des Hauses. Brüning selbst aber faßte seinen Kurs in dem Satz zusammen: „Eines nur ist notwendig: nicht die Parteien dürfen führend sein, sondern das Kabinett“¹⁷⁾.

Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 setzten eindeutig noch als der 27. März den Schlußstrich unter die Krise des Parteienstaates. Nun war erschreckend deutlich geworden, daß die Bewegung gegen das parlamentarisch-demokratische System im Volk rasch zunahm und daß wachsende Massen – wenn auch nicht einheitlich – antidemokratischen Verfassungsvorbildern anhängen. Wenn zwei Fünftel der Reichstagsabgeordneten zu den betont verfassungsfeindlichen Parteien gehörten und die übrigen drei Fünftel hoffnungslos zerrissen waren, weil Hindenburg und Brüning keine Koalition mit der Sozialdemokratie wünschten und eine Mehrheitsregierung mit dieser auch kaum noch möglich zu sein schien, so war der neue Reichstag noch weniger arbeitsfähig, als es der von 1928 mit seinen verhältnismäßig günstigen Proportionen immerhin noch gewesen war.

In dieser Lage gab es für die verfassungsfreundlichen Parteien im Grunde nur zwei Wege: entweder sich Brünings Notverordnungs politik tolerierend zu fügen und damit für eine Übergangszeit wenigstens den Parteienstaat zugunsten der Präsidentschaftspolitik zurücktreten zu lassen oder im Parlament selbst zu einer Art interfraktioneller Notgemeinschaft vorzustoßen, die von den Volkskonservativen bis zu den Sozialdemokraten hätte reichen müssen, um das Gesetz des Handelns einem seiner staatspolitischen Verantwortung bewußten Reichstag zurückzugewinnen. Brüning selbst deutete diesen zweiten Weg am 13. Oktober 1931 in seiner Regierungserklärung¹⁸⁾ an, als er bedauerte, daß in der Krise, in der nur ein Ausweg dem Vaterland nützlich sein könne, sich nicht eine Regierung aller verantwortungsbewußten Parteien bilden lasse. Da dies nicht möglich sei, habe er sich dazu entschließen müssen, eine Regierung zu bilden, die noch unabhängiger von den Parteien sei als die bisherige. In der Tat war offenbar der Weg einer demokratischen Allparteienregierung unter den gegebenen Be-

dingungen irreal, und er ist auch gar nicht ernsthaft versucht worden. Die vielfältigen Versuche aber zur „staatsbürgerlichen“ Sammlung der Mitte und der gemäßigten Rechten, die angesichts des Schwundes und der Zersplitterung dieser Parteien sich aufdrängten, scheiterten alle. Prinzipientreue, Selbstüberschätzung und Beharrungsvermögen der Parteiapparate haben diese liberalen, konservativen und berufsständischen Kleinparteien im wörtlichen Sinne zu Tode gehetzt.

So blieb statt mutiger Selbstüberwindung zur Rettung des Parlamentarismus nur das Stillhalten gegenüber dem Kabinett Brüning übrig. Dabei war völlig offen, wohin dies Stillhalten führen sollte. Eine Wiederkehr des parlamentarischen Systems wurde zwar von vielen erhofft, doch bestand dazu in Wirklichkeit nur geringe Aussicht inmitten der fortschreitenden Vertrauenskrise. Wahrscheinlicher war, daß der tatsächliche Verfassungswandel eines Tages auch zu einer Änderung des Verfassungsrechts würde führen müssen. Brünings Neigung ging gewiß in eine solche Richtung, wenn auch derartige Erwägungen noch ganz hinter den unmittelbar vordringlichen Aufgaben zurücktraten.

Sicherlich stand hinter seinen Maßnahmen, die der Not des Augenblicks entsprachen, auf längere Sicht mehr als nur die auf die unmittelbar drängende Lage reagierende Sanierungsabsicht. Grundsätzlich lag Brünings Vorgehen das noch nicht konkretisierte Ziel, den Gegensatz zwischen dem altgewohnten „Staat über den Parteien“ und dem bisher schlecht eingeführten Staat durch die Parteien in einer neuen Verfassungslösung aufzuheben und damit ohne Beseitigung der demokratischen Grundlagen die verlorene Stabilität und Autorität wieder zu erlangen. Doch gewann dies noch keine Gestalt, und warum hätte Brüning auch seine Schwierigkeiten noch vergrößern sollen, in denen er sich ohnehin befand. Es konnte ihm nichts daran liegen, Verfassungskonflikte heraufzubeschwören in einer Lage, in der er froh sein mußte, mit seiner „parlamentarisch tolerierten Präsidialregierung“¹⁹⁾ schlecht und recht die Krise zu bestehen. Diese Absicht des einfachen Durchhaltens und erst recht die vielleicht später sich ergebenden verfassungspolitischen Möglichkeiten wurden durch seinen Sturz abgeschnitten.

Die Rolle der Parteien des demokratischen Parteienstaates war nach diesem verhängnisvollen Ereignis noch stärker als vorher herabgemindert, nicht nur deswegen, weil sie in der nun beginnenden „Präsidialregierung“ tatsächlich fast völlig ausgeschaltet waren, sondern weil aufs ganze gesehen inmitten eines vielstimmigen Sirengesanges vom Ende oder von der Dämmerung der Parteien keinerlei große Politik mehr von den Parteien des zu Ende gehenden Weimarer Staates versucht worden ist. Eine Rückkehr zur parteienstaatlichen Normalität der Jahre zwischen 1919 und 1930 war auf keinen Fall zu erwarten. Sollte die Auslieferung des Staates an Hitler vermieden werden, dann bedurfte es auf längere Sicht grundlegender Verfassungsreformen und einer Wandlung der deutschen Parteienstruktur. Zu dieser Problematik ist damals viel und z. T. Vorwärtsweisendes vor allem in den Kreisen gesagt worden, denen es um die „Existenz großer, gesunder Staatsparteien“²⁰⁾ oder – beides deckte sich weitgehend – um „Sammlung“ ging. Von einer solchen „staatsbürgerlichen“ Gesinnung her, die an die Weimarer Verfassung anknüpfen, sie aber reformieren wollte, mußten eigentlich ältere liberale und konservative Prinzipien einer neuen, gewandelten Wirklichkeit zum Opfer fallen. Das wurde weithin eingesehen, und es war ein verheißungsvolles Zeichen, daß nicht nur eine militärähnliche, aus der Freikorpszeit stammende und politisch geformte Organisation wie der Jungdeutsche Orden, dessen Führer Mahraun gegen den „Parteiismus“ gekämpft hatte²¹⁾, sondern auch Bünde der Jugendbewegung aus bisher geübter Distanz oder „konservativ revolutionärer“ Abneigung gegenüber der Demokratie zum „Staatsbürgertum“ eines deutschen Staates strebten, der weder durch „Parteienpluralismus“ und

19) Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik. Offenbach 1947, S. 580.

20) Friedrich Meinecke, Politische Schriften und Reden, hrsg. und eingeleitet von Georg Kotowski. Darmstadt 1958, S. 437. Vgl. hierzu Waldemar Besson, Friedrich Meinecke und die Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte f. Zeitgesch. 7, 1959, S. 113 ff.

21) Vgl. Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 14). Düsseldorf 1958.

17) Kölnische Volkszeitung Nr. 365, 20. Juli 1930 und Nr. 384 B, 30. Juli 1930.

18) Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart 21, 1933/34, S. 159.

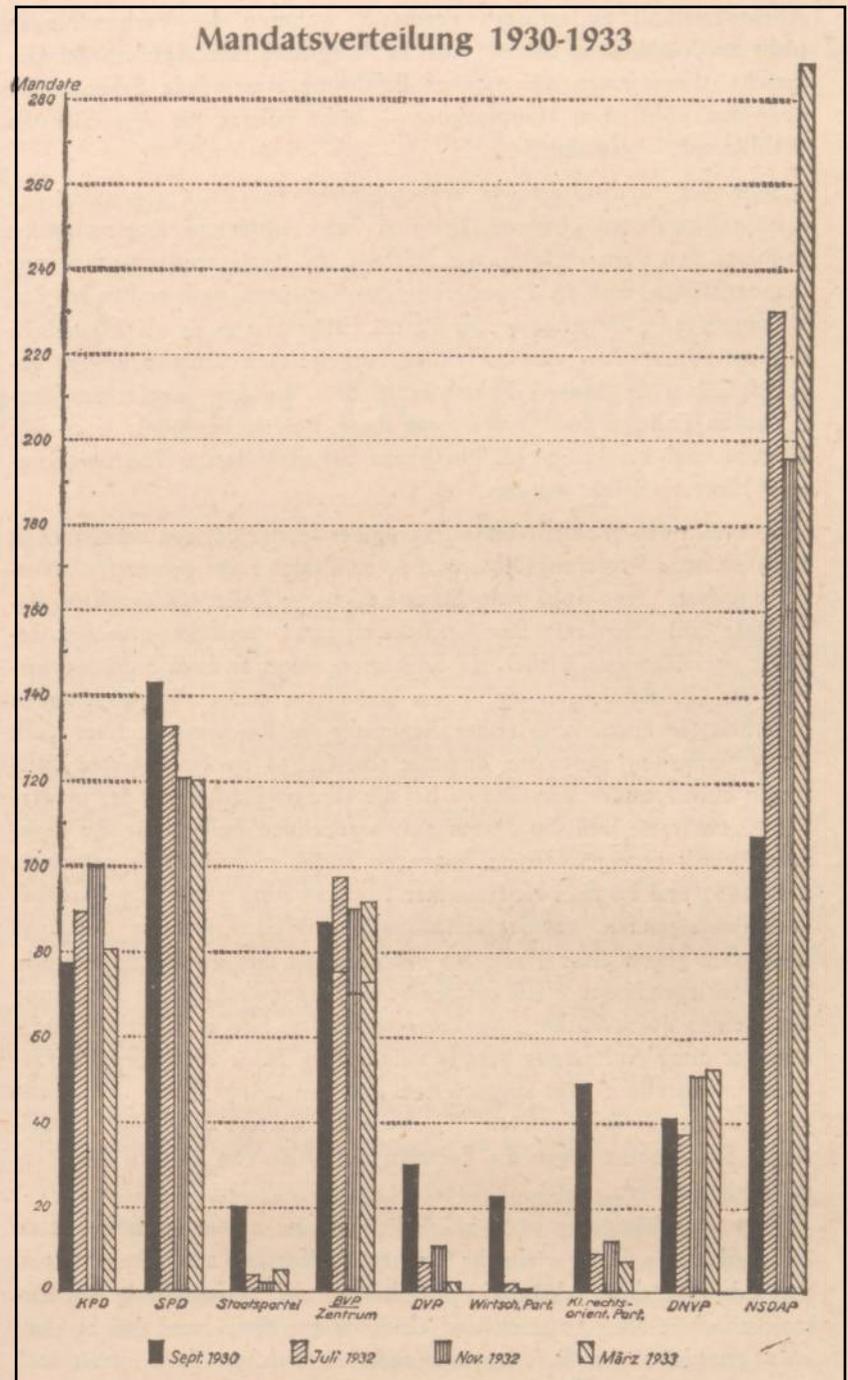
„Parlamentsabsolutismus“ zersetzt, noch durch eine Nationalrevolution zum Terror einer Führerherrschaft mit Einparteiorganisation gebracht werden sollte.

Wenn Hans Zehrer in dem erwähnten Aufsatz über das Ende der Parteien 1932 das bündische Prinzip der Zukunft den vergehenden Parteien des sterbenden „liberalistischen“ Zeitalters entgegensetzte, so war das nicht zuletzt deswegen eine fragwürdige Behauptung, weil gerade aus den Bünden vielfältig, wenn auch oft mit gewisser Reserve, dem Staat und seinen Parteien neue Bereitschaft entgegengebracht wurde. Bezeichnenderweise handelt es sich allerdings dabei kaum noch um das Einschwenken in die alten, in den Augen der bündischen Jugend abgenutzten Parteien, sondern um Neu- oder Umbildungen wie die Staatspartei oder die Volkskonservativen von 1930.

Diese Parteien gewannen jedoch keine Massengefolgschaft; sie konnten das Ende der liberalen Mitte nicht verhindern, und im konservativen Lager zeigte es sich, daß trotz der bündisch-volkskonservativen Bemühungen die Masse des rechtsstehenden „Bürgertums“, soweit es nicht dem Nationalsozialismus anheimfiel, dem alten Leitbild der deutschen Verfassung vor 1918 anhing und den Schritt zu einer „konstitutionellen Demokratie“²²⁾ nicht tun wollte. So waren zwar die Bewegungen kleiner Kreise, besonders in der Intelligenz und der Jugend, symptomatisch für staatsbürgerliche Ernüchterung und eine Hinwendung zum Staat, den die Masse der radikalisierten und arbeitslos „ausgesperrten“ Jugend noch ablehnte, ja z. T. fanatisiert verabscheute, und darin mochten hoffnungsvolle Anzeichen für eine reformierte Demokratie weniger großer „Staatsparteien“ in einer besseren Zukunft nach dem Durchhalten in der Krise gesehen werden. Aber für den kritischen Moment, auf den es ankam, fehlten die Durchschlagskraft und die reale Aussicht auf praktische Erfolge. Sie wären übrigens vermutlich auch bei etwa nachlassender Unruhe nicht eingetreten. Denn diese Parteineugründungen oder -umbildungen gehören in eine Reihe idealistischer Erneuerungsversuche in der deutschen Parteigeschichte, die über elitäre Gruppenbildungen stets nur unwesentlich hinausgekommen und alle an der Aufgabe der Technik und Finanzierung von Massenorganisationen gescheitert sind. Darin lag ein Erbe aus der Entstehungszeit der organisationsscheuen deutschen Parteien, die abgesehen von der Sozialdemokratie jahrzehntelang kaum organisatorische Folgerungen aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gezogen hatten. In dieser Hinsicht waren die liberalen und konservativen Neubildungen des Jahres 1930 Nachfolger von Naumanns gescheitertem Versuch, seinen Nationalsozialen Verein zur politischen Partei werden zu lassen.

Die Lage der Sozialdemokratie spiegelt diese Diskrepanz zwischen politischer Bewegung und Einsicht einerseits, Ohnmacht des Willens in der Entscheidungssituation andererseits. Auch im Lager des Sozialismus gab es geistige Unruhe und fruchtbare neue Ideen, wie sie etwa in den „Neuen Blättern für den Sozialismus“ zum Ausdruck kamen. Sie blieben jedoch wirkungslos, wenn wir auf den unmittelbaren Effekt sehen. Im Unterschied zu den parteipolitischen Vorgängen rechts und in der Mitte allerdings gab es bis zuletzt eine starke, wenn auch in ihrem Anteil an der Gesamtwählerschaft langsam abnehmende Sozialdemokratische Partei. Zwar konnte darüber gestritten werden, ob dem sterbenden Liberalismus nicht ein sterbender Sozialismus auf dem Fuße folgte; nur an der Festigkeit altbewährter sozialdemokratischer Organisation konnte kein Zweifel bestehen. Die große Partei blieb von der jungen Bewegung in den eigenen Reihen ziemlich unberührt. Sie hielt ihre alte Linie hartnäckig durch und war daher weder zu grundsätzlichen Umdenken noch zu politisch aktivem Reagieren auf die sich ändernden Konstellationen in der großen Staatskrise von 1930 bis 1933 fähig. Sie verpaßte eine Chance nach der anderen und hat die Entwicklung seit dem Ende der Regierung Müller im März 1930, im allgemeinen nur durch Negieren, Warnen, Tolerieren und Hinhalten beeinflusst. Damit konnte sie aber weder einen Weg aus dem eigenen Dilemma noch aus der allgemeinen Krise weisen.

Das Zentrum paßt in dies allgemeine Bild der in der Gefahr verkümmerten oder zurückbleibenden Parteien am wenigstens hinein. Bis zum 31. Mai 1932 stützte diese Partei Brüning's Regierung. Darin



lag eine klare politische Stellungnahme. Nach dessen Sturz verfolgte sie zunächst die Parole „Zurück zu Brüning“ und zog nach der Wahl vom 31. Juli die parlamentarisch-demokratische Konsequenz, mit den Nationalsozialisten wegen einer etwa möglichen Koalition in Verhandlungen einzutreten, nachdem sie noch kurz vorher mit allen Mitteln und im Bund mit der Kirche die NSDAP aufs schärfste bekämpft hatte. Zwar spielte bei dieser taktischen Schwenkung des Zentrums auch Verärgerung gegenüber Papen mit; doch ist damit die Bedeutung dieses Schrittes der an politische Verantwortlichkeit gewöhnten Partei, die zum ersten Mal seit 1919 in der Opposition stand, nicht erklärt. Die politische Eventualität einer Regierungsbildung mit Beteiligung Hitlers mußte erprobt werden, wie auch immer die Erfolgsaussichten beurteilt werden mochten. Sie wurde schließlich programmatisch erweitert zur Forderung einer noch andere Parteien umfassenden „deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft“.

Die damals und nachträglich bis heute geübte Kritik liegt bei dem Charakter Hitlers und seiner Kampfpartei auf der Hand. Und doch wird gesagt werden dürfen, daß das Zentrum zu diesen Sondierungen in der damaligen Situation geradezu verpflichtet gewesen ist. Kam es, wie kaum erwartet werden konnte, wirklich zu einem Kompromiß mit Hitler, der nur unter Sicherheitsbedingungen geschlossen worden wäre, die den Deutschnationalen am 30. Januar 1933 nicht gegeben worden waren, dann konnte das Risiko einer voraussichtlich nur kurzfristigen Koalition eingegangen werden, die mit der Hoffnung einer Abnutzung und Schwächung der NSDAP verbunden gewesen wäre. Da der aufs Ganze gehende Hitler jedoch eine Koalition scheute, die ihm nicht die

22) Meinecke, a. a. O., S. 442.

Alleinherrschaft zu erringen versprach, konnten die Verhandlungen nicht zur Verbindung führen. Kam es demgemäß zum Abbruch der Gespräche, dann waren aus eigener Erfahrung stammende Erkenntnisse über den politischen Hauptgegner — nicht zuletzt für den nächsten Wahlkampf — gewonnen.

Sehr viel fragwürdiger war vorher Schleichers Taktik gegenüber den Nationalsozialisten gewesen. Denn er hatte schon zur Regierungszeit Brüning den Plan verfolgt, die NSDAP zur Regierungsverantwortung heranzuziehen, und die Erweiterung des Kabinetts nach rechts bei Zustimmung oder Beteiligung der Partei Hitlers hatte ja als eigentliche Ursache hinter dem von Schleicher vorbereiteten Sturz Brüning gestanden. Nur durch diese Taktik Schleichers, die den Kanzler des Zentrums zu Fall gebracht hatte, war diese Partei, besonders nach den Wahlen vom 31. Juli 1932, überhaupt zur veränderten Taktik gegenüber Hitler veranlaßt worden.

Erst nach den Wahlen vom 6. November spielte bei den Bemühungen um eine neue Regierungsbildung die von Prälat Kaas geforderte „Notgemeinschaft“ eine wohl mehr als nur taktische Rolle. Und nach der Betrauung Schleichers mit dem Reichskanzleramt verstärkte sich das Gewicht des Zentrums wieder, da Schleicher, wenn er auch zunächst formell die „Präsidialregierung“ kaum veränderte, unter allen Umständen eine breitere Fundierung seiner Regierung im Reichstag und im Volk (Gewerkschaften) anstrebte. Er hatte schon 1918 ein den meisten Offizieren noch fremdes Verständnis für die Unausweichlichkeit der modernen Demokratie und die daraus sich ergebenden Folgen für die deutsche Politik gezeigt. Gerade deswegen stand er vermutlich zeitweise, d. h. 1931 und bis zum Hochsommer 1932, so stark unter dem Eindruck der aufsteigenden nationalsozialistischen Welle, daß er Brüning Dammbau gegen diese Welle für brüchig hielt und durch den Versuch, Hitler in irgendeiner Weise an den Staat heranzuziehen, der Eroberung des Staates durch Hitler zuvorkommen wollte. Ehe er Kanzler wurde, hatte er diese Auffassung bereits aufgegeben. Seine Ideologen im Tat-Kreis unterstellten oder suggerierten ihm den „Angriff auf den heutigen Pluralismus der Parteien“²³⁾ sowie die weitere Stärkung „autoritärer“ Staatsmacht gegen die Parteien mit Hilfe von Bündeln und Verbänden.

Doch war Schleicher wohl zu realistisch, um einem solchen Rat zu entsprechen. Es dürfte vielmehr Brachers Auffassung zuzustimmen sein, daß sich Schleichers taktische Vorstellungen auf „Annäherung und Zusammenarbeit aller Parteien und Gruppen gerichtet“ und daß er „auf eine grundsätzliche Reformpropaganda Papenschen Stils verzichtet“ hätte. Das lief, wie Bracher betont, im Grund auf eine Rückkehr zum Kurs Brüning und damit auf eine Revision von Schleichers eigener Politik hinaus, die zum Sturz Brüning geführt hatte. Selbstverständlich war damit keine Neigung verbunden, dem Parteienstaat der Zeit vor Brüning wieder näher zu kommen. Dafür waren, ganz abgesehen von Schleichers politischer Grundhaltung, die Bedingungen nicht gegeben. Denn die NSDAP hatte Schleicher nunmehr, abgesehen von seiner vorübergehenden Hoffnung auf die Abspaltung eines Straßer-Flügels, als etwa möglichen Partner vollständig ausgeschlossen; die Sozialdemokratie versagte sich seinem Angebot auf Zusammenarbeit im Sinne einer Staatsnotgemeinschaft; und das Zentrum lehnte den Rückweg zum reinen Parlamentarismus ab. Aber der Kanzler nahm Rücksicht auf die Parteien, und diese wiederum scheuten begreiflicherweise in der Lage nach dem 6. November eine riskante, kostspielige und voraussichtlich ergebnislose Oppositionspolitik, die zu einer neuen Reichstagsauflösung geführt hätte. Die allgemeine Lage um die Jahreswende war durch eine gewisse vorsichtige und abwartende Zurückhaltung gekennzeichnet.

Nicht in einer sich zuspitzenden, sondern in einer auf kommende Entspannung deutenden Situation erfolgte also die Wendung durch Papen und deutschnationale Politiker im Jahre 1933. Sie allein waren noch in der Lage, auf den nicht mehr urteilsfähigen und instinktiv widerstrebenden Reichspräsidenten gegen Schleicher einzuwirken. Sie fürchteten, daß es Schleicher gelingen könnte, seinem Kabinett eine breitere, womöglich nach links ausgeweitete Fundierung zu schaffen und

wählten das ihnen geringer scheinende Übel einer Koalition mit Hitler. Sie meinten, ihn auf die Dauer überspielen und gleichzeitig den vergangenen Weimarer Parteienstaat weit hinter sich lassen zu können. Sehr schnell stellte sich all das als Illusion heraus. Das endgültige Ende der Parteien war gekommen, sowohl der antidemokratischen wie der demokratischen, die unter Schleicher noch eine letzte Aussicht gehabt hatten, in Verbindung mit einer primär auf den Reichspräsidenten gestützten Regierung so stark gegen den unmittelbar drohenden Nationalsozialismus und seine politischen Helfer aktiv zu werden, wie es ihrer Fähigkeit und ihrem Willen zur Staatsverantwortung entsprach. Denn im Gegensatz zu Papen, der die Parteien der Demokratie verletzend abgewiesen hatte, war Schleicher, nachdem er sich gegen Hitler entschieden hatte, an ihrer Hilfe gelegen. Er bedurfte nicht nur der „Front der Gewerkschaften“ und der Reichswehr, sondern auch der staatszugewandten Parteien, ebenso wie diese im Grunde auf ihn allein in jenen entscheidungsoffenen Wochen angewiesen waren. Doch kam es auf ihrer Seite nicht zur befreienden Tat. Vor allem die Sozialdemokratie hat damals wohl ihre letzte Gelegenheit versäumt, ihr Gewicht in die Waagschale Schleichers und damit gegen Hitlers „Macht ergreifung“ zu werfen. Denn nach dem 30. Januar oder gar nach dem 28. Februar und 5. März war dazu kaum noch eine Möglichkeit gegeben.

Was darauf bis zum Sommer 1933 folgte, ist in den folgenden Beiträgen zum ersten Mal zusammenfassend und quellennah geschildert und dokumentiert. Es bedarf wohl kaum eines Kommentars, Hitler gab einem Parteiensystem den Todesstoß, dessen Gebrechen jahrzehntelang offenbar gewesen waren, dessen Beziehungen zum Staat — vor und nach 1918 — nie durch einen verfassungspolitischen Consensus aller Richtungen geklärt worden war und das weder in der Krise noch in der Agonie zu wirkungsvoller Reform aus sich selbst heraus fähig gewesen war, so interessant auch die selbstkritischen Äußerungen dieser Jahre im einzelnen sein mögen. Das Wagnis einer entschlossenen Kooperation demokratischer „Staatsparteien“, das den Preis der Aufgabe so mancher Prinzipien und Gewohnheiten, ja vielleicht der parteipolitischen Selbständigkeit gekostet hätte, und das dem verfassungspolitischen Kompromiß von 1917 bis 1919 in seiner Bedeutung gleich gekommen wäre, ist ausgeblieben. So fehlte zuerst Brüning und in letzter Stunde Schleicher — sicherlich nicht ohne daß sie selbst Mißtrauen herausgefordert hätten — die mächtige Resonanz, die die einseitige und, wie sich am 31. Mai 1932 und 30. Januar 1933 herausstellte, gefährliche Verlagerung der Führung auf den alten Reichspräsidenten verhindert hätte. Im Scheitern und in der vergeblichen Bemühung mancher Politiker, die sich gegen Hitlers Kommen stemmten, vor allem wohl bei Hermann Müller, Brüning und zuletzt auch Schleicher, liegt tiefe persönliche Tragik im eigentlichen Sinne dieses heute so abgenutzten Wortes.

Das historische Problem aber, das sich mit dem Ende des alten Parteiensystems in Deutschland stellt, ist nicht primär im Handeln und Versagen der Personen zu sehen, sondern weist auf die vom Vormärz bis zu Hitler ungelöste Frage der deutschen Verfassung, in der die zahlreichen und weithin kompromißfeindlichen Parteien eine Rolle gespielt haben, die auf Grund der gegebenen Bedingungen oft genug unglücklich oder gar verhängnisvoll gewesen ist. Der Einschnitt der Erschütterung und der Katastrophe der Jahre 1933 bis 1945 ist so tief gewesen, daß trotz vieler, 1945 sich gewissermaßen von selbst einstellender Anknüpfungen an die Zeit des Weimarer Parteienstaates, das alte deutsche Parteiensystem nicht wiedergekommen ist. Vielmehr sind neue Entwicklungstendenzen im westlichen Teil Deutschlands sichtbar, die nicht allein auf das Grundgesetz von 1949, sondern besonders auch auf eine gewandelte Mentalität der Wähler zurückzuführen sind. Die Erfahrungen der offenbar letzten Phase des deutschen Revolutionszeitalters, die durch die Jahre 1918 bis 1945 bezeichnet ist, liegen dieser Wandlung zugrunde.

Anmerkung:

Conze Werner, Dr. phil., o. Prof. f. Neuere Geschichte, spez. Sozial- und Zeitgeschichte, in Heidelberg, Geb. 31. 12. 1910 in Neuhaus/Elbe. Veröffentlichungen u. a.: Agrarverfassung und Bevölkerung in Litauen und Weißrußland; Leibniz als Historiker.

23) Die Tat 24, 1932, S. 828.

ERICH MATTHIAS

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Einleitung

„Berlin ist nicht Rom. Hitler ist nicht Mussolini. Berlin wird niemals die Hauptstadt eines Faschistenreiches werden. Berlin bleibt rot!“

„Vorwärts“, 8. Februar 1933.

„Wir waren getrieben durch den Zwang der Verhältnisse in stärkerem Maße als die Parteien irgendeines anderen Landes. Wir waren wirklich nur Objekt der Entwicklung.“

Otto Wels am 22. August 1933 auf dem Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Paris.

Die strukturelle Dauerkrise der Weimarer Demokratie, die Resignation der Demokraten und ihre Unfähigkeit, sich eine realistische Vorstellung von der drohenden Gefahr und den Methoden des totalitären Gegners zu machen, zählen zu den wichtigsten Voraussetzungen, die den Sieg der dynamischen Massenbewegung des Nationalsozialismus ermöglicht haben. Von den Parteien der Republik verharrte allein die sozialdemokratische in eindeutiger und kompromißloser Gegnerschaft zum aufsteigenden Nationalsozialismus¹⁾. Doch für die Schwäche der Demokratie, die im Bruch der Großen Koalition offen zutage trat, ist sie nicht minder verantwortlich als die Gegner des Weimarer Staates²⁾. Wenn auch die Aufgabe, die sich der deutschen Sozialdemokratie im November 1918 aufgedrängt hatte, schwer, vielleicht sogar angesichts der außenpolitischen und wirtschaftlichen Misere unlösbar war, die Passivität ihrer Revolutionspolitik und ihre mangelnde Gestaltungskraft sind nicht ausschließlich die Folge äußerer Faktoren gewesen³⁾. Läßt es sich doch erweisen, daß die führenden sozialdemokratischen Vertreter in der veränderten Welt noch immer die Maßstäbe ihres Handelns dem engen Kreis der Anschauungen und Erfahrungen der Vorkriegs-

sozialdemokratie entnahmen⁴⁾. Daß das erstarrte sozialdemokratische Selbstbewußtsein die Aktionsmöglichkeiten der Partei weit wirksamer begrenzte als die Ungunst der vielberufenen „Verhältnisse“, ist das entscheidende Kriterium, ohne das ein wissenschaftlich gerechtfertigtes Urteil über die sozialdemokratische Politik während der Novemberrevolution und in den Anfängen des Staates von Weimar nicht zu gewinnen ist⁵⁾. Nur von diesem Ausgangspunkt öffnet sich auch der Weg zum Verständnis der politischen Hilflosigkeit der SPD, die sich trotz mancher fruchtbarer Ansätze aufs Ganze gesehen nicht aus ihrer traditionalistischen Lähmung lösen können⁶⁾, in der Periode der Auflösung der Republik. Durch ihre verantwortungsbewußte Opferbereitschaft, die sie zur Tolerierung des Kabinetts Brüning bestimmte, erwarb sie sich kaum neue Sympathien. Ihre passive Resignation aber, die den Sturz der Regierung Hermann Müller ermöglichte⁷⁾ und sich deutlicher noch in der Reaktion auf Papens Staatsstreich in Preußen ausprägte, trug wesentlich zur Beseitigung der Schranken bei, die einer Machtübernahme der Nationalsozialisten entgegenstanden.

Ein isolierter sozialdemokratischer Widerstand nach dem 30. Januar 1933 schien von vornherein aussichtslos. Doch die folgenden Monate bis zum offiziellen Verbot der Partei machen mit besonderer Eindringlichkeit die Symptome sichtbar, die das tragische Versagen der stärksten und konsequentesten Kraft der parlamentarischen Demokratie in Deutschland bedingt haben. Dabei verbinden sich die spezifischen, nur parteigeschichtlich zu erklärenden Momente der sozialdemokratischen Verhaltensweise mit den typischen Zügen der Reaktion einer liberaldemokratischen Massenpartei auf den Ansturm einer totalitären Bewegung, die, einmal an die Regierung gelangt, sich anschickt, das ganze Leben der Nation unter ihre Kontrolle zu bringen⁸⁾.

1) Den Grundstock dieses Beitrages bilden eine Abhandlung und eine Dokumentation, die 1956 unter dem Titel „Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933“ in den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“ (Jg. 4, S. 179–226, 250–286) veröffentlicht worden sind. Der Textteil entspricht, abgesehen von den neu hinzugekommenen beiden ersten Kapiteln, die hier zum Vorabdruck gelangen, in der Gedankenführung der ursprünglichen Fassung, wurde jedoch wesentlich erweitert. — Zu danken habe ich all denen, die den Fortgang meiner Arbeiten durch schriftliche oder mündliche Auskünfte gefördert haben, nicht zuletzt auch den Archiven, auf deren Bestände ich zurückgreifen konnte.

2) Zur Frage der strukturellen Schwäche der Weimarer Demokratie vgl. u. a. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 2. Aufl. Düsseldorf und Stuttgart 1957; Werner Conze, Die Krise des Parteienstaates in Deutschland, in: Historische Zeitschrift 178, 1954, S. 47 ff; ferner den Beitrag Conzes in dieser Ausgabe.

3) Zur Kritik der These von Karl Dietrich Erdmann, daß es 1918/19 nur die „Wahl zwischen einem konkreten Entweder-Oder“ gegeben habe (so in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3, 1955, S. 7) vgl. Erich Matthias, Zur Geschichte der Weimarer Republik, in: Die Neue Gesellschaft 3, 1956, S. 312 ff.

4) Als besonders wichtige Quellen für diese Zusammenhänge sind die Protokolle des Rats der Volksbeauftragten, des Zentralrats der deutschen Republik und der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung anzusehen, deren Veröffentlichung im Rahmen der Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien vorbereitet

wird. Die ersten beiden Bände dieser Reihe: „Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18“, bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, Düsseldorf 1959, und ein anschließender Band über die Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden, mit dessen Erscheinen 1961 zu rechnen ist, ermöglichen ein differenziertes Urteil über die sozialdemokratische Politik in der letzten Phase des ersten Weltkrieges. Gewarnt werden muß ausdrücklich vor der vielfach und durchaus nicht nur auf Seiten der kommunistischen Kritiker anzutreffenden Überschätzung des 4. August 1914 als Einschnitt in der sozialdemokratischen Parteientwicklung. Die Entscheidung, die damals von der SPD getroffen wurde, darf, um es auf eine kurze Formel zu bringen, weder als „nationales“ Damaskus noch als „opportunistischer“ Sündenfall der Partei verabsolutiert werden.

5) Für die sozialdemokratische Politik in der Revolutionsperiode vgl. neuerdings die beiden maschinenschriftlichen phil. Dissertationen von Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik, Göttingen 1959, und Wolfgang Elben, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution, Hamburg 1959; ferner Peter von Oertzen, Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 6, 1958, S. 231 ff.

6) Dazu besonders Arthur Rosenberg, Geschichte der deutschen Republik, Karlsbad 1935; Sigmund Neumann, Die deutschen Parteien, Berlin 1932, S. 22 ff.

7) Vgl. Helga Timm, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition 1930 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 1), Düsseldorf 1952.

8) In dieser Fragestellung berührt sich meine Studie mit der Abhandlung von Lewis J. Edinger, German Social Democracy and Hitler's „National Revolution of 1933“: A Study in Democratic Leadership, in: World Politics 1953, S. 330 ff.

Die Politik der Tolerierung

Am Tage nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930, die mit einem Schläge die Nationalsozialisten zur zweitstärksten Partei werden ließen und gleichzeitig den Kommunisten bemerkenswerte Gewinne einbrachten, erklärte der preußische Ministerpräsident Otto Braun, der profilierteste unter den sozialdemokratischen Politikern der Weimarer Zeit, daß er trotz dieses besorgniserweckenden Ergebnisses weder die Verfassung noch die öffentliche Sicherheit und ebensowenig den Kurs der deutschen Außenpolitik auch nur einen Augenblick für bedroht halte. Den rechts- und linksradikalen Siegern der Wahlen werde kaum Gelegenheit geboten werden, ihre bedenklichen Rezepte praktisch zu erproben, wenn sich, was mit Sicherheit zu erwarten sei, über alles Trennende hinweg „eine große Koalition aller Vernünftigen“ zusammenfinde, „um mit einer zweifellos ausreichenden Regierungsmajorität zunächst alle Kräfte auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Existenzbedingungen der breiten Massen zu konzentrieren“⁹).

Die Bedrohung des Staates durch die gefährlich angewachsenen totalitären Bewegungen hatte nach der Überzeugung Brauns eine völlig neue politische und parlamentarische Situation geschaffen, in der der wirtschafts- und sozialpolitische Antagonismus der Flügelparteien, durch den das Kabinett Hermann Müllers auseinandergesprengt worden war, sich einem übergeordneten gemeinsamen Interesse unterzuordnen hatte und auf keinen Fall ausschlaggebend für die politische Frontenbildung werden durfte. Auf allen Seiten waren Fehler gemacht worden, und Braun war der letzte, der die seiner eigenen Partei geleugnet hätte. Die mangelnde Kompromißbereitschaft der Sozialdemokratie in der Frage der Arbeitslosenversicherung, die im März den unmittelbaren Anlaß zum Bruch gegeben hatte, war von ihm ebensowenig gebilligt worden wie der Mißtrauensantrag, mit dem die Reichstagsfraktion dem neuen Kabinett Brüning ihre grundsätzliche Opposition ankündigte¹⁰). Ungeachtet dessen bot die von den Parteien des Reichstags bewiesene „Verantwortungsscheu“ in den Augen Brauns keinen hinreichenden Grund für den „offenbaren Mißbrauch“ des Artikels 48 durch Brüning und für den „großen politischen Fehler“ der Reichstagsauflösung, die der Kanzler am 18. Juli herbeigeführt hatte, ohne zuvor die angekündigte Verhandlungsbereitschaft der Sozialdemokraten zu erproben¹¹). Nachdem der Wahlausgang Brünings Hoffnung auf eine bürgerliche Mehrheit, die es ihm erlauben sollte, ohne sozialdemokratische Unterstützung zu regieren, zunichte gemacht hatte, war keine parlamentarische Regierung ohne die Sozialdemokratie denkbar; es sei denn, daß Zentrum und Mittelparteien den Entschluß gefaßt hätten, die Nationalsozialisten in die Regierungsverantwortung mit einzubeziehen. So mußte die Stellungnahme Brauns nicht zuletzt als Appell an den Reichskanzler aufgefaßt werden, auch seinerseits nüchtern die Konsequenz aus dem Scheitern seiner unrealen Erwartungen zu ziehen und mit möglichst festem parlamentarischen Rückhalt einen Ausweg aus der Sackgasse des Notverordnungsregimes zu suchen.

Obgleich Brüning den Wahlkampf in scharfer Frontstellung gegen die Sozialdemokraten geführt hatte, war seine erste Reaktion auf das Wahlergebnis nicht viel anders als die des preußischen Ministerpräsidenten. Als er am 15. September vom Reichspräsidenten zum Vor-

trag empfangen wurde, gab dieser ihm allerdings zu verstehen, daß er keine Wiederherstellung der Großen Koalition wünsche¹²).

Eine Demission des Kabinetts infolge der Wahlniederlage wurde von Hindenburg abgelehnt und vermutlich von Brüning auch gar nicht angeboten. Nach seinen Ausführungen in der Kabinettsitzung vom 16. September hatte er dem Präsidenten geraten, „die Frage der Umbildung oder Neubildung der Regierung mit größter Ruhe zu behandeln“. Dem Kabinett gegenüber betonte der Kanzler, daß die jetzige Regierung nach seiner Ansicht im Amte bleiben müsse und daß man Deutschland „nur durch Ruhe und sachliche Arbeit“ helfen könne¹³). Damit drückte er seinen Willen aus, an den Grundlinien des in Angriff genommenen Sanierungsprogramms festzuhalten, was jedoch nicht hieß, daß er dem neuen Reichstag gleich wieder mit der Parole: „Friß Vogel, oder stirb!“ — mit diesen Worten hat Friedrich Stampfer nachträglich das Vorgehen Brünings im Juli charakterisiert¹⁴) — entgegenzutreten beabsichtigte.

Da dem Kanzler eine Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen Hugenbergs „aus staatspolitischen Gründen“¹⁵) nicht tragbar schien, hoffte er zunächst darauf, die Widerstände bei Hindenburg und den in der Regierung vertretenen Gruppen der gemäßigten Rechten gegen eine Linkserweiterung des Kabinetts überwinden zu können, falls er diese Frage bis zum Beginn der sachlichen Erörterungen über das Sanierungsprogramm im Reichstag zurückstelle, wobei sich dann die Lösung des Koalitionsproblems aufdrängen werde¹⁶). Am 17. September berieten die Staatssekretäre Pünder (Reichskanzlei), Weismann (preußisches Ministerium) und Meißner (Präsidialkanzlei) über die Lage¹⁷), und zumindest bei Pünder und Weismann bestand Einigkeit über das anzustrebende Ziel der Großen Koalition. Brüning selbst traf am 23. September mit dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen Reichskanzler Hermann Müller bei Hilferding zusammen, um die Voraussetzungen für eine eventuelle Erweiterung zu klären.

Nach einer Tagebucheintragung Pünders¹⁸) gewann der Kanzler bei dieser unverbindlichen Unterredung den Eindruck, daß die Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten nur sehr gering zu veranschlagen sei. Müller wiederum konnte sich, wie er in den letzten Septembertagen an Braun schrieb, auf Grund dieser „losen Fühlung“ keine rechte Vorstellung davon machen, was der Kanzler eigentlich wolle. Es schein ihm jedoch sicher, „daß Brüning zunächst seine Regierung nicht nach rechts und — ich möchte fast sagen — erst recht nicht nach links erweitern will“¹⁹). Die Zeugnisse Pünders und Müllers, die sich nur scheinbar gegenseitig ausschließen, belegen, wie vorsichtig beide Parteien sondierten, um jeweils die Auffassung der anderen Seite kennenzulernen. So konnte von einem offenen Gespräch kaum die Rede sein.

Müller mußte mit der Verwirrung rechnen, die der Wahlausgang in den Reihen der Sozialdemokratie hervorgerufen hatte. Da innerhalb der Parteiorganisation, „mehr als man annehmen sollte“, die von ihm selbst scharf abgelehnte Meinung vertreten wurde, „man müsse die Rechte zur Regierung kommen lassen, damit sie sich einschließlich der Nationalsozialisten abwirtschaften“²⁰), erschien ihm die Stellungnahme

12) Nach stenographischen Tagebuchaufzeichnungen des damaligen Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Dr. Hermann Pünder, vom 15. September 1930, die dieser dem Verf. freundlicherweise mitteilte. — Pünders eigener Kommentar lautete nach seinem Tagebuch: „Ein ganz fürchterliches Ergebnis!“ Schon seine Aufzeichnungen vom Vortage enthalten eine skeptische Vorschau und die Folgerung, daß man sich um die Wiederherstellung der Großen Koalition bemühen und für den kommenden Winter ein Ermächtigungsgesetz anstreben müsse.

13) Bundesarchiv R 43 I/1308. Brüning erklärte weiter, daß es ihm bei der Zusammensetzung des neuen Reichstags „ganz unmöglich“ erscheine, die für ein Ermächtigungsgesetz erforderliche Zweidrittelmehrheit zu erhalten, „da die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten für dieses Gesetz stimmen müßten“.

14) Stampfer, a.a.O. S. 574.

15) So in der Kabinettsitzung vom 16. September 1930; s. Anm. 13.

16) Tagebuchaufzeichnung Pünders vom 15. September.

17) Tagebuchaufzeichnung Pünders vom gleichen Tage.

18) Vom 25. September.

19) Braun a.a.O. S. 308 f.

20) A.a.O.

9) Braun gegenüber einem Vertreter der United Press am 15. September 1930; zitiert nach Horkenbach 1930, S. 319.

10) Otto Braun, Von Weimar zu Hitler. 2. Aufl. New York 1940, S. 292, 295 ff.

11) A.a.O. S. 305 ff. Den Mißbrauch des Art. 48 sah Braun darin, daß Brüning die am 16. Juli 1930 abgelehnten Gesetzesvorlagen dem Reichstag noch am gleichen Tage mit geringen Abänderungen als Notverordnungen des Reichspräsidenten wieder vorlegte. — Für die sozialdemokratische Kompromißbereitschaft vgl. Bracher a.a.O. S. 338; Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, 3. Aufl. Hamburg o. J. (1953), S. 573 ff.; Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2. Stuttgart 1948, S. 389 ff.

der erst für Anfang Oktober einberufenen Reichstagsfraktion noch völlig offen. Brüning hingegen fühlte sich dadurch gehemmt, daß er als Preis einer Einigung mit den Sozialdemokraten Absplitterungen auf der Rechten der bestehenden Koalition hätte in Kauf nehmen müssen²¹⁾.

Die Sondierungen wurden zwar noch nicht abgebrochen, aber bereits am 30. September, also nur gut zwei Wochen nach den Wahlen und noch bevor der Kanzler die offiziellen Gespräche mit den Fraktionsführern aufnahm, stand endgültig fest, daß keine Erweiterung des Kabinetts durch Vertreter der SPD erfolgen würde, da es, wie Pünder²²⁾ bedauernd notierte, „von rechts nicht geduldet und von links nicht erbeten wird“.

An diesem 30. September, der als der eigentliche Geburtstag der Tolerierungspolitik und damit als ein Tag von besonderem zeitgeschichtlichen Rang anzusehen ist, hatte Staatssekretär Pünder den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller und Otto Wels, den Parteivorsitzenden der SPD, zusammen mit Reichskanzler Brüning in seine Privatwohnung eingeladen. In seinem Tagebuch²³⁾ hielt Pünder fest, es habe sich seinem Gefühl nach um „historische Augenblicke“ gehandelt; erscheine es doch nach dem Ergebnis dieser Aussprache nicht unmöglich, daß die Sozialdemokraten sich auch ohne Beteiligung an der Regierung dazu entschließen, Brüning zu unterstützen, um eine diktatorische Regierung im Reich zu vermeiden.

Auch Otto Braun, der sehr feste Vorstellungen über eine parlamentarische Lösung der Krise gehabt hatte, von denen an anderer Stelle noch zu sprechen sein wird, gab fürs erste den Gedanken an die Einbeziehung der SPD in das Kabinett auf.

In einer Unterredung mit Pünder am Abend des 2. Oktober äußerte er: wer A gesagt habe, müsse auch B sagen, und wer wie Brüning einmal angefangen habe, mit Notverordnungen zu regieren, müsse, wie die Dinge lägen, auch damit fortfahren. Es komme jedoch darauf an, daß es in stillschweigendem Einverständnis mit dem Reichstag geschehe²⁴⁾. Diese Stellungnahme erscheint um so bemerkenswerter, als Braun seit den Tagen Eberts ein Gegner der Anwendung des Artikels 48 gewesen war.

Braun und Müller²⁵⁾ setzten sich in der Reichstagsfraktion, die am 3. Oktober zusammentrat, energisch für die Unterstützung Brünings ein, und wenn auch der von der Fraktion gefaßte Beschluß, in dem die Erhaltung der Demokratie, die Sicherung der Verfassung und der Schutz des Parlamentarismus als erste Aufgabe bezeichnet wurden²⁶⁾, die Entscheidung nach außen hin noch offenließ, so waren doch die Weichen gestellt.

Einen plastischen Einblick in das Dilemma der SPD vermitteln die Memoiren des damaligen württembergischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Keil, der Ende September 1930 auf einer Sonderkonferenz der sozialdemokratischen Delegierten zum Deutschen Städtetag in Dresden das Wort nahm und bei vielen der Anwesenden mit seiner Auffassung Erstaunen hervorrief, „daß uns bei der gegebenen politischen Lage gar nichts anderes übrig bleibe als die Regierung Brüning zu stützen, wenn wir verhindern wollten, daß die Nationalsozialisten die Führung an sich rissen. Die Verblüfften hatten sich noch keine ernsten Gedanken darüber gemacht, was nun werden solle, und konnten sich schwer darein finden, daß wir an die Seite desselben Kanzlers treten sollten, der uns bisher von sich gestoßen hatte. Es gab aber auch in diesem Kreis schon einige Männer mit nüchternem politischen Blick, die mir lebhaft zustimmten.“

Der Zusammentritt des Reichstages am 11. Oktober²⁷⁾ gab mir wieder Anlaß zu Betrachtungen über das Schicksal des Kabinetts Brü-

nings. Von den fünfhundertsechundsiebzig Mitgliedern des Reichstags gehörten, die Sozialdemokraten eingeschlossen, dreihundertachtundsechzig der Opposition an. Nichts leichter also, als Brüning zu stürzen. Wer aber konnte an seine Stelle treten? Stand nicht die Sozialdemokratie den anderen Oppositionsparteien viel feindlicher gegenüber als dem Kabinett Brüning? Sollten wir Brüning zwingen, sich mit den Nationalsozialisten zu verbinden? Das hätte zur Hitlerdiktatur geführt und zur völligen Zerstörung des Parlamentarismus. Davor warnte ich in einem großen Zeitungsaufsatz ... Dieser ‚Tagwacht‘-Aufsatz wurde von den Telegraphenbüros weiterverbreitet und rief in Berlin Aufsehen hervor. Mancher Parteifreund dachte wie ich, aber keiner hatte sich bis dahin so offen ausgesprochen. Mit bissiger Freundlichkeit meinte Breitscheid, als wir uns in Berlin sahen, nun werde wohl die Reichspolitik von Stuttgart aus gemacht. Ihm selbst blieb aber in der Fraktion, die nun zu beraten hatte, nichts anderes übrig, als mit mir in der gleichen Richtung zu steuern.“²⁸⁾

Die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion machte es Brüning möglich, für anderthalb Jahre seinen Sanierungskurs fortzusetzen, der allein davon abhing, daß sich eine parlamentarische Mehrheit dazu bereit fand, auf die Aufhebung der nach Artikel 48 erlassenen Notverordnungen zu verzichten²⁹⁾. So entwickelte sich, um mit Friedrich Stampfer zu sprechen, „ein eigentümlicher Schwebezustand, ein System, das man als Parlamentarismus mit Artikel 48 oder als parlamentarisch tolerierte Präsidialregierung bezeichnen kann.“³⁰⁾ Die Frage, ob dieses semiparlamentarische System den einzig möglichen Ausweg aus dem Dilemma darstellte, oder ob es — trotz der unstrittig sehr stark divergierenden Tendenzen innerhalb der von den Parteien der früheren Großen Koalition und Gruppen der gemäßigten Rechten gebildeten negativen Tolerierungsmehrheit — hätte gelingen können, die von Otto Braun geforderte aktive „große Koalition aller Vernünftigen“ zu schaffen, läßt sich kaum eindeutig beantworten. Auf keinen Fall darf der Grund dafür, daß eine solche Lösung nicht zustande kam, allein in den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen gesucht werden, wenn sich auch die Voraussetzungen gegenüber dem von Brüning leichtfertig zerschlagenen alten Reichstag verschlechtert hatten.

Die passive Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Regierung Brünings wurde von allen beteiligten Gruppen — vielleicht mit Ausnahme der demokratischen Staatspartei — als äußerst unbequeme Vernunfttatsache betrachtet. Aber um etwas anderes hätte es auch bei dem Versuch, zu einer arbeitsfähigen Mehrheit zu gelangen, nicht gehen können. So stand in einer vermutlich von einem Mann der bürgerlichen Mitte verfaßten Denkschrift³¹⁾, die dem Kanzler nach den Wahlen unterbreitet wurde, der Gedanke im Mittelpunkt, daß „das gemeinsame Interesse an der Aufrechterhaltung der Wirtschaft durch SPD und Kapital ... die Basis für die Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit“ bilde. Sei das Kapital bisher nur von dem einen Gedanken des Kampfes gegen den Sozialismus beherrscht worden, so sehe es zur Zeit „die Sicherheit seines Besitzes in der Zusammenarbeit mit der SPD mehr gewährleistet als in einer nationalsozialistischen Regierung“. Die Denkschrift forderte die Regierung auf, nicht den „psychologischen Augenblick“ zu verpassen und die auseinanderstrebenden parlamentarischen Vertreter der Sozialpartner über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammenzuführen, das mit dem „auf längere Zeit kaum parlamentarisch tragfähigen und viel zu nüchternen“ Sanierungsprogramm gekoppelt werden müsse. Abgesehen davon, daß man dem „nur psychologisch erklärbaren Wahlausfall“ kaum auf andere Weise gerecht werden könne, bedeute es für die Sozialpartner einen entscheidenden Unterschied, wenn man ihnen „nicht mehr beiderseitige Opfer für die Arbeitslosigkeit, sondern für die Schaffung von Arbeit“ abverlange.

Sollte diese Denkschrift auch nicht überbewertet werden, so lenkt sie doch den Blick auf die Frage, ob nicht schon durch eine Modifizierung

21) Dazu die Tagebuchaufzeichnung Pünders vom 15. September.

22) Tagebuchaufzeichnung vom 30. September.

23) A.a.O.

24) Tagebuchaufzeichnung Pünders vom 3. Oktober. Dort weiter die Mitteilung, daß auch die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Vortage noch einmal in der Reichskanzlei gewesen seien.

25) Vgl. Bracher a.a.O. S. 380; Braun a.a.O. S. 308 ff.

26) Vgl. Horkenbach 1930, S. 327.

27) Die konstituierende Sitzung fand am 13. Oktober statt.

28) Keil a.a.O. S. 397 f.

29) Vgl. Bracher a.a.O. S. 377 f.

30) Stampfer a.a.O. S. 580.

31) Vgl. Dokument Nr. 1. — Die Übereinstimmung in der Grundtendenz mit den eingangs zitierten Ausführungen Otto Brauns ist nicht zu verkennen.

des Regierungsprogramms eine Lage hätte geschaffen werden können, in der es den Parteien, besonders der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie, schwer gefallen wäre, sich der Forderung nach praktischer, konstruktiver Zusammenarbeit zu entziehen. Das hätte allerdings vorausgesetzt, daß der Reichskanzler nicht davor zurückscheute, die DVP sowie die übrigen bürgerlichen Splitterparteien links von den Deutschnationalen und damit auch die von ihnen repräsentierten wirtschaftlichen Interessentengruppen ebenso wie die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften zu einer definitiven politischen Entscheidung zu zwingen. In Brüning's stark fiskalischen und gouvernementalen Denken behauptete jedoch der deflationistische Sanierungskurs, den er ohne Rücksicht auf die akuten innenpolitischen Gefahren unverändert fortzuführen gedachte, eine verhängnisvolle Priorität. Von den Parteien erwartete er weniger Mitarbeit, als daß sie in der Not der Krise durchhalten und ihn nicht bei der Fortsetzung seiner „sachlichen“ Politik stören sollten. Auch die zunächst in Aussicht genommene Linkserweiterung sollte nur der parlamentarischen Absicherung dieses bürokratischen und mit fachmännischer Akkuratess geplanten Kurses dienen.

Ließ sich das gleiche ohne sozialdemokratische Regierungsbeteiligung erreichen, so wurde er dadurch nur der Verlegenheit enthoben, sich zwischen der SPD und den Kräften der gemäßigten Rechten innerhalb der Regierung, die sich einer Einbeziehung der Sozialdemokraten widersetzen, entscheiden zu müssen. Der gewissenhafte und von seiner sachlichen Aufgabe besessene Regierungschef, dessen Vorzüge als Fachmann zugleich seine Schwäche als Politiker bezeichneten, verkannte dabei, daß gerade das Fehlen einer festen Regierungskoalition, die für die heterogenen Partner einen ständigen Zwang zur Zusammenarbeit bedingt hätte, eine wirksame Durchpolitisierung der wirtschaftlichen Interessen verhindern mußte. Die Interessentengruppen, deren störender Einfluß eingedämmt werden sollte, konnten auf diese Weise viel ungehemmter und unvermittelter einen erpresserischen Druck auf die Spitze ausüben, durch den die von Brüning erstrebte „Sachlichkeit“ einer Regierung über den miteinander zerfallenen Parteien der negativen Tolerierungsmehrheit in vielen Fällen mehr als fragwürdig wurde.

Das mangelnde, nicht allein auf den vorausgegangenen bösen Erfahrungen beruhende Verständnis des Kanzlers für die integrierende Bedeutung des parlamentarischen Kompromisses — die sich allerdings, wie nicht zuletzt Otto Brauns preußisches Beispiel zeigt, nur beim Vorhandensein einer ebenso starken wie elastischen Führung hätte voll auswirken können — erklärt zu einem guten Teil, daß sich Brüning nicht ernsthafter um die Schaffung einer arbeitsfähigen Mehrheit unter Einschluß der Sozialdemokraten bemühte, soviel andere Faktoren — seine eigenen konservativen Neigungen, Rücksichten auf Hindenburg, Schleicher und die Reichswehr usw. — auch dabei im Spiel sein mochten.

Ist der Übergang zur Tolerierung im Oktober 1930 einerseits als Selbstausschaltung des Reichstags von der aktiven Mitgestaltung der Politik zu begreifen, so darf andererseits nicht verkannt werden, daß die Haltung des Reichskanzlers diese Entwicklung begünstigen mußte. Das mindert allerdings nicht die Verantwortlichkeit der Parteien, und am wenigsten die der SPD als der stärksten Kraft der parlamentarischen Demokratie. Es bleibt festzuhalten, daß die Parteiführung sich nach den Wahlen nicht mit der Stellungnahme des preußischen Ministerpräsidenten identifizierte, sondern von Anfang an darauf verzichtete, das Gewicht ihrer 143 Mandate für eine aktive Regierungsbeteiligung in die Waagschale zu werfen. Nichts erhellt die Situation so sehr, als daß Brüning und die sozialdemokratischen Führer sich auf halbem Wege in dem Bestreben entgegenkamen, einer wirklichen politischen Entscheidung auszuweichen. Das heißt nichts anderes, als daß die sozialdemokratische Standardbegründung, die Tolerierung sei das „kleinere Übel“ gegenüber einer offenen Diktatur oder einer ausgesprochenen Rechtsregierung gewesen, zwar nicht falsch, aber doch ergänzungsbedürftig ist. Hinzuzufügen wäre, daß die Partei diese Lösung, die weder Koalition noch Opposition bedeutete, nicht nur den Konsequenzen eines leichtfertigen Sturzes der Regierung Brüning, sondern auch einer festen Koalitionsbindung an diese Regierung, der sie das Weiteramtieren ermöglichte, vorzog. Das gilt unabhängig davon, ob eine Regierungsbeteiligung erreichbar gewesen wäre. Es kann allerdings nicht unbeachtet

bleiben, daß die Reichstagsfraktion schon bei ihrem ersten Zusammentritt nur noch vor die Alternative Opposition oder Tolerierung gestellt wurde und sich schon der Tolerierungsbeschluß in Anbetracht der starken, in die Opposition drängenden Strömungen nur unter großen Schwierigkeiten durchsetzen ließ.

Die Duldung des Kabinetts Brüning's verurteilte die Sozialdemokratie zur völligen Bewegungslosigkeit. Sie sah sich dazu gezwungen, die unpopulärsten Not- und Sparmaßnahmen, die von ihren Anhängern leidenschaftlich abgelehnt wurden, hinzunehmen, und mußte sogar die einseitig den Interessen der Landwirtschaft dienenden Gesetze passieren lassen. Die führenden Männer der Partei redeten sich in den Versammlungen im Lande die Köpfe heiß, um zu beweisen, daß das alles nur geschehe, um Schlimmeres zu verhüten, „fanden aber nur Mitleid statt Verständnis“³²⁾. Auch als die „nationale Opposition“ im Februar 1931 aus dem Reichstag auszog, um erst bei der Herbsttagung wiederzukehren, nutzte die Sozialdemokratie ihre vorübergehend beträchtlich verstärkte Stellung nicht aus. Sogar dem Bauprogramm des Panzerschiffs B verhalf sie durch Stimmenthaltung zur Annahme, obgleich es jetzt ohne weiteres durch eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit hätte zu Fall gebracht werden können³³⁾.

Dieser Entschluß verlangte von den Sozialdemokraten wohl das größte Maß an Selbstverleugnung, zumal die erregten Debatten um das 1928 von der Reichstagsfraktion gegenüber einer sozialdemokratisch geführten Regierung abgelehnte Panzerschiff A³⁴⁾ noch nicht verklungen waren. Auch diesmal wurde das Panzerschiff zum Hauptanklagepunkt der Opposition, die sich auf dem Leipziger Parteitag Anfang Juni 1931 zum Angriff gegen die Parteiführung formierte³⁵⁾. Daß sich diese in Leipzig mit imponierender Mehrheit zu behaupten vermochte³⁶⁾, erscheint um so bemerkenswerter, als die Regierung kaum etwas getan hatte, um die schwierige Stellung der Sozialdemokratie zu erleichtern, die nicht nur durch die Opposition in den eigenen Reihen, sondern auch durch die kommunistische Konkurrenz immer härter bedrängt wurde. Obgleich sich das auch in Zukunft nicht änderte, hielt die SPD mehr denn je am Tolerierungskurs fest.

So führte auch die Kabinettsumbildung im Oktober 1931, mit der sich die Präsidialregierung noch weiter von der parlamentarischen Basis löste, zu keiner Revision der sozialdemokratischen Haltung. Der „Vorwärts“ versuchte seinen Lesern klarzumachen, welche bedenklichen Personalveränderungen vermieden worden seien („Weder Neurath, noch Voegler, noch Gessler“³⁷⁾); und Breitscheid begründete am 14. Oktober im Reichstagsplenum die Ablehnung des Mißtrauensvotums durch die Sozialdemokraten mit der Floskel, daß dadurch lediglich das schärfste Mißtrauen gegen das, was nach Brüning käme, bekundet werden solle. Im Frühjahr 1932 schließlich blieb es der SPD nicht erspart, sich trotz ihres inneren Widerstrebens mit aller Kraft für die Wiederwahl Hindenburg's einzusetzen, da sie keine andere Alternative zu einer Präsidentschaft Hitlers und zu einer Machtübernahme der Nationalsozialisten zu erkennen vermochte³⁸⁾.

Der Bogen, der sich von den Septemberwahlen 1930 bis zum Sturz Brüning's spannt, macht deutlich, wie sehr der Sozialdemokratie das Gesetz des Handelns aus den Händen geglitten war. Sie bewährte sich in dieser ganzen Zeit, abgesehen von den katholischen Parteien und der kleinen Staatspartei, als zuverlässigste parlamentarische Stütze des

32) Wilhelm Hoegner, *Der schwierige Außenseiter*, München 1959, S. 61.

33) Bei der Abstimmung am 20. März 1931 enthielten sich 108 sozialdemokratische Abgeordnete der Stimme, während 9 entgegen dem Fraktionsbeschluß mit den Kommunisten votierten; die übrigen hatten während der Abstimmung den Plenarsaal verlassen. Entsprechend verhielt sich die Fraktion auch zu dem kommunistischen Antrag auf Streichung der letzten Baurate für das Panzerschiff A.

34) Dazu die Spezialuntersuchung von Wolfgang Wacker, *Der Bau des Panzerschiffes „A“ und der Reichstag* (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 11), Tübingen 1959.

35) Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931, vom 31. Mai bis 5. Juni. Protokoll. Berlin 1931.

36) Der wichtigste Antrag, der einen verschärften Fraktionszwang forderte, wurde in namentlicher Abstimmung mit 324 gegen 62 Stimmen angenommen.

37) Vgl. Schulthess 1931, S. 223 f.

38) Dazu Dokument Nr. 5.

Kabinetts, ohne dafür mehr als kleine Zugeständnisse, besonders auf sozialpolitischem Gebiet, einhandeln zu können. Wenn eine oppositionelle sozialdemokratische Zeitung im Frühjahr 1931 boshaft feststellte, daß Brüning wisse, „wie man eine grollende Sozialdemokratie kirren machen“ könne, und nur mit seinem oder Hindenburgs Rücktritt zu drohen brauche, um den Vorstand der Reichstagsfraktion wieder „sanft wie eine Taube“ einlenken zu lassen³⁹⁾, so wurde diese Charakteristik gerade darum als verletzend und diffamierend empfunden, weil sie der Wahrheit recht nahe kam. Protokolle über die seltenen Unterredungen von Fraktionsvertretern der SPD mit dem Reichskanzler zeigen die Sozialdemokraten, die bei solchen Gelegenheiten ein erstaunliches Maß an Bescheidenheit bewiesen, weniger in der Rolle von politischen Verhandlungspartnern als von Bittstellern bei einer Behörde⁴⁰⁾.

Obgleich dieser Zustand als bedrückend und lähmend empfunden werden mußte, unterblieb jeder aktive politische Vorstoß, der das parlamentarische Potential der Sozialdemokratie wirkungsvoller hätte zur Geltung bringen können. Auch wenn sich die Partei wiederholt bemühte, die Regierung für häufigere Tagungen des Reichstags zu gewinnen, ging es ihr im wesentlichen nur darum, die Anwesenheit des Parlaments nach außen hin zu demonstrieren. Brüning, der solche Forderungen strikt zurückwies, reagierte im Juni 1931 schon auf den Kompromißvorschlag, mindestens die Einberufung des Hauptausschusses zuzulassen, mit der Androhung seiner Demission. Die Sozialdemokraten aber fanden sich damit ab, mochte ihnen noch soviel daran liegen, auf diese Weise ein „Ventil“ für die Stimmung der Unzufriedenen und eine „Kulisse“ für die Arbeit der Regierung zu schaffen: „Man könne den Leuten im Lande dann wenigstens verständlich machen, daß Verhandlungen im Gange seien“⁴¹⁾. Zwar trug die SPD schwer an der Mitverantwortung für die Maßnahmen des Kabinetts Brüning. Aber bei der steigenden Arbeitslosigkeit, der Zerrüttung der öffentlichen Finanzen und der wachsenden Verschlechterung der Wirtschaftslage fand sie sogar noch in der Vorstellung, daß keine sozialdemokratischen Minister an der Regierung beteiligt waren, einen bescheidenen Trost⁴²⁾.

Alle Anstrengungen, aus der Partei heraus ein zugkräftiges Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit zu entwickeln, scheiterten schon daran, daß auch die führenden Männer und die Wirtschaftstheoretiker der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften das Gespenst der Inflation viel zu sehr fürchteten⁴³⁾. Nach sorgfältiger und gewissenhafter Prüfung der Umstände kamen sie zu dem Schluß, daß es kein „Generalrezept“⁴⁴⁾ für die Überwindung der Krise gebe. Wie in den Jahren nach 1918 wurden auch jetzt alle „Experimente“ und jedes Abweichen vom Weg demokratischer Legalität prinzipiell abgelehnt⁴⁵⁾. So hatte die führende sozialdemokra-

tische Richtung der Deflationspolitik der Regierung keine eigene Alternative entgegenzustellen, ganz abgesehen davon, daß nach ihrer Auffassung auch die machtpolitischen Voraussetzungen für eine sozialistische Lösung gefehlt hätten. In dieser Lage schien ihr nichts anderes übrig zu bleiben, als den Lebensstandard der Arbeiterschaft, so gut oder schlecht es eben ging, zu verteidigen und auf das Abflauen der Wirtschaftskrise zu hoffen; die sozialdemokratischen Erwartungen konzentrierten sich paradoxerweise auf die Wiedergesundung der kapitalistischen Wirtschaft. Wenn erst die Wirtschaft wieder normal funktionierte, würde sich auch die verfassungsmäßige Ordnung der deutschen Republik wieder befestigen und das Parlament seine Macht zurückerlangen. So etwa lautete das Konzept der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik, in der sich Verantwortungsbewußtsein und Opferbereitschaft mit tiefer Ratlosigkeit und mangelnder politischer Initiative vereinigten.

Hinter der negativen Linie dieser Politik, der es darauf ankam, das Zentrum und die bürgerlichen Mittelparteien zu binden und die Nationalsozialisten von der Macht fernzuhalten, verbarg sich ein ungebrochener Abwehrwille, der in der starken sozialdemokratischen Organisation und in den der Partei noch verbliebenen Machtpositionen, vor allem ihrer Stellung in Preußen, seinen Rückhalt fand. Wenn es gelang, Preußen zu behaupten, so schien auch die Sache der Republik nicht verloren. Die Rücksicht auf dieses „letzte große Bollwerk, die Zitadelle der Demokratie und der Republik in Deutschland“⁴⁶⁾, lieferte auch den wichtigsten Rechtfertigungsgrund für die Tolerierung⁴⁷⁾, da jede Verschärfung der Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Zentrum im Reich auch den preußischen Koalitionsverband zu erschüttern drohte.

Braun und Brüning

Der Bruch der Großen Koalition im Frühjahr 1930 hatte auch die Weimarer Koalition in Preußen akut gefährdet. Die preußische Landtagsfraktion des Zentrums verstand sich jedoch trotz starken Drängens aus den Reihen der eigenen Partei nicht dazu, die über lange Jahre bewährte Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in der preußischen Regierung aufzugeben. So blieb ungeachtet der Erbitterung, mit der sich Zentrum und Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf gegenüberstanden, eine Brücke zwischen den beiden Parteien erhalten, die es nach den Septemberwahlen erleichterte, die Tolerierungsmehrheit zu begründen. Hier hätte nach Auffassung des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun auch der mögliche Ausgangspunkt für die Rückkehr zu einer Regierung der Großen Koalition im Reich liegen können. Dabei unterschätzte er keineswegs die Schwierigkeiten, denen der Versuch, zu einer parlamentarischen Lösung der Krise zu gelangen, begegnen mußte. Er glaubte jedoch, einen gangbaren Weg zu sehen, der es den beteiligten Parteien erlaubt hätte, über alle sachlichen Gegensätze und gefühlsmäßigen Hemmungen hinweg die Konsequenzen aus der verfahrenen Lage zu ziehen; ohne dabei in der erhitzten und psychologisch belasteten innenpolitischen Atmosphäre ihren Anhängern im Land gegenüber das Gesicht zu verlieren.

Die von Braun ins Auge gefaßte Lösung, die den gordischen Knoten mit einem kühnen Streich durchhauen sollte, sah eine Personalunion zwischen den Ämtern des preußischen Ministerpräsidenten und des Vizekanzlers im Reich vor⁴⁸⁾. Da ein wirksames Vorgehen gegen die extremen verfassungsfeindlichen Kräfte ohnehin eine enge Zusammenarbeit der Reichsregierung mit der preußischen Staatsregierung erfor-

39) „Plauener Volkszeitung“ vom 21. April 1931, zitiert von Westphal auf dem Leipziger Parteitag; Protokoll a.a.O. S. 237 f. Vgl. Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933 (Deutsche Presseforschung 1). Heidelberg 1958, S. 191.

40) Vgl. Dokument Nr. 2, 3 und 4. Dazu Schulthess 1931, S. 67 und 198, über die Verhandlungen Brünings mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Anfang März und am 1. September 1931.

41) Dokument Nr. 4; vgl. auch Dokument Nr. 2.

42) Sollmann erklärte als Berichterstatter der Reichstagsfraktion auf dem Leipziger Parteitag nach dem Protokoll, a.a.O. S. 112: „Die Erwerbslosigkeit ist auf 5 Millionen gestiegen, flaut nur langsam ab und steigt immer wieder im Zickzack empor. Die öffentlichen Finanzen sind zerrüttet. Unsere Wirtschaftslage verschlechtert sich noch immer. Ich bin nicht so unehrlich und auch nicht ungeschult genug, um der jetzigen Regierung alle Schuld daran zuzuweisen. Aber ich frage den Parteitag und die deutsche Öffentlichkeit: Welch ein verlogenes Geheul gegen die Minister würde täglich in allen bürgerlichen Zeitungen erhoben werden, wenn der Reichskanzler jetzt Hermann Müller und der Reichsfinanzminister Hilferding wäre! (Sehr richtig!)“

43) Vgl. Stampfer, Die vierzehn Jahre, S. 609 f., 638 f.; ders., Erfahrungen und Erkenntnisse. Köln 1957, S. 258 f. — Stampfer behandelt auch den nach seinen Urhebern Woytinsky, Tarnow und Baade bezeichneten WTB-Plan.

44) So Tarnow in seinem Referat auf dem Leipziger Parteitag; Protokoll a.a.O. S. 47.

45) Eine erhebliche Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Diskussion über den ersten russischen Fünfjahrplan. Vgl. Erich Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten (Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung, Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte 11). Tübingen 1954, S. 77 ff.

46) So in dem Aufruf der preußischen Staatsregierung zum Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtages vom 6. August 1931. Vgl. Schulthess 1931, S. 176.

47) Bereits in dem oben zitierten Brief Hermann Müllers an Otto Braun von Ende September 1930 heißt es: „Ich bin der Überzeugung, daß ein mit Hilfe der Sozialdemokratie zum zweiten Male herbeigeführter Sturz der Regierung Brüning Konsequenzen für die preußische Regierung auslösen wird.“ Vgl. Braun a.a.O. S. 308.

48) Mündliche Mitteilung von Dr. Herbert Weichmann, Finanzsenator der Hansestadt Hamburg, damals persönlicher Referent Brauns.

derte, lag der Gedanke an eine derartige technische Verbindung zwischen den beiden Zentralregierungen, die eine bessere Koordinierung der beiderseitigen Maßnahmen ermöglicht und den gemeinsamen Abwehrwillen demonstriert hätte, in der Luft⁴⁹⁾. Die Berufung Brauns hätte sich als notwendige — von parteipolitischen Erwägungen weitgehend unabhängige — staatspolitische Maßnahme und als erster Schritt zur Verwirklichung der angekündigten Reichsreform begründen lassen, die in erster Linie den Dualismus beseitigen sollte und nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz vom Sommer 1930 in ein akutes Stadium getreten zu sein schien. Im Endergebnis aber brauchte es keinen Unterschied zu machen, ob Braun als Vertreter des preußischen Staates oder der sozialdemokratischen Partei der Reichsregierung angehörte, nur daß im ersten Falle die Große Koalition unter Einschluß der Sozialdemokraten gleichsam beiläufig und als Nebenresultat eines Aktes der Staatsraison wiederhergestellt worden wäre. Dabei dürfte für Braun auch die Überlegung eine Rolle gespielt haben, daß die Abneigung des Reichspräsidenten gegen eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung auf diese Weise am ehesten zu überwinden sein würde, zumal sich zwischen Hindenburg und ihm im Laufe der Jahre eine Art von Vertrauensverhältnis herausgebildet hatte, das nicht zuletzt auf ihrer gemeinsamen ostpreußischen Landsmannschaft beruhte.

Zur Würdigung des geschilderten Lösungsvorschlages scheint erforderlich, etwas näher auf die Stellung des preußischen Ministerpräsidenten zur Frage der Reichsreform einzugehen. Wenn Braun in seinen Memoiren betont, er habe „die Mission des neuen Preußen“ darin gesehen, „die Demokratie in Deutschland zu sichern und zu vertiefen“⁵⁰⁾, liefert er damit den Schlüssel zum Verständnis seiner gesamten Politik. Gegenüber den labilen parlamentarischen Verhältnissen im Reich, wo eine Krise die andere ablöste und die Regierungen — an denen die Sozialdemokratie meist überhaupt nicht beteiligt war — häufig wechselten, bedeutete die Aufrechterhaltung einer selbständigen, auf einer festen demokratischen Plattform fußenden preußischen Regierung der Weimarer Koalition sowohl nach Auffassung Brauns als auch seiner Partei ein unentbehrliches Gegengewicht. Durch diese Haltung wurde das prinzipielle Bekenntnis zum „dezentralisierten Einheitsstaat“, das für die Sozialdemokratie niemals in Frage stand, in der politischen Praxis so stark abgewandelt, daß das Festhalten an der preußischen Machtstellung für weite Teile der Partei ein starres Dogma sozialdemokratischer Politik bedeutete⁵¹⁾. Den unvermeidlichen Spannungen zwischen den Bürgerblockregierungen im Reich und der sozialdemokratisch geführten Preußenregierung versuchte Braun „als wahrer Staatsmann“ dadurch entgegenzuwirken, daß er in vielen Fällen „seine Macht nicht ausnutzte, wo er es im Interesse seiner eigenen Politik oder dem seiner Partei hätte tun können“⁵²⁾. Nichtsdestoweniger sah gerade er in dem zu immer neuen Reibereien führenden Nebeneinanderbestehen zweier Zentralregierungen keine Dauerlösung. Der sozialdemokratische Wahlsieg des Jahres 1928 erschien ihm als der geeignete Auftakt, um die Reichsreform auf dem von ihm „als allein gangbar und aussichtsreich“ erkannten Weg über eine „Personalunion der leitenden Regierungstellen im Reich und in Preußen“ und „Verwaltungsgemeinschaften auf allen wichtigen Gebieten“⁵³⁾ praktisch in Gang zu setzen. Daß die Partei damals Hermann Müller und nicht ihn als Kanzlerkandidaten nominierte, bedeutete für Braun eine nachhaltige und nie ganz überwundene Enttäuschung⁵⁴⁾. Hätte sich der Parteivorstand der SPD 1928 für ihn erklärt, wäre er nach seinem eigenen Zeugnis entschlossen gewesen, an die Spitze des Reichskabinetts zu treten, ohne seine „Machtposition in Preußen“ aufzugeben⁵⁵⁾. Diese Haltung zeugt von einem starken Vertrauen in die eigenen, unter schwierigen Umständen bewährten staatsmännischen Fähigkeiten, darf jedoch nicht mit persön-

lichem Ehrgeiz verwechselt werden. Dagegen spricht schon, daß er so schnell resignierte und darauf verzichtete, mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit für die von ihm sachlich für richtig gehaltene Lösung zu kämpfen⁵⁶⁾. Ähnlich ist auch sein Verhalten nach den Septemberwahlen von 1930 zu beurteilen, hinter dem wiederum eine starke sachliche Leidenschaft stand, die jedoch gerade dadurch gehemmt wurde, daß die Personalunion ihn selbst zur politischen Schlüsselfigur gemacht hätte. So sehr er davon überzeugt war, daß die Stunde nicht nur eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung, sondern auch eine effektive Stärkung der zersplitterten Staatsgewalt und einen Mann von Tat- und Entschlußkraft forderte, so unerträglich wäre es ihm gewesen, dem Verdacht ausgesetzt zu sein, er dränge sich selbst in den Vordergrund.

Die Bedeutung, die Braun dem auch von dem preußischen Zentrumsminister Hirtsiefer⁵⁷⁾ unterstützten Personalunionsplan beimah, steht in einem merkwürdigen Kontrast zu den schwachen Bemühungen, mit denen er diese Lösung zu fördern versuchte. Vermutlich erfolgte von seiner Seite kaum mehr als ein Vorstoß in der Reichskanzlei über einen Mittelsmann. Nachdem er mehrere Tage vergeblich darauf gewartet hatte, daß der Reichskanzler auf diese Anregung hin an ihn herantreten würde, floh er, von schweren Sorgen bedrückt, aus dem politischen Getriebe Berlins in die Stille seines Jagdreviers in der Schorfheide⁵⁸⁾. Schon jetzt, kaum länger als eine Woche nach den Wahlen, gewann das resignierende Gefühl bei ihm die Oberhand, daß eine entscheidende politische Chance verpaßt worden sei. Ob Brüning, der zunächst mit dem Gedanken an eine Linkserweiterung spielte, in diesem Zusammenhang auch den Gedanken an eine Berufung Brauns erwogen hat, läßt sich nach unserer bisherigen Kenntnis nicht sagen. Sicher erscheint nur, daß es nicht einmal zu einer Aussprache zwischen den beiden Regierungschefs über dieses Thema gekommen ist. Als Braun Anfang Oktober nach Berlin zurückkehrte, war von einer möglichen Personalunion keine Rede mehr, und er setzte jetzt seinen Einfluß für die Tolerierung ein⁵⁹⁾, die zwar keinen konstruktiven parlamentarischen Ausweg öffnete, aber es nicht nur Brüning möglich machte, mit Notverordnungen weiterzuregieren, sondern auch die Weimarer Koalition in Preußen absicherte.

Der Weg, den Braun vor sich sah, als er nach den Septemberwahlen eine „große Koalition aller Vernünftigen“⁶⁰⁾ forderte, ist hier nur deshalb so ausführlich behandelt worden, weil er ein charakteristisches Licht auf die Politik des preußischen Ministerpräsidenten wirft und knapp ein Jahr später, im August 1931, noch einmal aktuell wurde⁶¹⁾. Im Hintergrund standen die Verschärfung der Wirtschaftskrise, die mit dem Bankenkraich einen Höhepunkt erreichte, und der durch den Stahlhelm inszenierte — aber nicht nur von der gesamten Rechten einschließ-

56) A.a.O. S. 246. Auf S. 358 klagt Braun darüber, daß „die Berufensten, der sozialdemokratische Kanzler Müller, wie Severing als zuständiger Reichsinnenminister jede klare Stellungnahme“ zur Reichsreform hätten vermissen lassen.

57) Vgl. Severing a.a.O. S. 303.

58) Nach mündlichen Mitteilungen Weichmanns; siehe Anm. 48. Der Aufenthalt in der Schorfheide wird durch Braun a.a.O. S. 308 f. bestätigt. Der dort abgedruckte Brief Hermann Müllers betont, es sei „absolut notwendig“, daß Braun bei der Sitzung der Reichstagsfraktion am 3. Oktober 1930 anwesend sei. Hinzu komme, „daß in Versammlungen und in der Presse, wenn von Regierungsbeteiligung die Rede ist, immer wieder Dein Name genannt wird. Man sieht in Dir von sozialdemokratischer Seite die stärkste unverbrauchte Kraft, wie man von bürgerlich-wirtschaftlicher Seite in Dir den deutschen Mussolini — mit Pilsudski will ich Dich nicht vergleichen — glaubt erwachsen zu sehen.“ — Dieser Passus war offensichtlich psychologisch auf den Empfänger zugeschnitten. — Braun teilt a.a.O. weiter mit, der Brief Müllers sei ihm durch Staatssekretär Weismann mit der Bemerkung übermittelt worden, daß Brüning dringend eine Unterredung mit ihm wünsche. — Das im vorigen Kapitel zitierte stenographische Tagebuch Pünders gibt über diese Frage keinen Aufschluß, braucht jedoch der Version Weichmanns nicht zu widersprechen. Unter dem 17. September berichtet es über Beratungen zwischen den drei Staatssekretären Weismann (der für die Vermittlungsaktion in Frage gekommen wäre), Pünder und Meißner und weist dabei nachdrücklich auf eine wichtige vertrauliche Aufzeichnung über diese Unterredung hin, die jedoch trotz sorgfältiger Nachforschungen in den Akten der Reichskanzlei bisher nicht aufgefunden werden konnte. Unter dem 25. findet sich die — ebenfalls als Indiz nicht ausreichende — Wendung, selbst wenn man mit „Braun und Genossen“ einig werde, würden Teile der bisherigen Koalition auf der Rechten abspringen.

59) Vgl. oben

60) Siehe Anm. 9.

61) Für das Folgende vgl. Erich Matthias und Rudolf Morsey, Die Deutsche Staatspartei, in dieser Ausgabe. Dort auch alle einschlägigen Quellen- und Literaturangaben.

49) Vgl. Carl Severing, Mein Lebensweg, Bd. 2. Köln 1950, S. 303.

50) Braun a.a.O. S. 438.

51) Vgl. Bracher a. a. O. S. 567 f.

52) Arnold Brecht, Vorspiel zum Schweigen. Wien 1948, S. 83.

53) Braun a.a.O. S. 359.

54) Siehe Anm. 1.

55) Braun a. a. O. S. 245 f.

lich der Deutschen Volkspartei, sondern auch von den Kommunisten unterstützte — Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtags, der sich indirekt auch gegen die Reichsregierung richtete. Die Finanznot war so drückend geworden, daß eine großzügige Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung und damit die Inangriffnahme der Reichsreform und der Reichsverwaltungsreform dringend geboten schien. Das wurde sowohl in der Reichsregierung als auch in der preußischen Staatsregierung empfunden, zumal die unerträglich gewordene finanzielle Abhängigkeit Preußens vom Reich der preußischen Politik auch den letzten Rest von Selbständigkeit zu nehmen drohte. Die von preußischer Seite empfohlenen Sofortmaßnahmen sahen u. a. die Ernennung des preußischen Ministerpräsidenten zum Vizekanzler und des preußischen Innenministers Severing zum Reichsinnenminister vor; und vorübergehend hatte es den Anschein, daß Brüning, der auch mit der sozialdemokratischen Parteiführung Fühlung nahm, darauf einzugehen geneigt sei. Die aktuelle politische Bedeutung der preußischen Pläne lag darin, daß sie de facto die notwendige administrative Stärkung der Reichsgewalt und die Beseitigung des Dualismus mit der Festigung der parlamentarischen Basis des Kabinetts Brüning verkoppelten. Auf dem Umwege über die Reichsreform sollte eine feste Koalition unter Ein-schluß der Sozialdemokraten geschaffen und damit die Grundlage für eine nicht ausschließlich auf den Artikel 48 angewiesene Reichsregierung zurückgewonnen werden.

Nach einer kurzen Zeit des Schwankens entschied sich jedoch Brüning, die schwierige Frage der Reichsreform, seinem ursprünglichen Vorsatz entsprechend, bis zum Abschluß der Reparationsverhandlungen zurückzustellen. Die durch einen voreiligen Zeitschriftenartikel des preußischen Finanzministers Höpker-Aschoff mobilisierten Widerstände, die Intervention Schleichers, eine vorübergehende Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Braun und Brüning und nicht zuletzt die Unentschlossenheit des Kanzlers, der mit seinen Vorzügen und Schwächen so etwas wie eine Bethmann-Hollweg-Natur war, dürften zusammengewirkt haben, um dieses negative Ergebnis herbeizuführen.

Der schon in den Vorerörterungen steckenbleibende Versuch hatte allerdings noch ein Nachspiel; und zwar nahm Brüning den Rücktritt Höpker-Aschoffs⁶²⁾ zum Anlaß, Braun den Vorschlag zu machen, dem Reichsfinanzminister Dietrich auch das preußische Finanzministerium zu übertragen. Braun, der diesen Vorschlag nicht für weitgehend genug hielt, knüpfte seine Zustimmung an die Bedingung, daß Brüning gleichzeitig das preußische Ministerpräsidium übernehmen müsse. Er bot an, dieser Lösung durch seinen Rücktritt den Weg zu ebnet und sich in der SPD für sie einzusetzen⁶³⁾. Auch hier ging es Braun also um den politischen Effekt der Personalunion, die auch in dieser Form eine festere parlamentarische Bindung zwischen der Reichsregierung und der SPD bedingt hätte. Abgesehen davon hätte Brüning, der durch die Umbildung des Reichskabinetts im Oktober in noch größerer Abhängigkeit vom Reichspräsidenten geraten war, durch seine Wahl zum Chef einer preußischen Mehrheitsregierung der Weimarer Koalition auch Hindenburg gegenüber wieder mehr Bewegungsfreiheit gewinnen können.

Die geschilderten drei Stationen September 1930, August und Herbst 1931 belegen die Kontinuität in den politischen Zielvorstellungen des preußischen Ministerpräsidenten, der ein bemerkenswertes Maß an politischem Weitblick besaß, und lenken gleichzeitig den Blick auf die Bedeutung des Verhältnisses zwischen Braun und Brüning für die Endphase der Weimarer Republik. Braun war weder Freund einer unitarischen Reichsreform um jeden Preis, noch hielt er es für der Weisheit letzten Schluß, starr an der preußischen Machtstellung festzuhalten. Daß es gerade ihm nicht leicht gefallen wäre, die ersten Schritte auf einem Wege zu tun, der zum Abbau des selbständigen preußischen Staatswesens führen mußte, kann dabei keinem Zweifel unterliegen.

Aber das hätte ihn nicht davon abgehalten, die Hand zu einer konstruktiven Lösung zu reichen, durch die der Republik bessere Aussichten eröffnet worden wären, sich gegenüber dem Ansturm der Gegner der Demokratie zu behaupten. Wenn wir seine Intentionen richtig interpretieren, so hätte am Anfang ein Schutz- und Trutzbündnis der Chefs der beiden Zentralregierungen stehen müssen, ein Pakt, der in sich schon eine politische Tatsache darstellte, auch dem Reichspräsidenten und den Parteien gegenüber. Der Versuch, das gestörte parlamentarische Zusammenspiel wieder zu beleben, bot nach seiner Auffassung nur dann Aussicht, wenn von der Spitze ein starker Zwang zur Integration auf die durch Interessenkonflikte zerrissenen antitotalitären Parteien ausgeübt wurde. Dazu sollte der durch seinen Eintritt als Vizekanzler in die Reichsregierung besiegelte Pakt mit Brüning den Auftakt geben. Dabei glaubte er, nicht mehr tun zu dürfen, als vorsichtig anzuregen. Die Initiative aber konnte nur vom Reichskanzler ausgehen, dessen Zuständigkeit und Verantwortlichkeit Braun ebenso respektierte, wie er selbst in seinem eigenen Amtsbereich als preußischer Ministerpräsident keine Eingriffe von nicht zuständiger Seite hinzunehmen bereit war. Hier zeigt sich klar, daß ein solcher Pakt nicht zuletzt ein psychologisches Problem bedeutete⁶⁴⁾. Der zaudernde, vorsichtige, asketische Westfale Brüning und der im Bereich seiner Zuständigkeiten entschlußkräftigere und elastischere, aber bei aller äußerer Robustheit nicht minder leicht verletzbar Ostpreuße Braun waren beide, jeder auf seine eigene Weise, verschlossen und gehemmt.

Trotzdem fanden Braun und Brüning ein Verhältnis zueinander, das man vielleicht am besten als ein begrenztes Bündnis charakterisiert⁶⁵⁾. Preußen war nicht nur auf die Reichsregierung, sondern diese auch auf die preußische Staatsregierung der Weimarer Koalition angewiesen. Braun bemühte sich schon wegen des Bündnisses mit dem preußischen Zentrum kontinuierlich, den Bedürfnissen der Reichspolitik gerecht zu werden, auch in den Ansprüchen seiner eigenen Partei gegenüber⁶⁶⁾. Aber wenn die preußische Regierung bis zum Frühjahr 1932 die zuverlässige Stütze Brünings blieb, so zeigt der untrennbare Zusammenhang zwischen der Wahlniederlage der preußischen Koalition bei den Landtagswahlen vom April 1932, die den Erfolg der Präsidentenwahlen wieder zunichte machten, und dem Sturz des allein noch vom Vertrauen Hindenburgs abhängigen Reichskanzlers Brüning am besten, wie wenig dieses begrenzte Bündnis ausreichte⁶⁷⁾.

Niemand vermag zu sagen, ob eine Reichspolitik im Sinne Brauns das Schicksal hätte abwenden können und ob es gelungen wäre, auf diesem Wege zu einer starken Regierung mit einer ausreichenden parlamentarischen Grundlage zu kommen. Allein eine große Chance hätte auch ein großes Risiko gerechtfertigt. Es hätte schon viel bedeutet, wenn eine einheitliche rücksichtslose Abwehr der nationalsozialistischen und kommunistischen Provokationen gewährleistet worden wäre⁶⁸⁾.

64) Es ist bezeichnend, daß Braun sowohl im September 1930 als auch im August 1931 mit Hilfe von Mittelsleuten vorging. Auch im zweiten Falle scheint es in den entscheidenden Tagen nicht zu einem persönlichen Kontakt mit Brüning gekommen zu sein.

65) Pünder spricht in einem Brief vom 8. Oktober 1959 an den Verfasser von einem „sehr engen und vertrauensvollen und laufenden Gedankenaustausch zwischen den damaligen beiden Seiten der ‚Wilhelmstraße‘, und zwar vor allem zwischen Herrn Reichskanzler Brüning persönlich und dem Herrn Ministerpräsidenten Braun“.

66) Dazu auch Dokument Nr. 4.

67) Vgl. den Kommentar Stampfers, Die vierzehn Jahre, S. 624, zum Sturz Brünings: „So endete Brüning wie ein kaiserlicher Kanzler, von Hofintrigen gestürzt. Das parlamentarische System funktionierte nicht mehr, er hatte sich auch nicht bemüht, es wieder in Gang zu bringen. Es gab nur noch eine passive Mehrheit, die sich den Kanzler gefallen ließ, keine aktive, die ihn vor den Kabalen des Palastes schützte.“

68) Der Wille Preußens, sich „auf die entschiedene Bekämpfung der Nationalsozialisten“ einzustellen (Braun a.a.O. S. 309), wurde durch Ernennung Severings zum Innenminister am 21. Oktober und Grzesinskis zum Polizeipräsidenten von Berlin am 4. November 1930 demonstriert (vgl. a.a.O. S. 312), während die „Ein-Schritt-vor-und-zwei-Schritte-zurück-Taktik der Reichsregierung“ den Kampf gegen die republikfeindlichen Elemente nach Braun (a.a.O. S. 326) um jede Wirkung brachte. Dazu auch die entsprechenden Partien in den Erinnerungen Severings.

62) Am 12. Oktober 1931; dazu Braun a.a.O. S. 352 ff.

63) A.a.O. S. 354 f. Dazu auch Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928—1933. Stuttgart, S. 165.

Mehr noch hing davon ab, ob es hätte gelingen können, die Länderwahlen, insbesondere die Preußenwahlen, durch schnelles Vorantreiben der Reichsreform als Störungsquelle der Politik des Reiches auszuschalten. Aber auch die Frage einer Ergänzung des Spar- und Sanierungskurses durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm wäre bei einer Berufung Brauns in die Reichsregierung unweigerlich zur Debatte gekommen⁶⁹).

Durchbrach Braun einerseits mit seinen Intentionen den Horizont der gelähmten und passiven sozialdemokratischen Politik, so erscheint es andererseits charakteristisch für ihn, daß er kaum etwas dazu tat, seine Partei zu einer selbständigen politischen Aktivität zu bewegen und den Ansatz zu einer Lösung der Probleme der Krise aus der Sphäre des Staatlichen erwartete. Aber wenn die Sozialdemokratie auch nicht von sich aus zur Regierungsverantwortung drängte und sogar glaubte, durch die halbe Lösung der Tolerierung die Konkurrenz der Kommu-

nisten und den Druck ihres eigenen linken Flügels besser abfangen zu können, als wenn sie direkte Regierungspartei gewesen wäre, so hätte sie sich, von Brüning und Braun ernstlich vor die Wahl gestellt, kaum der Zustimmung zu den Personalunionsplänen entzogen. Insofern dürfte die Kalkulation Brauns richtig gewesen sein. Die größten Hindernisse lagen zweifellos an anderer Stelle. Doch alle Spekulationen sind müßig, da weder im September 1930 noch im August des folgenden Jahres der Pakt der Regierungschefs zustande kam.

Anmerkung:

Erich Matthias, Dr. phil., geb. 4. August 1921 in Uetzingen (Lüneburger Heide). Hauptsächlich durch parteigeschichtliche Studien (u. a. „Sozialdemokratie und Nation“, Stuttgart 1952; „Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914—1945“, Tübingen 1954) hervorgetreten. Leiter des von der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ in Bonn veranstalteten Editionsunternehmens „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ (bisher erschienen: „Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18“, unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, 2 Bände, Düsseldorf 1959).

⁶⁹) Vgl. die zu Anfang des vorigen Kapitels zitierte Stellungnahme Brauns vom 15. September 1930. Ferner Arnold Brecht, Die Auflösung der Weimarer Republik und die politische Wissenschaft, in: Zeitschrift für Politik 2, 1955, S. 306.

ERICH MATTHIAS/RUDOLF MORSEY

Die Deutsche Staatspartei

Das Fehlen einer an politischem Gewicht dem Zentrum und der Sozialdemokratie vergleichbaren Partei des liberalen und demokratischen Bürgertums, zu der sich die Deutsche Demokratische Partei entwickelt hatte, war vielleicht das entscheidendste Hindernis für die Konsolidierung der in Weimar errichteten demokratischen Ordnung. Im Sommer 1930 mißlang das Experiment, durch die Gründung der „Staatspartei“ die zersplitterten Kräfte in der Mitte des Parteienfeldes zusammenzufassen. Die Entscheidungen der Staatspartei blieben bis 1932 dadurch festgelegt, daß sie sowohl durch ihren Vorsitzenden H. Dietrich im autoritären Präsidialkabinett Brüning als auch mit H. Höpker-Aschoff an der sozialdemokratisch geführten preußischen Regierung beteiligt war. Der Ausgang der Landtagswahlen vom April 1932 brachte der Partei eine vernichtende Niederlage ein, so daß sich die Stimmen mehrten, die für eine Auflösung eintraten.

Der Anfang vom Ende

So sehr sich die Staatspartei in der letzten Zeit der Kanzlerschaft Brüning danach gesehnt hatte, von der Last der Mitverantwortung befreit zu werden, so wenig vermochte sie sich von Brüning's Sturz eine Erleichterung zu versprechen. Die stürmische politische Entwicklung ließ der schwer angeschlagenen, von endgültiger Vernichtung bedrohten Partei nach der preußischen Niederlage keine Zeit zu ruhiger Besinnung. Der Berufung Papens ins Kanzleramt folgte die Auflösung des Reichstags auf dem Fuße, die den Auftakt zu einem Wirbel überhasteter Verhandlungen über Fusionen, Blockbildungen und Listenverbindungen gab, ohne daß es zu einem Ergebnis gekommen wäre. Schließlich ging die Staatspartei als einzige Mittelpartei¹⁾ selbständig in den Wahlkampf, wodurch sie, wie Heuss meinte, so „etwas wie Seltenheitswert“ bekam²⁾.

Mochte die bittere Diagnose, daß sie „jetzt schon auf dem Grundstand von Anhängern angelangt“ sei, „für die die Partei schon längst nicht mehr Ausdruck politischer Willensbildung, sondern eine gesellschaftliche Vereinigung oder ein Stammtisch ist, an dem sie auch ohne politische Wirkungsmöglichkeit festhalten“³⁾, auch den Motiven der Treugebliebenen in vielen Fällen nicht gerecht werden, so konnte doch kaum eine Täuschung über die geringen Aussichten bestehen. Dietrichs resignierende Feststellung in der Sitzung des Gesamtvorstandes vom 12. Juni, daß „die Bürger den Glauben an sich selbst“ verloren hätten und daß, „solange eine so große Schicht der Bevölkerung sich in dieser Geistesverfassung“ blinder Prophetengläubigkeit befände, wenig zu erhoffen sei, fand jedenfalls keinen Widerspruch.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 31. Juli konnte kaum wesentlich anders lauten als das der Preußenwahlen drei Monate zuvor. Die Staatspartei kehrte mit ganzen vier Abgeordneten (Dietrich, Heuss, Lemmer, Stolper) in das Parlament zurück, das, kaum daß es sich konstituiert hatte, schon wieder der Auflösung anheimfiel. Nach den Neuwahlen vom 6. November, die einen weiteren Stimmenrückgang brachten (von 371 378 auf 337 871), wurden nur noch Dietrich und Reinhold Maier gewählt, die sich im Reichstag verschämt als „Süddeutsche Demokraten“ bezeichneten — auf Grund eines Vorschlages von Rein-

hold Maier⁴⁾, den er nach seinen eigenen Worten „in einem Augenblick eines gewissen Defaitismus“ gemacht hatte⁵⁾.

Die Staatspartei führte beide Reichstagswahlkämpfe des Jahres 1932 in schroffer Frontstellung gegen den Nationalsozialismus, während sich ihre ursprüngliche kompromißlose Gegnerschaft zum Kabinett Papen vor den Novemberwahlen in einigen Punkten auflockerte. Ähnlich wie Zentrum und Sozialdemokratie hatte sie Anfang Juni die neue Regierung, die, „gegen den Geist der Verfassung gebildet“, lediglich dazu bestimmt sei, „die Weisungen der rechtsradikalen Parteien auszuführen“⁶⁾, mit einer scharf ablehnenden Erklärung begrüßt; und der reaktionäre, restaurative Charakter des Kabinetts wurde in der Folge immer wieder hervorgehoben. „Weisen Sie darauf hin“, rief Dietrich Anfang Juni den Mitgliedern des Gesamtvorstandes zu, „daß in Deutschland heute noch einmal der großartige Versuch gemacht wird, von einer Gruppe, die wir für tot hielten, die Waffe in die Hand zu nehmen und sich wieder die Macht zu verschaffen. Das ist die adlige und wirtschaftliche Herrenschild, die das wiedergewinnen möchte, was sie vor 30 Jahren verloren hat. Kampf gegen die ostelbischen Junker! Kampf gegen die Herrenschild, die das Rad der Geschichte zurückdrehen will!“⁷⁾ Külz formulierte, daß die Regierung, die als Kabinett der „nationalen Konzentration“ firmiere, in Wirklichkeit die „konzentrierte Reaktion“ verkörpere⁸⁾. Ungeachtet dessen, daß auch noch der offizielle Wahlauftritt vor den Novemberwahlen auf die gleiche Weise gegen die aufziehende „Herrschaft der Junker im Bunde mit Teilen des Großkapitals“⁹⁾ wetterte, hatte sich jedoch der Standpunkt der Staatspartei gegenüber der Regierung Papen in der Zwischenzeit modifiziert.

Die Auffassung, es sei ein Fehler gewesen, „daß wir grundsätzlich eine Oppositionsstellung gegen das Kabinett Papen eingenommen haben“, ohne zunächst einmal abzuwarten, wie seine Tätigkeit sich aus-

4) S. Dokument Nr. 14. Die Dokumente sind hier nicht abgedruckt.

5) So in der Sitzung des Gesamtvorstandes vom 8. Januar 1933.

6) Vgl. die in der gemeinsamen Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und der Reichstagsfraktion vom 2. Juni 1932 angenommene Resolution; Teilabdruck bei Schulthess 1932, S. 97.

7) In der Sitzung des Gesamtvorstandes am 7. Juli 1932.

8) So in einer undatierten, wohl als Entwurf zu Wahlkundgebungen gedachten maschinenschriftlichen Aufzeichnung im Nachlaß Külz.

9) Gedrucktes Flugblatt „An die Parteifreunde“, unterzeichnet vom „Arbeitsausschuß der Deutschen Staatspartei“ (Dietrich, Maier, Petersen), überliefert im Nachlaß Dietrich.

1) Vgl. auch Horkenbach 1932, S. 228.

2) Vgl. das Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes vom 7. Juli 1932.

3) So Eberhard Wildermuth am 11. Juni 1932 an Nuschke; Durchschlag im Nachlaß Dietrich.

wirke, blieb zwar vereinzelt¹⁰⁾; aber es kam doch zu einer Aufweichung der starren staatsparteilichen Opposition, wozu vor allem die Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September den Anlaß gab¹¹⁾.

Als Dietrich am 19. September in einem Rundschreiben die tags zuvor¹²⁾ festgelegten Richtlinien für den bevorstehenden neuen Wahlkampf bekannt gab, betonte er, daß es darauf ankomme, „unseren republikanisch-demokratischen Standpunkt zu wahren und gleichzeitig in wirtschaftlichen Dingen dem Standpunkt der gegenwärtigen Regierung da, wo wir es glauben verantworten zu können, uns zu nähern.“¹³⁾ Auf der gleichen Linie operierte er in seiner Rede auf dem „Südwestdeutschen Demokratentag“ in Mannheim am 2. Oktober, wo die Staatspartei mit der ersten Garnitur ihrer Redner den Wahlkampf eröffnete. Hier würdigte Dietrich den Versuch, mit Hilfe von Steueranrechnungsgutscheinen die Wirtschaft anzukurbeln, als „ein kühnes Unternehmen“¹⁴⁾; und Reinhold Maier erklärte es bei der gleichen Gelegenheit „für unsere staatspolitische Pflicht“, trotz der im einzelnen bestehenden „stärksten Bedenken“ die wirtschaftspolitischen Bemühungen der Reichsregierung zu unterstützen, die allerdings keine Vorschußlorbeeren verdiene¹⁵⁾.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnete sich auch in der Erweiterung der staatsparteilichen Forderungen nach einer Verfassungsreform ab. Nach wie vor bekannte sich die Partei zu den Grundgedanken der Weimarer Verfassung, die „mit dem Sicherheitsventil einer starken Präsidialgewalt“ versehen, das Beste sei, „was man in Deutschland an Verfassung schaffen kann“¹⁶⁾, und „in dieser glückhaften Verbindung von parlamentarischer und autoritärer Demokratie . . . uns . . . über Inflation, Ruhreinbruch, Putschversuche und Wirtschaftskrise hinweg die deutsche Einheit erhalten“ habe¹⁷⁾. Aber neben die bisherigen verfassungspolitischen Programmpunkte der Staatspartei (Reichsreform und Wahlrechtsreform) trat jetzt die offizielle Forderung nach einem Zweikammersystem, die „eine Ausgestaltung des Reichsrats zu einer Ersten Kammer“ mit ständischem Einschlag und „gleichen Rechten wie der Reichstag“ vorsah?¹⁸⁾. Auch hier ist also eine teils taktisch, teils sachlich bedingte formale Annäherung an die Pläne der Regierung Papen

festzustellen, die allerdings nicht überbewertet werden darf. Machte sich die Staatspartei den Oberhausgedanken zu eigen, so ordnete sie ihn eindeutig einer Konzeption unter, in der zwar „ein starker, aber kein reaktionärer Staat“¹⁹⁾ Platz hatte. Das Ziel aller Verfassungsreformen konnte für sie nur darin bestehen, den Parlamentarismus wieder funktionsfähig zu machen und die republikanische Substanz vor der Vernichtung zu schützen und für die Dauer zu stärken. Verbargen sich auch hinter der Losung der „nationalen Demokratie“, mit der die Staatspartei den Herbstwahlkampf führte, im einzelnen sehr stark voneinander abweichende Vorstellungen, so blieb doch unbestritten, daß es um die „Verteidigung der Republik“, die „Erhaltung der Volksvertretung“ und die „Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit“ ging²⁰⁾.

Die Parole der „nationalen Demokratie“ und der Versuch, ein zugkräftigeres politisches Programm zu entwickeln, konnte der Staatspartei im November um so weniger zu einem Erfolg verhelfen, als ihr genau wie im Juli die finanziellen Möglichkeiten für einen wirkungsvollen Wahlkampf fehlten, wobei ihre Lage noch dadurch erschwert wurde, daß sie schon seit Jahren nicht mehr mit der Unterstützung der Massenpresse demokratischer Grundeinstellung rechnen konnte und auch über keine für einen schlagkräftigen propagandistischen Einsatz geeignete Organisation verfügte²¹⁾. Die bereits vor den Juliwahlen sichtbar gewordene Distanzierung früherer Geldgeber, in deren Augen „die für kleine Splitterparteien verausgabten Beträge einfach aus dem Fenster herausgeworfenes Geld“ waren²²⁾ und die zum Teil ihre Spende von der Verwirklichung einer Listenverbindung zur Sicherung der für die Staatspartei abgegebenen Stimmen abhängig machten²³⁾, setzte sich im Herbst verstärkt fort²⁴⁾.

Im Juni hatte sich die Staatspartei intensiv um eine Listenverbindung mit dem Zentrum bemüht, die ihr trotz aller Bedenken, daß ein solches Bündnis sie völlig mit dem Kurs des gestürzten Kabinetts Brüning identifizieren²⁵⁾ und bei antikatholisch gestimmten Wählern keine Gegenliebe finden werde²⁶⁾, als das kleinstmögliche Übel erschien. Wie vor den Preußenwahlen war sie jedoch vom Zentrum zurückgestoßen worden. Die Ausweichmöglichkeit, „wenn alles andere ausfallen würde“²⁷⁾, eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie einzugehen, stieß zunächst allgemein auf heftige Ablehnung, „weil das das Ende einer bürgerlichen Partei bedeuten würde“²⁸⁾. Als diese Möglichkeit dann als ultima ratio am 7. Juli im Gesamtvorstand zur Abstim-

10) So Frommhold in der Sitzung des Gesamtvorstandes vom 11. September 1932. Ähnlich Hermann Fischer, der u. a. bemerkte: „Wenn Sie gegen die autoritäre Regierung sind, dann ist doch dazu zu sagen, daß den Beginn mit dieser Regierungsform das Kabinett Brüning—Dietrich gemacht hat.“ Fischer, der Vorsitzende des Hansa-Bundes, hatte schon, verbunden mit scharfer Kritik an Brünings Finanz- und Wirtschaftspolitik, in einem Brief an Dietrich vom 25. Juni 1932 „fair play“ für die neue Regierung gefordert; bei dieser Gelegenheit warf er Dietrich vor, daß dieser „mehr, als ich je angenommen habe, . . . das Heil vom Staatssozialismus zu erwarten“ scheine; Nachlaß Dietrich. Vgl. Dokument Nr. 5.

11) Vgl. Schulthess 1932, S. 152 ff.

12) Auf einer Sitzung des Arbeitsausschusses der Staatspartei in Leipzig am 18. September 1932.

13) Rundschreiben an die Mitglieder des Gesamtvorstandes und des Arbeitsausschusses, die Wahlkreisvorsitzenden, Hauptvertrauensfrauen, Wahlkreisgeschäftsstellen und Parteisekretariate.

14) Dietrich, Petersen und R. Maier, Der Weg der nationalen Demokratie, Reden auf der Kundgebung der Deutschen Staatspartei in Mannheim am 2. Oktober 1932 (gedr. Broschüre), S. 8.

15) A.a.O. S. 25. — Der Göttinger Rechtsanwalt Hermann Föge, Vorsitzender der staatsparteilichen Fraktion im Hanoverschen Provinziallandtag, schrieb am 13. Oktober 1932 an Dietrich (Ausfertigung im Nachlaß Dietrich): „Der Wahlkampf wird der Staatspartei kräftigen Auftrieb bringen, wenn diese mit der Papenregierung segelt und sich für das Wirtschaftsprogramm der Papenregierung einsetzt. Geschieht dies nicht, so gibt es ein Desaster.“

16) Landahl in der Sitzung des Gesamtvorstandes vom 11. September 1932.

17) Undatierter maschinenschriftlicher Entwurf eines Aufrufs zu den Novemberwahlen im Nachlaß Dietrich.

18) Dietrich, in: Der Weg der nationalen Demokratie (s. Anm. 14), S. 10. Vgl. Petersen a.a.O. S. 18: Sei erst „auf der Grundlage der Volkssouveränität“ der Dualismus zwischen dem Reich und Preußen beseitigt, bedürfe es notwendig auch einer Umgestaltung des Reichsrats. „Es läge dann durchaus im Sinne einer organischen Weiterentwicklung, daß der Reichsrat nicht nur mehr eine Vertretung ausschließlich der Länder und der preußischen Provinzen wäre, sondern auch der großen Säfte und der sonstigen größeren Organisationen unseres politischen und sozialen Lebens, wie sie etwa im vorläufigen Reichswirtschaftsrat vertreten sind. Es würde damit eine Art Erste Kammer entstehen, zu der ja der Reichsrat bereits heute Ansätze enthält.“ Im gleichen Sinne sprach der in Anm. 17 zitierte Entwurf davon, daß eine „wirkliche Reichsreform“ auch „Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zu organischer Einheit und Mitbestimmung in der Gesetzgebung“ verbinden müsse. S. ferner die in Anm. 16 erwähnten Ausführungen Landahls.

19) Dietrich, in: Der Weg der nationalen Demokratie (s. Anm. 14), S. 11.
20) S. Anm. 9.

21) In einem abgeschrieben im Nachlaß Kütz überlieferten Schreiben der Ortsgruppe Zwickau an die Reichsgeschäftsstelle, datiert „Anfang August 1932“, hieß es, daß es ganz unmöglich sei, „ohne Geld, ohne Presse und ohne Organisation bei diesem Wahlsystem zu bestehen. Sie haben sich in Berlin überschätzt, und das taten Sie leider in den letzten Jahren dauernd, nicht wissend, wie wenig die Partei in der Provinz überhaupt noch gilt.“

22) So der Leipziger Bankier Kroch jr., der trotzdem spendete, in einem Brief an Kütz vom 26. Juli 1932; Nachlaß Kütz.

23) Vgl. das Schreiben des Vorstandsmitglieds der Badischen Bank Sally Stern (Karlsruhe) an Dietrich vom 28. Juni 1932, der die Bedingung stellte, daß die „angestrebte Listenverbindung auf alle Fälle die Stimme für eine republikanische Partei“ sichern müsse; Nachlaß Dietrich.

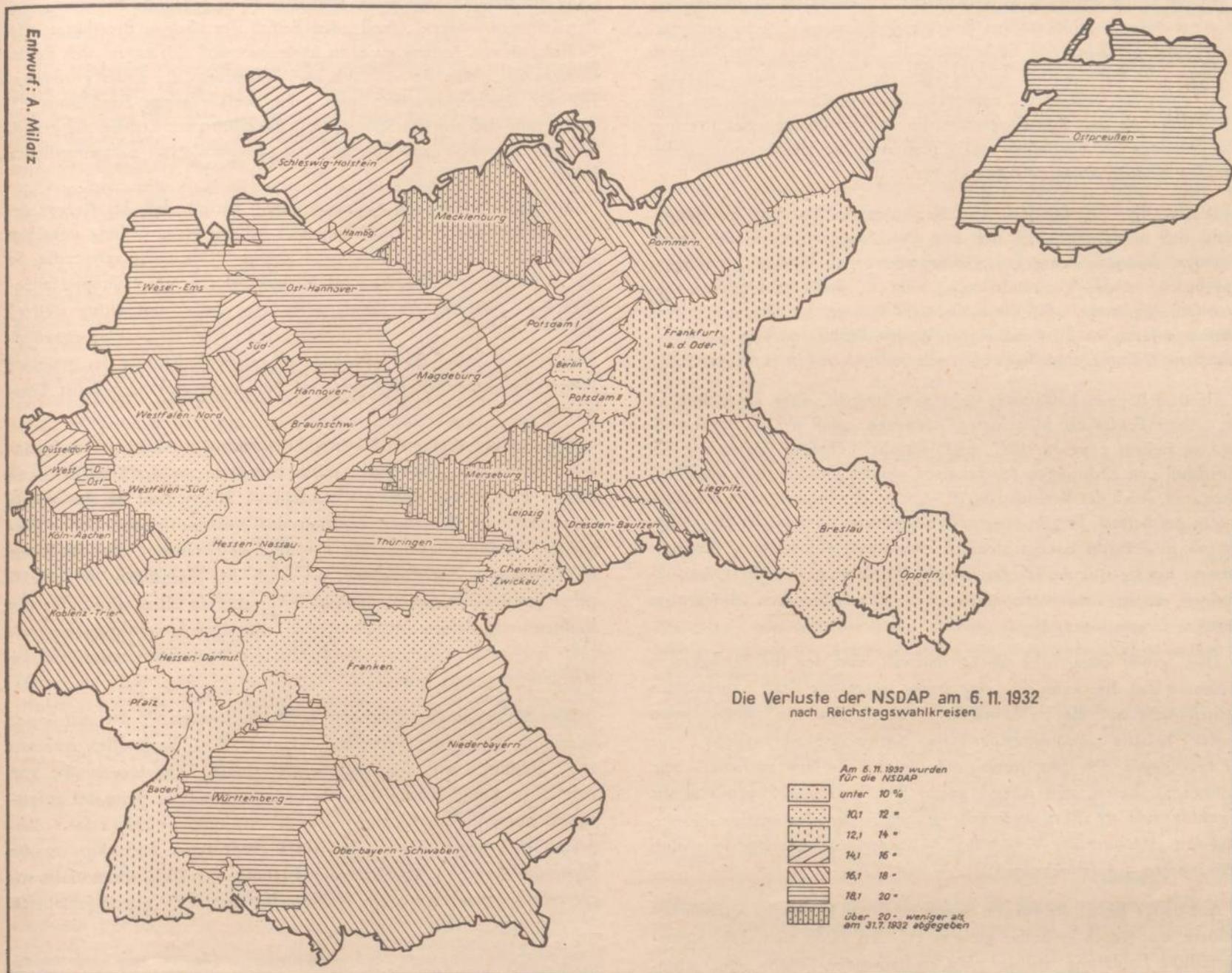
24) Am 17. Oktober 1932 schrieb Prof. Baumgarten, der Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein, an Dietrich: „Größere Geldgeber, wie Herr Reemtsma, haben sich zurückgezogen. In unseren Reihen bilden im Gehalt reduzierte Leute die Mehrheit“; Nachlaß Dietrich.

25) Charakteristisch ist die Äußerung Vogts in der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands mit der Reichstagsfraktion am 6. Juni 1932, daß „die ministerielle Tätigkeit Dietrichs verheerend gewirkt“ habe.

26) Gertrud Bäumer äußerte in der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands mit der Reichstagsfraktion vom 2. Juni 1932 die Befürchtung, daß man sich durch ein Zusammengehen mit dem Zentrum vielleicht auch die Möglichkeit verbauen werde, „später einmal, gestützt auf die entschieden protestantischen Kräfte der Mitte, eine neue Partei zu bilden“. Es kamen allerdings auch andere Stimmen zu Worte. So erklärte beispielsweise Ernst Lemmer in der gleichen Sitzung im Gegensatz zu Fischer, der scharf davor warnte, sich auf die Person des Kanzlers Brüning festzulegen, daß Brüning auch in protestantischen Kreisen sehr populär sei; und Reinhold hätte es für „die ideale Lösung“ angesehen, den Wahlkampf mit Brüning als Führer der Opposition aufzunehmen. Dazu auch Petersen am 6. Juni (s. vorige Anm.) über die Chancen einer „Listenverbindung . . . aller Parteien von Treviranus bis Brüning“.

27) Lemmer am 6. Juni 1932, ähnlich auch Rönneburg. S. Anm. 25.

28) So Weber am 6. Juni 1932. Ähnlich nahmen u. a. Oscar Meyer, Heuss und Petersen Stellung. S. Anm. 25.



mung gestellt wurde, zeigte sich zwar, daß inzwischen die Mehrheit der Wahlkreisorganisationen (21 gegen 12; 2 unentschieden) die Listenverbindung mit der Sozialdemokratie einem selbstmörderischen Alleingang vorzuziehen geneigt war; aber im Endergebnis sprach sich der Gesamtvorstand dagegen aus (mit 29 gegen 13 Stimmen bei 6 Enthaltungen), nicht zuletzt, um nicht die Stellung der Partei in einigen Wahlkreisen, darunter Hamburg und Württemberg, zu gefährden, in denen man noch mit sicheren Mandaten glaubte rechnen zu dürfen²⁹⁾.

Nachdem das niederschmetternde Ergebnis des 31. Juli vorangegangen war, hätte sich die Parteileitung bei den Herbstwahlen bereitgefunden, die Verbindung mit den Sozialdemokraten zu akzeptieren und dadurch in Kauf zu nehmen, in verstärktem Maße von der gegnerischen Propaganda als „Anhängsel“ der SPD verschrien zu werden. Aber diesmal versagte sich die Sozialdemokratie³⁰⁾. An das Zentrum, das im Sommer teilweise auch von protestantischen Anhängern der Staatspartei gewählt worden war, hatte sie sich offenbar überhaupt nicht wieder

gewandt; sie hielt ihm auf Grund seiner Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten vor, daß es „die Volksrechte Arm in Arm mit Hitler und Göring verteidigen“ wolle, und hoffte, daß denjenigen die Augen geöffnet worden seien, „die das Zentrum für staatspolitisch verlässlicher als ihre eigene Partei gehalten“ haben³¹⁾.

Ein wahltaktisches Zusammengehen mit dem Zentrum oder der Sozialdemokratie, wie es bei den Wahlkämpfen des Jahres 1932 zur Debatte stand, hätte für die Staatspartei immer nur eine höchst problematische Notlösung bedeuten können. Nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten war, sowie bei der soziologischen Struktur ihres Restbestandes und der Wählerschichten, an die sie appellierte, mußte ihr erster Gedanke immer wieder auf den „Zusammenschluß der Mitte“ zielen: „Das liegt in der Linie unserer Partei“³²⁾; alles andere hingegen konnte nur zu Mißverständnissen Anlaß geben, erschien dazu angetan, entweder betont protestantische oder betont bürgerliche Wähler abzuschrecken. Die Dezimierung der gesamten Mitte bei den Preußenwahlen verursachte nicht nur bei den führenden Männern und Anhängern der Staatspartei ein verstärktes Drängen auf eine abermalige Wiederholung des Versuchs, aus dem „Konglomerat der Mitte“³³⁾, aus den

29) Vgl. den scharfen Protest Koch-Wesers gegen diesen Beschluß; Dokument Nr. 8.

30) Vgl. das von Nuschke unterzeichnete Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle vom 7. Oktober 1932. Ferner die Abschrift des von Wels unterzeichneten offiziellen Absagebriefes des Parteivorstandes der SPD vom 10. Oktober 1932 im Nachlaß Dietrich. Koch-Weser äußerte in einer Tagebuchaufzeichnung vom 25. Oktober 1932 die Vermutung, daß die Sozialdemokratie abgelehnt habe, „weil Dietrich inzwischen den Oberhausgedanken [vgl. oben, bes. auch Anm. 18] zu stark in den Vordergrund gestellt“ habe; die Staatspartei sei „nun wohl rettungslos verloren.“ Maier machte in der Gesamtvorstandssitzung vom 8. Januar 1933 den „Druck des radikalen Flügels“ der SPD für das Nichtzustandekommen der Verbindung verantwortlich.

31) So in dem in Anm. 13 zitierten Rundschreiben vom 19. September 1932. Ähnlich auch in einem Rundschreiben vom 7. Oktober (s. vorige Anm.), in dem es weiter heißt, daß auch der Ausweg, SPD zu wählen, seinen Reiz verloren haben dürfte, „nachdem sich gezeigt hat, daß die Sozialdemokratie, um den Sozialismus der Nationalsozialisten zu entlarven, nicht vor den schärfsten Sozialisierungsanträgen zurückschreckt“.

32) Hermann Fischer am 2. Juni 1932; s. Anm. 26.

33) Oscar Meyer am 2. Juni 1932; s. Anm. 26.

„Trümmern der einstigen Mittelparteien“³⁴⁾ etwas Neues zu schaffen, sondern dieser gefühlbetonten Bewegung³⁵⁾ kamen auch in gesteigertem Maße gleichgeartete Strömungen in den übrigen Mittelgruppen entgegen. So kulminierten Anfang Juni die vor allem von Dingeldey, dem Führer der Volkspartei, vorangetriebenen Anstrengungen, das Feld der Mitte von den Volkskonservativen bis zur Staatspartei in einer Neugründung zu vereinigen oder zumindest für die bevorstehenden Wahlen taktisch zusammenzufassen³⁶⁾.

Diesem Plan standen nicht nur die Kürze der Zeit und die Überlegung, daß man „unmöglich bei jeder Reichstagswahl eine neue Partei gründen“ könne³⁷⁾, entgegen, sondern vom ersten Moment an dämpfte das bereits in der Vorstandssitzung vom 2. Juni vorgebrachte unabweisbare Argument, „daß die in Betracht kommenden Gruppen gegenüber den jetzt zur Verhandlung stehenden Problemen eine ganz verschiedene Haltung einnehmen“³⁸⁾, alle aufflackernden Hoffnungen.

Gertrud Bäumer hatte zwar nicht ganz unrecht, wenn sie meinte, es sei „unser Fehler als Mittelpartei“ gewesen, „daß wir zu dogmatisch und zu rigoros gewesen sind“, und fortfuhr: „Dadurch haben wir den Anschluß von Richtungen ferngehalten, die im Grunde doch demokratisch sind. Auch der Versuch von 1930 ist an der Enge unserer Anschauungen gescheitert. Es gibt innerhalb des ganzen Kreises, der für unsere Politik in Betracht kommt, deutlich erkennbare Bewegungen, die nicht wissen, wo sie sich anschließen sollen“³⁹⁾. Aber gerade diese Ausführungen zeigen unmißverständlich die unüberwindbaren Hindernisse für eine Gesamtlösung⁴⁰⁾.

Die „große bürgerliche Einheitspartei“, von der die Demokraten träumten und die, wenn sie „eine starke suggestiv Kraft“ ausströmen sollte, nicht auf eine „Vermählung von Leitnamen“ hinauslaufen durfte⁴¹⁾, hätte „etwa unter der Firma Nationale Freiheitspartei“, eine „Partei gegen den Faschismus und für den Parlamentarismus“ sein müssen⁴²⁾, bereit, den Kampf gegen die Regierung Papen und die „wohldurchdachte Restaurierung“⁴³⁾, gegen den Nationalsozialismus und den „Umsturz der Verfassung“ — so revisionsbedürftig diese auch sein mochte — aufzunehmen⁴⁴⁾.

Auf dieser Basis, die für die Staatspartei ein Minimalprogramm bedeutete, war jedoch keine Einigung zu erzielen. Nicht einmal die staatsparteiliche Forderung, aus der akut erscheinenden Gefahr „einer absoluten Majorität der Nationalsozialisten“⁴⁵⁾ die Konsequenz zu ziehen,

„daß wir diesen Kampf in der schärfsten Form gegen die Nationalsozialisten führen müßten“, fand „den Beifall der übrigen Beteiligten“⁴⁶⁾. Es ließ sich von Anfang an nicht übersehen, daß sich unter „den Befürwortern der neuen Partei . . . Leute“ befanden, „die weder grundsätzlich für Parlamentarismus noch grundsätzlich gegen Faschismus“⁴⁷⁾ waren, und daß sich die Staatspartei schwerlich „mit Leuten, die grundsätzlich Republik und Demokratie leugnen“⁴⁸⁾, zusammenfinden könne.

Außerdem wurde von mehreren Seiten betont, daß das Rezept der Honoratiorenpartei⁴⁹⁾, nach dem man bei der Neugründung vorgehen wolle, rettungslos überholt sei und keinen Erfolg mehr verspreche. So sei es für die Staatspartei auch undenkbar, sich einer Gruppe anzuschließen, „die nur die Parole ‚freie Wirtschaft‘ und nichts weiter“ habe⁵⁰⁾. Zur Zeit könne überhaupt keine Partei ohne „eine einwandfreie soziale Grundlage“ zu Mandaten gelangen, betonte der populäre Führer des Arbeitnehmerflügels und der Jungdemokraten Ernst Lemmer⁵¹⁾.

Was bei der geplanten Neugründung nach der Absicht ihrer Initiatoren politisch herauspringen sollte, bedeutete aus der Sicht der — in diesem Punkte sicherlich realistischen — Staatspartei so etwas wie „eine Art unkatholisches Zentrum mit starkem konservativen Einschlag“⁵²⁾, das „vielleicht mit der Rechten zusammen eine Mehrheit im Reichstag erlangen“ könne, was auch den Intentionen der „Geldgeber der neuen Gruppe“ entspreche⁵³⁾, alles in allem also „eine der Rechten verschriebene Mittelpartei“⁵⁴⁾, die niemals zu akzeptieren sei: „Wir müßten ja sonst auch die Politik der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten mitmachen“⁵⁵⁾.

Hier lag der unüberschreitbare politische Graben⁵⁶⁾, der sich — vor allem hinsichtlich des Verhältnisses zur DVP — durch alles, was seit 1930 geschehen war, nur noch vertieft hatte. Dingeldey mußte von vornherein darauf hinarbeiten, die „sogenannte linke Seite der Staatspartei“ auszuschalten⁵⁷⁾, zumal der schwerindustrielle Flügel der Volkspartei sein ganzes Gewicht für einen eindeutigen Rechtskurs in die Waagschale warf⁵⁸⁾. Im Endergebnis landete die DVP, die notfalls sogar bereit gewesen wäre, ein Wahlbündnis mit den Nationalsozialisten

34) So Wildermuth in einem Brief an Dietrich vom 10. Juni 1932; Nachlaß Dietrich.

35) Vgl. Dokument Nr. 6.

36) Vgl. den Beitrag über die DVP von Hans Booms, S. 523 ff.

37) Wachhorst de Wente in der Sitzung des Gesamtvorstands am 12. Juni 1932.

38) Oscar Meyer.

39) Gertrud Bäumer räumte allerdings ein, daß die Zeit vor den Wahlen zu kurz sei für die an sich mögliche Erweiterung „unseres Kreises“; am 6. Juni 1932; s. Anm. 25.

40) Ansätze zu Teillösungen, die sich abzeichneten, blieben in unverbindlichen Diskussionen stecken. Dazu ein im Nachlaß Dietrich überlieferter Brief des preußischen Handelsministers Schreiber an Dietrich vom 17. Juni 1932, der den Parteiführer über eine Besprechung am Vortage informierte: „Drewitz hatte Meyer, Reinhold, Lemmer und mich gebeten, an einer Besprechung mit ihm, Sachsenberg, von Eynern, von Kardorff, Cremer und Solf teilzunehmen, mit der Begründung, wir müßten uns darüber aussprechen, ob nicht ein Zusammengehen der Staatspartei mit der Wirtschaftspartei und denjenigen volksparteilichen Kreisen, die den Kurs Dingeldeys nicht billigen und ‚weiter links stehen‘, möglich sei. Bei der Besprechung ergab sich, daß auch bei Solf und den Mitgliedern der Wirtschaftspartei, die an der Veranstaltung in der Deutschen Gesellschaft zur Gründung einer neuen Einheitspartei [s. Anm. 36] teilgenommen hatten, der Eindruck bestand, daß es sich dabei um eine Grotteske gehandelt hatte und den offensichtlichen Versuch des Herrn Dingeldey, eine Parteigründung herbeizuführen, die lediglich eine Galvanisierung der Volkspartei unter bewußter Zurückweisung der Deutschen Staatspartei als solche bedeuten sollte.“ Für ähnliche Kontakte mit dem linken Flügel der DVP vor den Novemberwahlen vgl. Dokument Nr. 13.

41) So Schreiber am 12. Juni 1932; s. Anm. 37.

42) Oscar Meyer am 6. Juni 1932; s. Anm. 25.

43) Frau Lüders am 12. Juni 1932; s. Anm. 37.

44) Dietrich am 12. Juni 1932; s. Anm. 37.

45) Oscar Meyer am 2. Juni 1932; s. Anm. 26.

46) So Weber in einem Brief an Wildermuth vom 11. Juni 1932; Durchschlag im Nachlaß Dietrich.

47) Stolper am 6. Juni 1932; s. Anm. 25.

48) Hofheinz am 12. Juni 1932; s. Anm. 37.

49) Vgl. die Ausführungen von Rönneburg und Wachhorst de Wente am 12. Juni 1932; s. Anm. 37.

50) Gertrud Bäumer am 12. Juni 1932; s. Anm. 37.

51) Am 6. Juni 1932; s. Anm. 25. Vgl. auch die Ausführungen Lemmers am 12. Juni; s. Anm. 37. — Auf das Drängen verschiedener Organisationen im Lande (Landesverband Anhalt, Wahlkreisverband Großthüringen, Bezirksverband Oberschlesien) wurde Lemmer in der Sitzung des Gesamtvorstandes vom 7. Juli 1932 der zweite Platz auf der Reichsliste (nach Dietrich und vor Frau Lüders) eingeräumt. — Über die Zurücksetzung vom zweiten Platz, den bisher immer eine Frau (Gertrud Bäumer) innegehabt hatte, beschwerte sich Frau Lüders in einem Brief vom 15. Juli 1932 an Dietrich (Nachlaß Dietrich), darauf verweisend, daß die Frauen bei allen bisherigen Wahlen, „soweit getrennte Stimmabgabe festgestellt ist, mit einem nicht unbeträchtlichen Prozentüberschuß im Vergleich zu den Männern . . . für unsere Partei“ gestimmt hätten.

52) So Winschuh am 6. Juni 1932; s. Anm. 25.

53) Dietrich am 12. Juni 1932; s. Anm. 37.

54) Dietrich in einem Brief an H. Fischer vom 16. Juni 1932; Durchschlag im Nachlaß Dietrich.

55) Dietrich am 12. Juni 1932; s. Anm. 37. Vgl. auch die Kritik Koch-Wesers an dem Plan einer neuen Mittelpartei „von Westarp bis Lemmer“, Dokument Nr. 5.

56) Die württembergischen Demokraten hatten sich allerdings nach den Landtagswahlen vom 24. April 1932, bei denen sie mit einer Reduzierung ihrer Mandate von 8 auf 4 glimpflich davon gekommen waren, an Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten (zunächst über eine evangelisch-bürgerliche Koalition, dann über eine Koalition aller Kräfte rechts von der Sozialdemokratie unter Einschluß des Zentrums) beteiligt; dazu Besson, Württemberg, S. 253 ff.

57) S. Anm. 46. Dazu die Ausführungen Webers in der Sitzung des Gesamtvorstandes am 12. Juni 1932.

58) S. Anm. 36.

einzuweisen⁵⁹⁾, folgerichtig bei einer Listenverbindung mit den Deutschnationalen, die auch zu den Novemberwahlen erneuert wurde.

Die wiederum vorweggegangenen Verhandlungen über einen „Wahlblock in der Mitte“ waren nichts als eine Reprise⁶⁰⁾; und als Wildermuth auf dem Wege über den von ihm zur Vorbereitung einer Einigung der Mitte begründeten „Deutschen Nationalverein“ zu vermitteln suchte und zur „Gründung eines Wahlkartells von den Volkskonservativen bis zur Staatspartei“ aufrief, lehnte es Dingeldey ausdrücklich ab, auch nur der Einladung zu einer Aussprache⁶¹⁾ über das Projekt Folge zu leisten⁶²⁾.

Auf dem Hintergrund dieser Verhältnisse ist es zu verstehen, daß die Staatspartei trotz der Aussichtslosigkeit ihrer Lage vor den Juliwahlen nicht endgültig resignierte und daß sie auch in der Folge nicht die Kraft zur Selbstauflösung fand.

Das bedeutete praktisch die Beschränkung auf den Versuch, den „Kern der Wähler, der uns treu geblieben ist und der weder in der reaktionären Volkspartei noch in den sozialistisch oder klerikal orientierten Nachbarparteien eine politische Heimat finden kann“^{62a)}, zusammenzuhalten: als „Plattform . . . für die Demokratie“⁶³⁾, als „Punkt der Sammlung für diejenigen . . ., die nach einer Gesundung der Politik beieinanderstehen wollen“⁶⁴⁾, als „Ausgangspunkt . . . für eine Umkehr des Bürgertums“⁶⁵⁾ und als „letzter, wenn auch nicht unversehrt gebliebener Bestandteil einer Strömung“ im Lager des Bürgertums, „die sich bewußt auch dem Radikalismus von rechts entgegenstemmt“⁶⁶⁾.

Anfang September gewann zwar im geschäftsführenden Vorstand die Auffassung die Oberhand, daß es zwecklos sei, die Partei noch länger aufrechtzuerhalten⁶⁷⁾; aber in einer sechsstündigen Mammut-sitzung des Gesamtvorstandes am 11. September, in der die gegensätzlichen Meinungen hart aufeinanderprallten, schlug das Pendel nach der entgegengesetzten Seite aus. Eine mit 34 gegen 7 Stimmen angenommene Resolution besagte, daß in der gegenwärtigen Situation eine Auflösung „nicht in Frage“ komme, „da zur Zeit die Deutsche Staatspar-

tei die einzige Partei ist, in der das freiheitlich-nationale Bürgertum seine politische Heimat findet“.

Dieses Resultat, das um so bemerkenswerter erscheint, als der Liberalismus weitgehend nicht mehr als tragfähig anerkannt wurde und sich die wirtschaftlichen Gegensätze innerhalb der Partei nach dem Sturz des Kabinetts Brüning viel ungehemmter in den Vordergrund gedrängt hatten⁶⁸⁾, war durch das Votum der Vertreter der Wahlkreisorganisationen bedingt. Es wäre jedoch kaum erreichbar gewesen, hätten nicht die Organisationen in Württemberg, Baden und Hamburg⁶⁹⁾ planmäßig auf eine Aufrechterhaltung der Partei hingearbeitet. Während Dietrich in bewußtem Gegensatz zu seinen badischen Parteifreunden zunächst für eine Auflösung plädiert hatte, war hauptsächlich auf Betreiben Reinhold Maiers für den 4. September ein „Süddeutscher Demokratentag“ nach Bietigheim einberufen worden, der den Lebenswillen der Partei demonstrieren sollte und gleichzeitig eine Revolte gegen die bisherige Art der Parteiführung von Berlin aus vorbereitete. In diesem Sinne forderte Landahl, der auch als Vertreter der Hamburger in Bietigheim zugegen gewesen war, als Sprecher der für den Weiterbestand der Partei eintretenden Kreise in der Gesamtvorstandssitzung vom 11. September, daß das Schwergewicht von Berlin weg in diejenigen Gebiete verlagert werden müsse, „wo die Partei gesund und fest verwurzelt“ sei. Dieser freilich recht euphemistisch begründeten Forderung kam die Ablösung des bisherigen geschäftsführenden Vorstandes durch einen 16köpfigen „Arbeitsausschuß“ entgegen, der die Reorganisation der Partei einleiten sollte⁷⁰⁾. An die Spitze des Arbeitsausschusses traten Dietrich (Baden), Petersen (Hamburg) und Reinhold Maier (Württemberg), von denen die Partei kollegialisch geleitet wurde, da sich Dietrich geweigert hatte, weiter als Vorsitzender zu amtieren.

Der Beschluß, die Partei aufrechtzuerhalten, wurde auch nach den Novemberwahlen nicht revidiert, wenn auch einzelne führende Mitglieder, darunter August Weber und Frhr. von Richthofen, die schließlich ihren Austritt erklärten, erneut die Auflösung forderten. Im Arbeitsausschuß⁷¹⁾ wurde betont, daß gerade der relative Erfolg der DVP — die von der Listenverbindung mit den Deutschnationalen profitiert hatte, die ihrerseits, von der Entwicklung begünstigt, in beschränktem Maße zum Sammelbecken nichtnationalsozialistischer bürgerlicher Wähler geworden waren⁷²⁾ — erneut Versuche, die Zersplitterung der Mitte zu beseitigen, für den Augenblick nicht angebracht erscheinen lasse. Eine bedingungslose Auflösung der Staatspartei werde nur zur Folge haben, daß Dingeldey erkläre: „... jetzt gibt es nichts mehr zu sammeln, denn jetzt ist die Volkspartei die Partei der Mitte“⁷³⁾.

Diese Auffassung wurde in einer Gesamtvorstandssitzung am 8. Januar 1933 bestätigt. Eine neue Partei, zu deren Gunsten man bereit

59) Dazu ein Schreiben der Reichsgeschäftsstelle der DVP an die Wahlkreisgeschäftsstelle in Braunschweig vom 4. August 1932, in dem es heißt, „daß die Pressemitteilungen über einen Brief des Herrn Dingeldey an Herrn Frick richtig sind. Die Nationalsozialisten haben durch Herrn Frick der Deutschen Volkspartei ein Angebot hinsichtlich eines Anschlusses an die nationalsozialistische Reichsliste machen lassen. In der betreffenden Unterredung mit Herrn Frick hat Herr Dingeldey von vornherein keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Deutsche Volkspartei sich bemühe, in erster Linie mit den Deutschnationalen ein solches Abkommen zustande zu bringen. Als dann dieses letztere Abkommen abgeschlossen war, hat Herr Dingeldey Herrn Frick von dieser Tatsache in loyaler Weise Mitteilung gemacht“. Stadtarchiv Braunschweig, Bestand G X 6: 405 II.

60) Für den Verlauf der Verhandlungen vgl. das in Anm. 30 zitierte Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle vom 7. Oktober 1932, wo es u. a. heißt: „Die Volkspartei ist eine Rechtspartei geworden, welche die Hugenbergsche Politik mitmacht, obwohl dieser die Erbmonarchie und die Ausschaltung der Volksvertretung predigt.“

61) Für den 24. September 1932; vgl. das im Nachlaß Dietrich überlieferte Einladungsschreiben vom 23. September, das an DVP, Staatspartei, Wirtschaftspartei, Christlich-Sozialen Volksdienst, Volkskonservative, Bayerischen Bauernbund, Landvolk- und Volksrechtspartei-gerichtet war.

62) S. Anm. 60. Der Vertreter der Staatspartei habe „allein mit einem christlich-sozialen Horchposten“ beim Vorsitzenden des Nationalvereins gesessen.

62a) So in einem Brief der Ortsgruppe Grunewald-Schmargendorf an Dietrich vom 4. Juni 1932; Nachlaß Dietrich.

63) So Ehlermann in der Sitzung des Gesamtvorstandes am 12. Juni 1932.

64) Dietrich (s. vorige Anm.).

65) Landahl (s. Anm. 63).

66) Külz (s. Anm. 8).

67) Nachhaltig für die Aufrechterhaltung der Partei trat in der Sitzung vom 2. September 1932 der Leiter der Reichsgeschäftsstelle Nuschke ein, der darauf hinwies, daß sich „von allen Organisationen . . . nur eine für die Auflösung ausgesprochen“ habe. — Wildermuth hatte sich schon am 11. Juni in einem Brief an Nuschke (Durchschlag im Nachlaß Dietrich) gegen die von diesem „mit am lebhaftesten“ vertretene Auffassung gewandt, daß „die Organisation der Partei intakt sei“, und Dietrich gegenüber (s. Anm. 34) betont, daß für das Vorgehen bei den Wahlen nicht „die Auffassung eines kleinen Klüngels von Funktionären oder sonst mit der Existenz der Partei auf engste verknüpften Persönlichkeiten“ entscheidend sein dürfe. Abgesehen davon, ob die damit aufgestellte Behauptung zutrifft, daß die Parteibürokratie praktisch die Sammlungsbestrebungen sabotiere, kann an dem hartnäckigen Selbstbehauptungswillen des von Nuschke repräsentierten Apparats kein Zweifel bestehen, dessen unermüdete Geschäftigkeit oft genug politisch sinnlosem Leerlauf gleichkam. Ein typisches Beispiel bietet Dokument Nr. 7.

68) Dabei handelte es sich nicht nur um die Gegensätze zwischen dem Arbeitnehmer- und dem Arbeitgeberflügel, sondern vor allem auch um tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über das zulässige Ausmaß interventionistischer Eingriffe des Staates in die Wirtschaft. Vgl. bes. die Ausführungen Höpker-Aschoffs und Hermann Fischers in der Sitzung vom 11. September. Fischer, der Dietrich scharf angriff (s. auch Anm. 10 wie Dokument Nr. 5), hatte schon im Juni sein Amt als Schatzmeister niedergelegt; er zog sich ganz aus der aktiven Parteiarbeit zurück.

69) Hier hatte schon im Juni keine Neigung geherrscht, „in eine allgemeine mittelparteiliche Masse hineingezogen“ zu werden; vgl. u. a. die Ausführungen Heuss' und Landahls am 6. Juni (s. Anm. 25). — In Hamburg war bei den Bürgerschaftswahlen vom 24. April 1932 sogar ein Mandatszuwachs (18 gegenüber 14 im September 1931) erzielt worden; für das Ergebnis der Landtagswahlen in Württemberg vgl. Anm. 56.

70) Vgl. auch das „Rundschreiben wegen Reichstagswahlen“ des Wahlkreises Ostachsen vom 30. September 1932, überliefert im Nachlaß Külz, wo es heißt, daß damit der Vorstand „entberlinert“ sei.

71) Vgl. den vertraulichen Bericht über die Sitzung des Arbeitsausschusses am 23. September 1932; Nachlaß Külz.

72) Hopf (Stuttgart) teilte im Arbeitsausschuß mit, „daß das Ergebnis sicherlich ein besseres gewesen wäre, wenn nicht die Leute vielfach auf dem Standpunkt gestanden hätten, daß Wirtschaftsminister Maier ohnehin gewählt würde und sie deshalb ihre Stimmen einem deutschnationalen Kandidaten geben könnten.“ — Vor den Juliwahlen hatte ein badischer Industrieller (Felix Hoesch, Gernsbach; Brief vom 28. Juni 1932 im Nachlaß Dietrich) an Dietrich geschrieben, daß er sich zwar nach wie vor als „überzeugter Republikaner“ bekenne, jedoch als „einzigste Möglichkeit der Wahl für einen Industriellen nur die Deutschnationale Partei“ sehe, da es keine „starke Mittelpartei“ gebe, in der das „ratlose Bürgertum“ sich sammeln könne; „Freilich dürfte diese Mittelpartei nicht zu sehr unter links gerichteten Tendenzen arbeiten und dem jüdischen Einfluß unterworfen sein.“

73) Schreiber, im gleichen Sinne Petersen, s. Anm. 71.

gewesen wäre, den politisch bedeutungslos gewordenen Torso der Staatspartei aufzugeben, hätte sich, so sehr die Vorstellungen der Mitglieder des Gesamtvorstandes im einzelnen auseinanderliefen, zumindest „im Rahmen der linken Mitte“⁷⁴⁾ bewegen müssen. Die einzige praktische Konsequenz, die gezogen wurde, war der Entschluß, bei der nächsten Reichstagswahl unter allen Umständen eine Listenverbindung einzugehen und sie rechtzeitig vorzubereiten. Im übrigen gaben der Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen und der Sturz Papens in bescheidenem Maße zur Ermutigung Anlaß.

Der letzte Wahlkampf

Hatte die Staatspartei Anfang Januar 1933 noch geglaubt, neue Hoffnung schöpfen zu dürfen, so sah sie sich wenige Wochen später der Kanzlerschaft Hitlers⁷⁵⁾ gegenüber, der als erstes die Auflösung des Reichstags durchsetzte. Unvermittelt fand sich die zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkene Partei nach der Kette vernichtender Niederlagen, die sie im Vorjahr erlitten hatte, wieder in einen Wahlkampf verstrickt, den sie unter den ungünstigsten materiellen und psychologischen Voraussetzungen aufzunehmen gezwungen war und von dem Gustav Stolper schon am 3. Februar schrieb: „Es wird ein Wahlkampf sein, wie ihn Deutschland noch nicht erlebt hat“⁷⁶⁾.

Erneut entbrannte in der Parteiführung der alte Streit um die Frage Listenverbindung (und mit wem) oder nicht. Angesichts der „riesengroßen“ Gefahr⁷⁷⁾, in der man sich befand, traten die früheren Bedenken zurück. Nachdem Versuche, mit der DVP, dem Christlich-Sozialen Volksdienst, dem Zentrum oder der BVP zu einer Einigung zu kommen, fehlgeschlagen waren, ging die Staatspartei eine rein „technische“ Listenverbindung mit der SPD ein, wobei sie sich ausdrücklich ihre politische Entscheidungsfreiheit wahrte⁷⁸⁾. Diese Verbindung, die für die Partei alles andere als „bequem“ war⁷⁹⁾, fand im Lande ein überwiegend positives Echo, wenn sie auch mancherorts auf Widerstand stieß⁸⁰⁾.

Die Tatsache, daß infolge der eingegangenen technischen Listenverbindung mit der SPD für die Staatspartei keine Stimme verloren gehe, wurde immer wieder nachdrücklich herausgestellt, auch den früheren Geldgebern gegenüber, bei denen dieses Argument zumindest in einzelnen Fällen seine Wirkung nicht verfehlte⁸¹⁾.

Im Wahlkampf, der mit der Parole: „Keinen Zollbreit von der republikanischen Linie!“⁸²⁾ eröffnet wurde, bezog die Staatspartei eindeutig Frontstellung gegen das „Regiment der drei Unheiligen Hitler—Hugenberg—Papen“⁸³⁾, denen sie ein „Hände weg von der Verfassung!“ zurief⁸⁴⁾. Die am 12. Februar veröffentlichte „Kundgebung der Reichsführung“, in der es hieß, daß das deutsche Staatsschiff mit „Schlagseite nach rechts ... hilflos den Klippen von Restauration und Revolution“ entgegentreibe, bekannte sich zur „nationalen Demokratie“ und beschwor das „freiheitlich-nationale Bürgertum“ für „Ordnung und Verfassung“ einzutreten⁸⁵⁾. Die Staatspartei empfahl sich als „einzige

Wie die Entwicklung der letzten Wochen und Monate zeige, hieß es in der vom Gesamtvorstand angenommenen Resolution, beginne das Bürgertum „aus dem Traum, in den hohle Schlagworte und leere Versprechungen es versetzt hatten“, zu erwachen; damit wachse die Hoffnung, daß die von den „Anhängern demokratischer staatsbürgerlicher Gesinnung, wie sie die Deutsche Staatspartei durch alle Anfeindungen hindurch sich gewahrt hat“, herbeigesehnte „große Stunde für eine freiheitlich-nationale Bewegung“ kommen werde, „in der sich alle zusammenfinden, die Radikalismus und Reaktion ablehnen.“

bürgerliche Partei, die offen und entschieden die vereinigte Reaktion bekämpft“, in deren Reihen auch Dingeldey und seine Gefolgschaft „als leichtes freiwilliges Hilfskorps“ mitmarschierte⁸⁶⁾. Wenn Dietrich in Hitler nur den von seinen „reaktionären“ Hintermännern bestellten „Platzhalter“ sah, während Hugenberg eindeutig die Schlüsselstellung in der Regierung einnehme⁸⁷⁾, unterlag er der gleichen Täuschung wie viele andere demokratische und sozialistische Politiker. „Es wäre alles verloren“, äußerte er bei anderer Gelegenheit⁸⁸⁾, „wenn nicht innerhalb der Reichsregierung so scharfe Gegensätze wären, daß sie uns vielleicht noch einmal eine Chance geben.“

Das Fortschreiten des Wahlkampfes und die Steigerung des nationalsozialistischen Terrors, durch den auch die Staatspartei immer realistischer mit den Gefahren einer „faschistischen Diktatur“⁸⁹⁾ konfrontiert wurde⁹⁰⁾, ließen jedoch den Glauben an diese Chance mehr und mehr schwinden. Friedrich Meineckes Beschwörung, daß man, allen Hemmungen „unserer Propaganda“ durch „die Suggestionen des Rundfunks, ... Polizeimittel und Bruchialgewalt“ zum Trotz, „auch mit stummer Entschlossenheit siegen“ könne⁹¹⁾, unterstrich im Grunde nur die Hoffnungslosigkeit der Lage, die, als die Nationalsozialisten nach dem Reichstagsbrand zum entscheidenden Schlage ausholten, im vollen Umfang sichtbar wurde.

Wie lähmend sich der Reichstagsbrand auswirkte, zeigt eine Schilderung Külz', der am Tage des Brandes in Berlin weilte und zusammen mit Oscar Meyer von einem Fenster des Demokratischen Klubs in der Viktoriastraße aus die Flammen aus der Kuppel des Gebäudes schlagen sah: „Staatssekretär (a. D.) Meyer erfaßte die Situation am schnellsten und umfangreichsten. Er kleidete sie in die Worte: ‚Das bedeutet das Ende meiner Tätigkeit (als Syndikus der Berliner Handelskammer)‘, und zu mir gewandt: ‚Das bedeutet das Ende auch ihrer Tätigkeit als Oberbürgermeister von Dresden und als Abgeordneter‘. Das bedeutet das Ende der parlamentarischen Entwicklung. Ich fuhr noch am gleichen Abend nach Dresden zurück und hatte auf der Fahrt viel Zeit, über die Richtigkeit dieser Perspektive nachzudenken“⁹³⁾.

Trotzdem mußte der Wahlausgang die Staatspartei — die bis zum 5. März eine mutige Sprache führte, wenn auch ihre Stimme nur noch schwach an die Öffentlichkeit drang — enttäuschen. Die Listenverbin-

74) So Reinhold Maier.

75) Nach dem Rücktritt Schleichers hatte die Führung der Staatspartei am 28. Januar in einer Erklärung eine „Regierung der demokratischen Autoritäten“ gefordert, „denn es ist kein Vertrauen jenseits der Verfassung.“ Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 77 vom 29. Januar 1933.

76) Der Deutsche Volkswirt 7, 1933, S. 555.

77) S. Dokument Nr. 16.

78) Vgl. Dokumente Nr. 16 und 17.

79) Vgl. Dokument Nr. 15 (Anm. 76).

80) Die Ortsgruppe Nordhausen schied deswegen unter Protest aus der Staatspartei aus; vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 112 vom 11. Februar 1933.

81) Am 27. Februar 1933 teilte der Dresdener Zigarettenfabrikant Carl Bergmann in einem Schreiben an Külz mit, daß er der Staatspartei 1 000 M überwiesen habe; einen Tag später überwies Rudolf Apt (Dresden) 200 M, „nachdem die Gewißheit dafür vorliegt, daß nicht wie bei früheren Wahlen Stimmen verlorengehen“, vgl. Nachlaß Külz.

82) Vgl. Deutscher Aufstieg, 12. Februar 1933 (Schlagzeile).

83) Vgl. a.a.O. („Verteidigt die Republik!“).

84) Vgl. Deutscher Aufstieg, 19. Februar 1933.

85) Vgl. a.a.O., 12. Februar 1933; ferner Frankfurter Zeitung Nr. 115 vom 12. Februar 1933.

86) Vgl. Deutscher Aufstieg, 19. Februar 1933.

87) Vgl. a.a.O.

88) In einem Brief an Külz vom 15. Februar 1933; Nachlaß Külz.

89) Vgl. den Korrespondenzartikel Friedrich Meineckes „Volksgemeinschaft — nicht Volkszerreißung“ vom 22. Februar 1933; abgedruckt bei Meinecke, Politische Schriften, S. 479 ff.

90) Sie wurde vor allem auch durch den auf die republikanische Beamtenschaft ausgeübten Druck betroffen. So wurde beispielsweise Gertrud Bäumer am 27. Februar als Ministerialrätin im Reichsinnenministerium beurlaubt. Einige Tage später erfolgte in der Geschäftsstelle der Staatspartei die Beschlagnahme von Flugblättern und Wahlplakaten sowie die Wahlnummer der Wochenzeitung „Der deutsche Aufstieg“; vgl. „Der deutsche Volkswirt“ 7, 1933, S. 741. Besson, Württemberg, S. 334 f. berichtet über die Störung von demokratischen Versammlungen im Württembergischen in der zweiten Februarhälfte und über ein Protesttelegramm an den Reichspräsidenten vom 22. Februar.

91) S. Anm. 89.

92) Külz hatte dem Reichstag zuletzt in der V. Wahlperiode 1930 angehört; bei den Märzahlen von 1933 verzichtete er auf eine Kandidatur.

93) Vgl. Wilhelm Külz, Lebenserinnerungen, S. 50 (im Nachlaß Külz überlieferter Privatdruck; das Vorwort ist datiert: „Berlin, im 5. Jahr des 2. Weltkrieges“).

dung mit der SPD hatte ihr keine neuen Wähler zugeführt. Sie vermochte zwar etwa ihre absolute Stimmenzahl vom November 1932 zu halten, aber prozentual hatte sich ihr Anteil weiter verringert, nämlich von 1 auf 0,9 v. H. Immerhin konnten dank der Listenverbindung, durch die keine Stimme verloren ging, fünf Abgeordnete (statt zwei) über die Reichsliste in den Reichstag einziehen: Dietrich, R. Maier, Lemmer, Landahl und Heuss.

Auf längere Sicht bedeutete jedoch schon dieses Wahlergebnis das endgültige Verschwinden der Partei nach Ablauf der Wahlperiode aus dem Reichstag, da zum ersten Mal in keinem einzigen Großwahlkreis genügend Stimmen zur Sicherung eines Mandats auf sie entfallen waren, was zweifellos mit darauf zurückgeführt werden konnte, daß die Listenverbindung sich gerade in demokratischen Kerngebieten wie Württemberg, Baden und Hamburg negativ ausgewirkt hatte. So wäre die Partei nach den Bestimmungen der am 2. Februar 1933 auf Vorschlag der Reichsregierung vorgenommenen Abänderung des Reichswahlgesetzes gezwungen gewesen, bei Neuwahlen in einem Wahlkreis 60 000 Unterschriften aufzubringen, um überhaupt Kandidaten aufstellen zu können, was als ein aussichtsloses Unterfangen erscheinen mußte⁹⁴).

⁹⁴ Das gleiche galt für die DVP und den Christlich-Sozialen Volksdienst. Vgl. die Überlegungen Külz' in einer undatierten Aufzeichnung aus den Tagen nach der Reichstagswahl; Durchschlag im Nachlaß Külz.

Resigniert kommentierte am 7. März Karl Brammers „Demokratischer Zeitungsdienst“ in einem Artikel, der mit dem Satz begann: „Die letzten Fahnen werden eingeholt“, das Wahlergebnis, das Deutschland in zwei nahezu gleichstarke Lager gespalten zeige. Bis jetzt habe der Widerstand der verfassungsgetreuen Kräfte wenigstens ausgereicht, „daß die Rechtsregierung auf legalem Wege keine Verfassungsänderungen vornehmen kann.“ „Das ist“ — fuhr der Kommentator in richtiger Ahnung der kommenden Entwicklung fort — „freilich zur Zeit nur eine formale Sicherung.“

Anmerkung:

Erich Matthias, s. Seite 368.

Rudolf Morsey, Dr. phil., geb. 16. Oktober 1927 in Recklinghausen, Studium der Geschichte und Germanistik in Münster. Mitarbeiter der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ in Bonn. Veröffentlichungen: „Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867—1890“, Münster 1957, und (zusammen mit Erich Matthias) „Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18“, 2 Bände, 1959. Ferner Aufsätze über Bismarck und über das Verhältnis von Staat und Kirche.

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Herman Achminow: „Die neue ‚Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion‘“

Ernst Deuerlein: „Deutschland in Vorstellung und Aussage des Marxismus-Leninismus“

Helmut Heiber: „Adolf Hitler“

Karl C. Thalheim: „Die Wachstumsproblematik der Sowjetwirtschaft“

Walter Wehe: „Die wirtschaftspolitische Entwicklung Europas seit dem Marshallplan“
